

# **Fortschrittsbericht „Aufbau Ost“ 2006**

**des Landes Sachsen-Anhalt**



**SACHSEN-ANHALT**

---



## Inhaltsverzeichnis

<b>0.</b>	<b>Zusammenfassung.....</b>	<b>I</b>
<b>I.</b>	<b>Gegenstand des Fortschrittsberichtes .....</b>	<b>1</b>
<b>II.</b>	<b>Ökonomische, soziale und demografische Entwicklung in Sachsen-Anhalt.....</b>	<b>3</b>
II.1	Wirtschaftliche Entwicklung .....	3
II.2	Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit .....	7
II.3	Demografische Entwicklung .....	10
II.4	Zusammenfassende Bewertung der Konvergenzfortschritte und der Rahmenbedingungen in Sachsen-Anhalt .....	12
<b>III.</b>	<b>Finanzwirtschaftliche Entwicklung des Landeshaushaltes und der Kommunalhaushalte einschließlich der Begrenzung der Neuverschuldung.....</b>	<b>14</b>
III.1.	Die Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen auf der Landesebene.....	14
III.1.1	Ausgaben .....	14
III.1.2	Einnahmen .....	23
III.1.3	Verschuldung, Zinsausgabenentwicklung und Begrenzung der Neuverschuldung auf Landesebene in Sachsen-Anhalt.....	26
III.2	Die Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen in Sachsen-Anhalt auf der kommunalen Ebene .....	31
III.2.1	Ausgaben .....	31
III.2.2	Einnahmen .....	36
III.2.3	Verschuldung, Zinsausgabenentwicklung und Begrenzung der Neuverschuldung der kommunalen Ebene in Sachsen-Anhalt .....	40
III.3	Die Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen im Land Sachsen-Anhalt.....	42
III.3.1	Ausgaben im Land Sachsen-Anhalt insgesamt .....	42
III.3.2	Einnahmen im Land Sachsen-Anhalt insgesamt .....	45
III.3.3	Verschuldung, Zinsausgabenentwicklung und Entwicklung der Neuverschuldung im Land Sachsen-Anhalt insgesamt .....	47
III.4	Zusammenfassende Bewertung der finanzwirtschaftlichen Entwicklung in Sachsen-Anhalt.....	49
<b>IV.</b>	<b>Verwendung der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen im Berichtsjahr 2006 in Sachsen-Anhalt.....</b>	<b>50</b>
IV.1	Der investive Einsatz der SOBEZ.....	50
IV.2	Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft (UFK) .....	51
IV.3	Zusammenfassende Verwendungsrechnung der SOBEZ.....	53

<b>V.</b>	<b>Maßnahmen zur Schließung der Infrastrukturlücke in Sachsen-Anhalt im</b>	
	<b>Berichtszeitraum</b> .....	<b>56</b>
V.1	Zur Ausgangssituation: Höhe und Struktur der Infrastrukturlücke.....	56
V.2	Infrastrukturinvestitionen des Landes Sachsen-Anhalt 2006 .....	58
V.3	Beiträge zur Schließung der Infrastrukturlücke in Sachsen-Anhalt .....	62
<b>VI.</b>	<b>Leistungen des Bundes an das Land Sachsen-Anhalt</b> .....	<b>66</b>
<b>VII.</b>	<b>Ausblick</b> .....	<b>68</b>

## **0. Zusammenfassung**

Entsprechend den Vereinbarungen im Solidarpakt II erhalten die Länder Mittel in Form von Bundesergänzungszuweisungen zum Abbau teilungsbedingter Sonderlasten sowie zum Ausgleich unterproportionaler kommunaler Finanzkraft (SOBEZ) und übernehmen die politische Verantwortung für den Erfolg der Mittelverwendung. Die neuen Länder einschließlich Berlin legen dem Finanzplanungsrat dazu jährlich „Fortschrittsberichte Aufbau Ost“ vor, in denen ihre Fortschritte bei der Schließung der Infrastrukturlücke, die Verwendung der Solidarpaktmittel und die finanzwirtschaftliche Entwicklung der Länder und Kommunalhaushalte einschließlich der Begrenzung der Nettoneuverschuldung dargelegt sind. Die Fortschrittsberichte werden zusammen mit einer Stellungnahme der Bundesregierung im Finanzplanungsrat erörtert. Mit dem vorliegenden Bericht erfüllt das Land Sachsen-Anhalt seine Verpflichtung im Rahmen des Solidarpaktfortführungsgesetzes und legt den Fortschrittsbericht für das Jahr 2006 vor.

Der Fortschrittsbericht „Aufbau Ost“ 2006 des Landes Sachsen-Anhalt dokumentiert erneut die Konvergenzerfolge, die Sachsen-Anhalt auch durch die Hilfe der Solidarpakt-Mittel erfahren hat. Trotz der schwachen Wirtschaftsdynamik in Deutschland, die auch im Jahr 2005 das Hauptproblem beim Aufbau Ost darstellte, konnte sich Sachsen-Anhalt bei zentralen volkswirtschaftlichen Indikatoren verbessern (siehe Abschnitt II des Berichts).

### ***Besonders schwierige Ausgangslage***

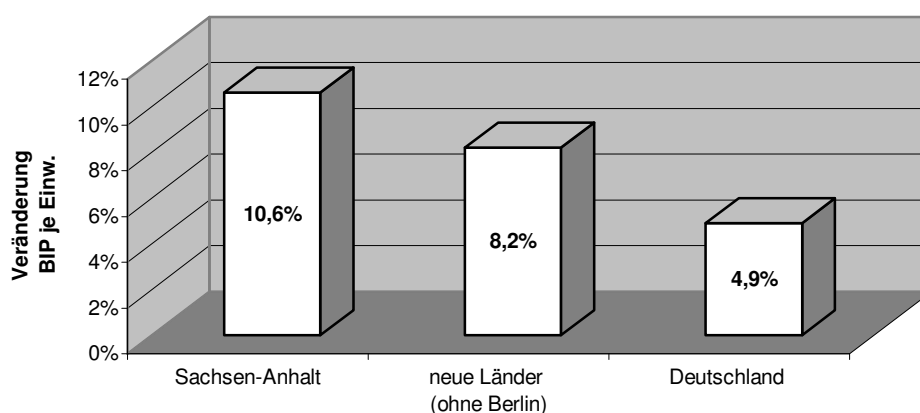
Die Ausgangslage nach der Wende war in Sachsen-Anhalt besonders schwierig. Der Zusammenbruch der Monostrukturen in der chemischen Industrie, im Maschinenbau und Bergbau führte zum Verlust hunderttausender Industriearbeitsplätze und die schnelle Privatisierung führte nicht zu den erhofften Effekten auf dem Arbeitsmarkt. In vielen Fällen wurde eine Zweitprivatisierung notwendig. Insgesamt war der Systemwechsel 1989/90 in Sachsen-Anhalt mit besonderen Härten und hohen finanziellen Belastungen für das Land verbunden, die so von keinem anderen neuen Bundesland zu schultern waren. Diese Härten wirken bis heute nach und sind eine wesentliche Ursache für die nach wie vor viel zu hohe Arbeitslosigkeit, die etwa doppelt so hoch ist wie in Westdeutschland. Zu nennen sind aber auch die immer noch zu hohen Personalbestände, die sukzessive abgebaut werden. Bezüglich der teilungsbedingten Lasten für die Zusatz- und Sonderversorgung der DDR, die allein Sachsen-Anhalt mit jährlich rd. 400 Mio. Euro zu tragen hat, hat die Bundesregierung entsprechend ihrer Zusage zur zukünftigen stärkeren Entlastung der neuen Ländern bei den Ausgaben für die Zusatzversorgungssysteme der DDR einen entsprechenden Gesetzentwurf inzwischen vorgelegt. Weiterhin resultieren aus der demografischen Entwicklung

sowohl ein relativer Einnahmerückgang (Steuern und Finanzausgleich) als auch erhöhte Pro-Kopf-Ausgaben auf Landes- und Kommunalebene.

### **Sachsen-Anhalt holt wirtschaftlich weiter auf**

Trotz der schwierigen Ausgangslage entwickelte sich Sachsen-Anhalt in den vergangenen Jahren dynamisch. Nunmehr sorgt vor allem die gute Industriekonjunktur für ein robustes Wachstum. Die volkswirtschaftlichen Indikatoren zeigen an, dass sich das Land im gesamtdeutschen Vergleich weiter überdurchschnittlich entwickelt hat.

**Abbildung 0.1:** Überdurchschnittliches Wachstum in Sachsen-Anhalt 2002-2006



Im Vergleich des Jahres 2006 gegenüber 2002 hatte **Sachsen-Anhalt**

- das **stärkste Wachstum beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Deutschland** (+ 10,6 %),
- die **zweithöchsten Produktivitätsgewinne bundesweit** (+ 9,6 %),
- das **zweithöchste Wachstum im Verarbeitenden Gewerbe** (+ 37,6 %),
- sowie auch 2006 die **günstigsten Lohnstückkosten im Verarbeitenden Gewerbe bundesweit**.

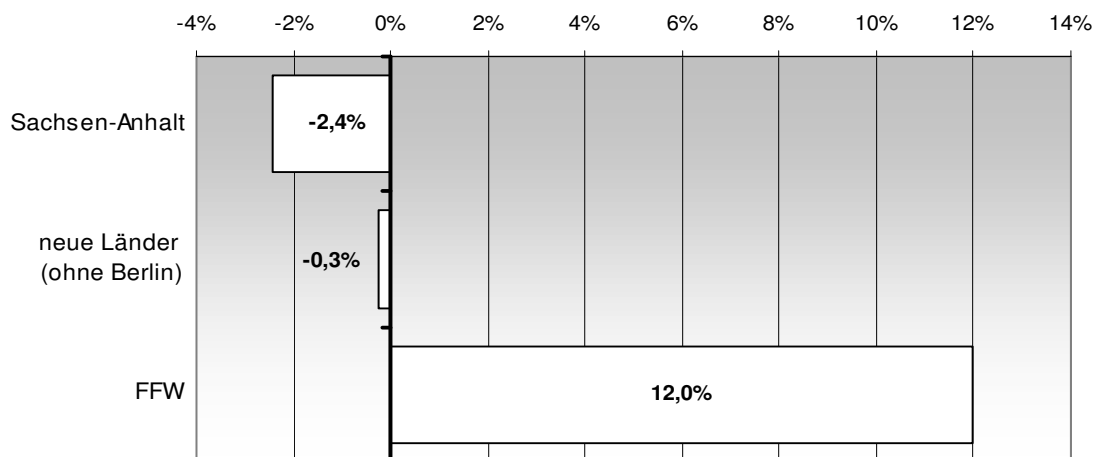
Im Ergebnis der bisherigen Entwicklung Sachsens-Anhalts **hat sich der noch bestehende wirtschaftliche Rückstand gegenüber dem Bundesdurchschnitt weiter verringert**. Der Wachstumsvorsprung gegenüber dem Bundesdurchschnitt betrug zwischen 2002 und 2006 5,7 Prozentpunkte. Zur langfristigen Fortsetzung dieses Prozesses leisten die Solidarpaktmittel einen unverzichtbaren Beitrag, wie die bereits erreichten Erfolge bei Wachstum, Produktivität, Beschäftigung und Rückführung des Verbrauchsüberhangs auf eindrucksvolle Weise belegen.

### **Konsolidierungsziele werden mit hoher Priorität verfolgt**

Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Landes wird die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte weiter mit hoher Priorität verfolgt. Land und Kommunen haben gerade in den letzten Jahren erhebliche Beiträge zur Ausgabensenkung und damit zur Begrenzung des Schuldenwachstums im Land geleistet. **So wurde auf konsolidierter Landes- und Gemeindeebene im Jahr 2006 gegenüber dem Ausgangsjahr 1995 des Solidarpakts eine nominale Ausgabenreduzierung um rd. 6 % erreicht trotz neu hinzugetretener Ausgaben aus der Arbeitsmarktreform), während in den FFW im gleichen Zeitraum ein Anstieg um etwa 10 % zu verzeichnen war.**

Dazu hat beigetragen, dass das Land und seine Kommunen in den vergangenen Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen haben, um die Personalbestände zu reduzieren. Im **Landeshaushalt** sind insbesondere durch die Stellenrückführungen - bisher im Durchschnitt ca. 2.000 Stellen jährlich - bereits Erfolge zu verzeichnen. Auch die vorgenommenen Eingriffe in Leistungsgesetze des Landes haben Konsolidierungsbeiträge erbracht. Insgesamt wurden in Sachsen-Anhalt im Zeitraum 1995 bis 2006 die Ausgaben stärker zurückgeführt als im Durchschnitt der neuen Länder und der FFW.

**Abbildung 0.2:** Konsequente Haushaltskonsolidierung in Sachsen-Anhalt - Ausgabenentwicklung im Landeshaushalt 1995-2006



Der Bericht zeigt weiterhin, dass **das Land bei den gegenwärtigen durch einen hohen Anteil bundesgesetzlicher Verpflichtungen bestehenden Ausgabenstrukturen nicht in der Lage wäre, Investitionen ohne Solidarpakttransfers überhaupt durchzuführen. Damit sind die empfangenen SOBEZ die grundlegende Voraussetzung für die weitere Schließung der Infrastrukturlücke.** Darüber hinaus wird eine nachhaltige Konsolidierung auf der Landes- und Kommunalebene mittelfristig zur Verbesserung der Haushaltsstruktur beitragen. Die Landesregierung hat die Absicht, ab 2008 keine neuen Schulden mehr aufzunehmen. Bereits mit dem Nachtrag 2007 wurde eine Reduzierung der Neuverschuldung

gegenüber 2005 um mehr als zwei Drittel erreicht. Damit werden neue Spielräume für künftig wichtige Zukunftsinvestitionen geschaffen und langfristig die Transferabhängigkeit Sachsen-Anhalts weiter reduziert.

Zugleich muss in Zeiten des konjunkturellen Aufschwungs Vorsorge für konjunkturell schlechtere Zeiten getroffen werden. Deshalb beabsichtigt die Landesregierung, ab dem Jahr 2009 zusätzlich zur vorgesehenen Tilgung der Gesamtverschuldung eine Steuerungsschwankungsreserve zu bilden.

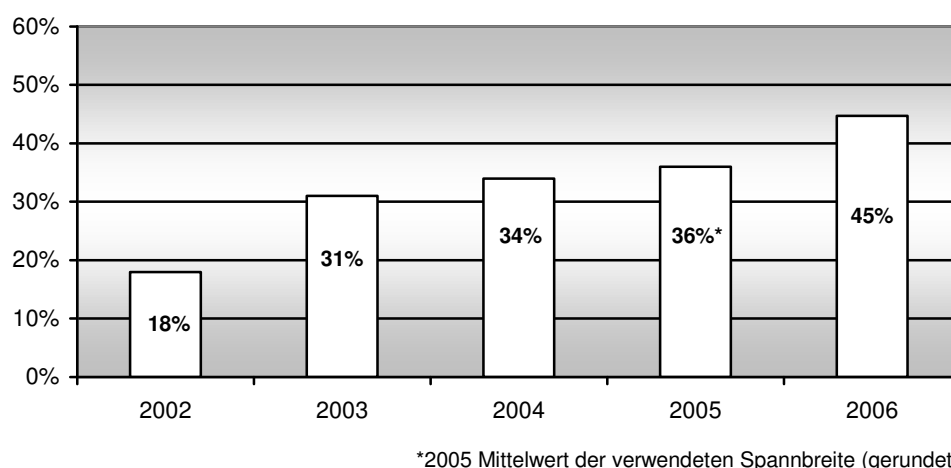
Es bleibt jedoch festzustellen, dass den fiskalischen Erfolgen teilweise zunächst volkswirtschaftliche Kosten gegenüberstehen, da sie kurzfristig zu einer Verminderung von Wirtschaftsleistung und Beschäftigung führen. Die positiven Wirkungen der Konsolidierungspolitik Sachsen-Anhalts werden daher erst mittel- bis langfristig einsetzen. Dies ist ein Grund dafür, dass die Schließung der noch bestehenden Infrastrukturlücke trotz bereits erzielter Fortschritte ein längerfristiger Prozess bleibt.

### **SOBEZ-Verwendungsnachweis 2006**

Zum vorgelegten Verwendungsnachweis für die empfangenen SOBEZ 2006 lässt sich Folgendes feststellen (siehe auch Abschnitt IV bzw. Tabelle IV.3.1 des Berichts):

- **Unter Zugrundelegung des vereinbarten Berechnungsschemas ergibt sich ein Nachweis von rd. 45 % der SOBEZ und damit im Bereich der *investiven* Verwendung eine kontinuierliche Steigerung seit 2002.**

**Abbildung 0.3:** Kontinuierliche Verbesserung des Nachweises der Verwendung der empfangenen SOBEZ (ohne teilungsbedingte Sonderlasten)



Mit der Umsetzung der Null- Neuverschuldung ab dem Jahr 2008 wird eine weitere Verbesserung des Verwendungsnachweises einsetzen. Damit wird Sachsen-Anhalt zu den



Ländern, die bei der Haushaltskonsolidierung bereits weiter vorangekommen sind, aufschließen.

- Auf der Ausgabenseite sind die Investitionsausgaben in Sachsen-Anhalt 2006 gegenüber 2002 - bedingt durch die anhaltenden Konsolidierungserfordernisse - zurückgegangen. Gleichzeitig konnte ein Anstieg der aus SOBEZ finanzierten Investitionen nachgewiesen werden, der somit ausschließlich auf den erreichten Rückgang der Neuverschuldung zurückgeht. In diesem Zusammenhang wird auch die Einschätzung des Bundes in seiner Finanzplanung 2006 - 2010 verwiesen, nach der

*„... die Einordnung einer Ausgabe als Investition nicht unbedingt gleichbedeutend mit ihrer höheren Qualität gegenüber konsumtiven Ausgaben ist. Dies zeigt ein Blick auf die Bereiche Forschung und Bildung, Kinder oder Umwelt, bei denen auch viele im haushaltsrechtlichen Sinne ‚konsumtive‘ Ausgaben tatsächlich ‚Investitionen in die Zukunft‘ bedeuten.“*

- Nach der geänderten Rechtslage des Solidarpakts II sind die Ausgaben für die teilungsbedingten Sonderlasten (z. B. Aufwendungen für die Zusatz- und Sonderversorgung der DDR) außerhalb von Infrastrukturausgaben nicht mehr auf die SOBEZ-Verwendung anrechenbar. Daher reduziert sich ab 2005 die Verwendungsquote, ebenso wie durch die verminderte Anrechenbarkeit der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft (UFK) aufgrund der Neuausrichtung des Länderfinanzausgleichs (LFA).
- **Ein wesentliches Ergebnis des Berichts ist die Feststellung, dass die neuen Länder – und somit auch Sachsen-Anhalt – ohne die SOBEZ nicht in der Lage wären, überhaupt überproportionale Investitionen zu tätigen.** Es müssten dann tiefe und irreversible Einschnitte in jene freiwilligen Leistungen gemacht werden, die zwar nach der Haushaltssystematik als konsumtiv gelten, tatsächlich aber investiven Charakter haben und standortpolitisch von größter Bedeutung sind. Dazu zählt vor allem die Finanzierung der Universitäten, Fachhochschulen und öffentlichen Forschungseinrichtungen. Der Zusammenhang zwischen empfangenen SOBEZ und den überproportionalen Investitionen besteht somit unmittelbar.
- **Das Investitionsniveau ist in allen neuen Ländern annähernd gleich. Der vollständige rechnerische Nachweis der SOBEZ-Verwendung gelingt aber auch 2006 nur Sachsen und annähernd in Mecklenburg-Vorpommern, da diese Länder bereits 2006 die Null-Neuverschuldung erreicht haben. Hier ist erneut zu betonen, dass nicht fehlende Investitionen für den geringeren Nachweis in den anderen Ländern verantwortlich sind. Mit der weiter sinkenden Neuverschuldung wird es auch in Sachsen-Anhalt zu einer weiteren Erhöhung des Nachweises kommen.**

## ***Weiterhin hohe Investitionen in die Infrastruktur***

Die Darstellung der Investitionsaktivitäten des Landes und seiner Kommunen (siehe Abschnitt V des Berichts) zeigt, dass die Infrastrukturausgaben in den vergangenen Jahren zwar reduziert werden mussten, um Einnahmeausfälle und steigende Ausgaben, wie z. B. bei der Sozialhilfe, zu kompensieren. **Die vorgelegten Indikatoren belegen jedoch, dass Sachsen-Anhalt in den vergangenen Jahren und so auch 2006 doppelt so hohe Infrastrukturinvestitionen geleistet hat wie die Vergleichsländer West.** Dies zeigt den hohen Stellenwert der Infrastrukturinvestitionen, die weiter zum Schließen der Infrastrukturlücke beigetragen haben **und besonders in jene Bereiche gelenkt wurden, in denen hauptsächlich Infrastrukturlücken bestehen.**

Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass die **Mittel für den Aufbau Ost entscheidend dazu beigetragen haben, dass die Rahmenbedingungen verbessert werden konnten** und sich Sachsen-Anhalt kontinuierlich zu einem attraktiven und erfolgreichen Industrie- und Dienstleistungsstandort entwickelt. Diese gestiegene Wettbewerbsfähigkeit hat zu bedeutenden Ansiedlungen geführt, wie z. B. Quinn Chemicals in Leuna oder des Micro Tech Parks in Thalheim. Unter den angesiedelten Unternehmen befinden sich auch Investoren aus Italien, Belgien, den USA, Australien, Japan, Großbritannien und der Schweiz. Dies belegt die gestiegene Attraktivität des Standortes Sachsen-Anhalt.

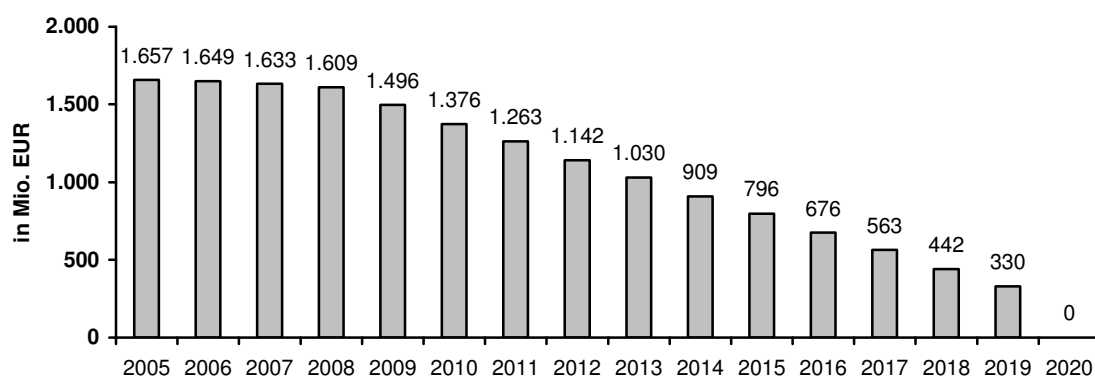
Zu den **Leistungen aus dem „Korb II“ des Solidarpakts II** haben Bund und Länder im November 2006 eine Vereinbarung über die weitere Ausgestaltung der zugesagten Mittel getroffen. Diese sieht vor, dass die Politikfelder Wirtschaft, Verkehr, Wohnungs- und Städtebau sowie Förderung von Forschung und Entwicklung, Innovation und Bildung die Kernbereiche der Korb-II-Förderung bilden. Dabei sollen die Zahlungen insgesamt degressiv ausgestaltet werden, so dass von rd. 6 Mrd. Euro im Jahr 2005 ein Rückgang bis 2012 auf unter 4 Mrd. Euro und letztmalig knapp 2 Mrd. Euro im Jahr 2019 vorgesehen ist (siehe Teil VI).

Insgesamt ist festzuhalten, dass der Bericht in vielen Bereichen die begonnenen Anpassungsprozesse in Sachsen-Anhalt aufgezeigt hat, die vom Land und seinen Kommunen im eigenen Interesse konsequent verfolgt werden. Trotz schwieriger gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen haben das Land und seine Kommunen mit Hilfe der Solidarpaktmittel den Abbau der Infrastrukturdefizite weiter vorangetrieben und entsprechende Konvergenzfortschritte erreicht. **So hat Sachsen-Anhalt im Zeitraum 2002 bis 2006 seine Wettbewerbsfähigkeit weiter verbessern und wichtige internationale Ansiedlungserfolge bewirken können. Dies zeigt, dass der Aufbau Ost eine lohnende Zukunftsinvestition für ganz Deutschland ist.**

## I. Gegenstand des Fortschrittsberichtes

Der Fortschrittsbericht dokumentiert die Fortschritte des Landes Sachsen-Anhalt beim wirtschaftlichen Aufholprozess und den diesbezüglichen Einsatz der Solidarpaktmittel. Das Land Sachsen-Anhalt hat wie auch die anderen neuen Länder – einschließlich des Landes Berlin – im Rahmen des Solidarpakt I von 1995 bis 2004 Bundesergänzungszuweisungen zum Abbau teilungsbedingter Sonderlasten sowie zum Ausgleich unterproportionaler kommunaler Finanzkraft (SOBEZ) erhalten. Entsprechend dem Solidarpakt II werden ab 2005 SOBEZ zum Ausgleich der teilungsbedingten Sonderlasten aus der bestehenden Infrastrukturlücke und zum Ausgleich unterproportionaler kommunaler Finanzkraft weiter bereitgestellt. Dabei setzt ab 2006 eine jährliche Degression der Mittelzuweisungen ein, so dass letztmalig im Jahr 2019 eine Zuweisung erfolgt. Die Degression der dem Land Sachsen-Anhalt zur Verfügung gestellten Mittel ist in Abbildung I.1 dargestellt.

**Abbildung I.1:** Degressive Ausgestaltung der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen in den Jahren 2005 bis 2019



Neben der Gewährung der SOBEZ hat der Bund zugesagt, in einem Korb II den neuen Ländern weitere 51 Mrd. Euro an überproportionalen Leistungen zur Verfügung zu stellen. Dazu haben Bund und Länder im November 2006 eine Vereinbarung getroffen, die die Bestandteile des Korbs II definiert und deren Fortführung bis zum Jahr 2020 festlegt (siehe Teil VI des Berichts).

Die neuen Länder einschließlich des Landes Berlin legen dem Finanzplanungsrat jährlich „Fortschrittsberichte Aufbau Ost“ vor, in denen die Fortschritte bei der Schließung der Infrastrukturlücke, die Verwendung der Mittel aus dem Solidarpakt II und die finanzwirtschaftliche Entwicklung der Länder und Kommunalhaushalte einschließlich der Begrenzung der Nettoneuverschuldung dargelegt sind. Die Fortschrittsberichte werden zusammen mit einer Stellungnahme der Bundesregierung im Finanzplanungsrat erörtert.

Mit dem vorliegenden Bericht erfüllt das Land Sachsen-Anhalt seine Verpflichtung im Rahmen des SFG und legt den vom Gesetz geforderten Fortschrittsbericht des Landes Sachsen-Anhalt für das Jahr 2006 vor.

### *Methodik*

Zur Beurteilung der finanzwirtschaftlichen Entwicklung des Landes Sachsen-Anhalt und seiner Kommunen sowie der Fortschritte beim Abbau der noch immer vorhandenen erheblichen infrastrukturellen Defizite orientiert sich die Darstellung an einem gleitenden Fünfjahreszeitraum. Im vorgelegten Bericht werden alle Daten des Landeshaushaltes auf Grundlage des endgültigen Haushaltsabschlusses 2006 ermittelt (Stand 7. März 2007). Dabei wurden die Darstellungen zur Haushaltsentwicklung, insbesondere im Teil III des Berichtes, wie bereits in den Vorjahren um die Einnahmen und Ausgaben des Landes im Zusammenhang mit der Fluthilfe bereinigt. Die unbereinigten Zahlen werden ebenfalls in den Tabellen ausgewiesen.

Als Referenzwert für den Vergleich der Entwicklung Sachsens-Anhalts wird vereinbarungsgemäß der *Pro-Kopf-Durchschnitt der finanzschwachen Westflächenländer (FFW)*, bestehend aus den Ländern Niedersachsen (NI), Rheinland-Pfalz (RP), Schleswig-Holstein (SH) und dem Saarland (SL) herangezogen. Als Referenzzeitraum für die zeitliche Entwicklung wurde ein gleitender Fünfjahreszeitraum vereinbart, in diesem Bericht erfolgen daher die Betrachtungen jeweils für den Zeitraum 2002 bis 2006. Bei der Ermittlung der Pro-Kopf-Zahlen wurde jeweils der Einwohnerstand zum 30. Juni des Jahres zugrunde gelegt.

Für den Verwendungsnachweis der SOBEZ ist der Wegfall der Anrechnungsfähigkeit der teilungsbedingten Lasten außerhalb der Infrastruktur von enormer Bedeutung. Deshalb werden zur besseren Vergleichbarkeit die Werte in neuer Abgrenzung auch rückwirkend bis 2002 dargestellt. Entsprechend der am 12. Juni 2006 erfolgten Abstimmung der Länderfinanzminister mit dem Bundesminister der Finanzen wird seit 2005 auch der Bereich der Schuldendiensthilfen (ohne Wohnungsbau) einvernehmlich in den Nachweis einbezogen, da diese für investive Zwecke gewährt werden und lediglich eine andere Form der Förderung darstellen (auch nach dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost war eine Förderung von Schuldendiensthilfen möglich). Für die Berechnung der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft (UFK) wird aufgrund der Vereinbarung in der Sitzung des Finanzplanungsrates vom November 2006 ab dem Berichtsjahr 2006 für jedes Land der genau berechnete Wert entsprechend der Methodik des BMF (Referenzland Bremen als finanzschwächstes Bundesland West) angesetzt.

## II. Ökonomische, soziale und demografische Entwicklung in Sachsen-Anhalt

### II.1 Wirtschaftliche Entwicklung

Zentraler Indikator der weiteren Konvergenz der neuen Länder ist die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) je Einwohner. Der Bezug zur Einwohnerzahl wird hier wie auch für andere zentrale Größen für wesentlich gehalten, da die Erwirtschaftung eines Produkts wie auch seine Verwendung unmittelbar an die Anzahl der davon betroffenen Menschen gekoppelt ist.

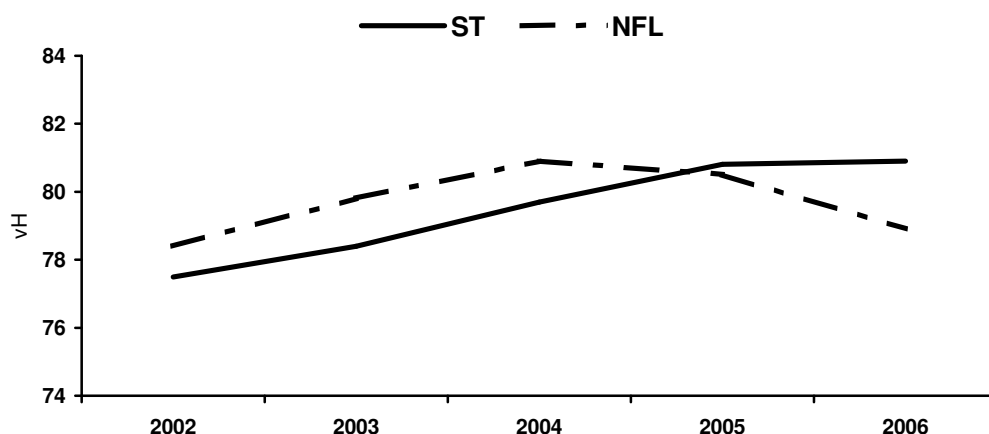
Tabelle II.1.1 zeigt die Entwicklung des realen BIP je Einwohner in den einzelnen Bundesländern und in Deutschland insgesamt im Jahr 2006.

**Tabelle II.1.1:** Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner nach Bundesländern im Jahr 2006

	in jeweiligen Preisen		preisbereinigt	preisbereinigt, verkettet je EW
	in Euro	in % des bundesdeutschen Durchschnitts	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	Wachstumsrate 2006/2002
Sachsen	20.815	74,3	4,6	10,0
<b>Sachsen-Anhalt</b>	<b>20.409</b>	<b>72,9</b>	<b>4,1</b>	<b>10,6</b>
Thüringen	19.797	70,7	4,1	10,4
Baden-Württemberg	31.388	112,1	3,4	4,4
Rheinland-Pfalz	24.843	88,7	2,8	5,3
Mecklenburg-Vorp.	19.112	68,2	2,7	5,8
Hamburg	49.318	176,1	2,7	2,6
Bayern	32.815	117,2	2,6	5,6
Niedersachsen	24.646	88,0	2,6	5,5
Nordrhein-Westfalen	27.811	99,3	2,5	3,3
Hessen	33.614	120,0	2,4	3,6
Bremen	38.107	136,0	2,3	3,8
Brandenburg	19.386	69,2	2,2	3,8
Saarland	26.759	95,5	2,2	8,6
Schleswig-Holstein	24.670	88,1	1,8	3,8
Berlin	23.715	84,7	1,7	-1,1
<b>Deutschland</b>	<b>28.010</b>	<b>100,0</b>	<b>2,8</b>	<b>4,9</b>

Im Zeitraum von 2002 bis 2006 stieg das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner um 10,6 %. Damit verzeichnete Sachsen-Anhalt das stärkste Wachstum in Deutschland. Wie Abbildung II.1.1. zeigt, konnte Sachsen-Anhalt einen beachtlichen Konvergenzfortschritt in Relation zu den FFW erzielen. **Betrag des Bruttoinlandsprodukts (BIP) je Einwohner im Jahr 2002 erst 77 % des Pro-Kopf-BIP in den FFW, so verbesserte sich dieser Wert bis 2006 auf 81 %. Kein anderes ostdeutsches Bundesland konnte einen so großen Sprung verzeichnen.**

**Abbildung II.1.1:** Entwicklung des BIP je Einwohner in Sachsen-Anhalt und den NFL in % des Durchschnittswertes der FFW



Das reale Wachstum in Sachsen-Anhalt - gemessen an der Wachstumsrate der realen Bruttowertschöpfung über alle Wirtschaftsbereiche - war in den vergangenen Jahren im deutlich positiven Bereich, siehe [Tabelle II.1.2](#).

**Tabelle II.1.2:** Wachstumsrate der Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen in Sachsen-Anhalt im Vergleich zu den FFW in %

	ST	FFW	ST	FFW
	2006/2002	2006/2002	2006/2005	2006/2005
1. alle Wirtschaftsbereiche	6,7	6,4	3,0	2,2
2. Land- und Forstwirtschaft und Fischerei	-4,4	7,5	-3,8	-3,9
3a. Produzierendes Gewerbe insgesamt	19,0	10,1	8,4	3,5
3b. Produzierendes Gewerbe ohne Bau	31,5	13,5	9,8	3,4
3.1 Verarbeitendes Gewerbe	37,6	13,1	12,1	3,8
3.2 Baugewerbe	-14,3	-6,9	3,0	4,4
4. Dienstleistungsbereiche	2,4	4,7	1,0	1,7
4.1 Handel, Gastgewerbe und Verkehr	10,4	6,4	1,5	2,8
4.2 Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	2,3	5,3	1,7	1,9
4.3 Öffentliche und private Dienstleister	-2,9	2,7	-0,1	0,6

Trotz der stark schrumpfenden Bauwirtschaft war das reale Wachstum im gesamten Zeitraum von 2002 bis 2006 sehr hoch gegenüber den FFW. Sachsen-Anhalt erreichte im Betrachtungszeitraum im Vergleich aller Bundesländer den 5. Platz nach Sachsen, Thüringen, Saarland und Bayern.

Die sektorale Aufspaltung des realen Wachstums lässt erkennen, dass sich nur die Bauwirtschaft deutlich negativ entwickelt hat. Aufgrund der Konsolidierungsanstrengungen in Land und Kommunen und dem damit ständig verbundenen Personalabbau schrumpfte allerdings der Bereich „öffentliche und private Dienstleister“ ebenfalls. Im Verarbeitenden Gewerbe, aber auch in den Bereichen Handel, Gastgewerbe und Verkehr sowie im Bereich der Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister war ein sehr hohes Wachstum zu verzeichnen, das deutlich über den Vergleichswerten der finanzschwachen Westflächenländer lag. **Das Verarbeitende Gewerbe Sachsen-Anhalts weist eine beachtliche und weit überdurchschnittliche Wachstumsdynamik auf. Die reale Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes stieg 2006 gegenüber 2002 um 37,6 %, während sie in den FFW nur um 13,1 % anstieg. Diese Tatsache ist besonders hervorzuheben, da dem Verarbeitenden Gewerbe für den gesamten weiteren gesamtwirtschaftlichen Konvergenzprozess eine herausragende Rolle zukommt. Trotz der hohen Wachstumsraten hat die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe - bezogen auf die Einwohnerzahl - aber erst ein Niveau von 63% des Bundesdurchschnitts erreicht. Dies zeigt, dass weitere Anstrengungen zur Stärkung der Unternehmensbasis erforderlich sind.**

Als unmittelbare Folge des Wachstums bei gleichzeitig moderater Lohnentwicklung hat sich die Produktivität (gemessen als Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen) deutlich verbessert. **Bundesweit erzielte Sachsen-Anhalt 2006 gegenüber 2002 mit real + 9,6 % die zweithöchsten Produktivitätsgewinne** und kann auch 2006 mit + 2,4 % auf den viert höchsten gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachs unter allen Bundesländern verweisen. Im Verarbeitenden Gewerbe hat Sachsen-Anhalt 2005 mit 73 % des Bundesdurchschnitts **die günstigsten Lohnstückkosten in Deutschland** und erweist sich somit gerade in diesem Wirtschaftsbereich als besonders wettbewerbsfähig.

Der Vergleich der Sektorstruktur in Sachsen-Anhalt und den FFW in der [Tabelle II.1.3](#) zeigt, dass die industrielle Basis in den neuen Ländern zwar immer noch etwas kleiner ist als in den alten Ländern, der Abstand zu den FFW sich jedoch langsam verringert. Während die Zweige „Produzierendes Gewerbe ohne Bau, Handel, Gastgewerbe und Verkehr und Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ noch unter denen der FFW liegen, ist die Bauwirtschaft dagegen in Sachsen-Anhalt trotz des in den letzten Jahren erfolgten Schrumpfungsprozesses immer noch gewichtiger als in den alten Ländern, auch die öffentlichen und privaten Dienstleister liegen mit 3,6 % über denen der FFW.

**Tabelle II.1.3:** Wirtschaftsstruktur: Anteil der Bruttowertschöpfung (BWS) 2006 nach Wirtschaftsbereichen in Sachsen-Anhalt im Vergleich zu den FFW in %

	ST	FFW
<b>1. alle Wirtschaftsbereiche</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
2. Land- und Forstwirtschaft und Fischerei	1,7	1,6
3. Produzierendes Gewerbe ohne Bau	24,1	26,1
4. Baugewerbe	5,7	4,1
5. Handel, Gastgewerbe und Verkehr	21,0	18,2
6. Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	20,3	25,6
7. Öffentliche und private Dienstleister	27,2	23,6

Die Anpassungsfortschritte Sachsen-Anhalts kommen auch in der deutlich rückläufigen Produktionslücke („Leistungsbilanzdefizit“) des Landes zum Ausdruck, siehe Abbildung II.1.2. Sie berechnet sich als die Differenz zwischen dem Verbrauch von Haushalten, Unternehmen und öffentlicher Hand einerseits und dem regionalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) andererseits. Die Produktionslücke in % des BIP gibt an, um welchen Prozentsatz das Bruttoinlandsprodukt wachsen müsste, damit es dem regionalen Verbrauch gleicht.

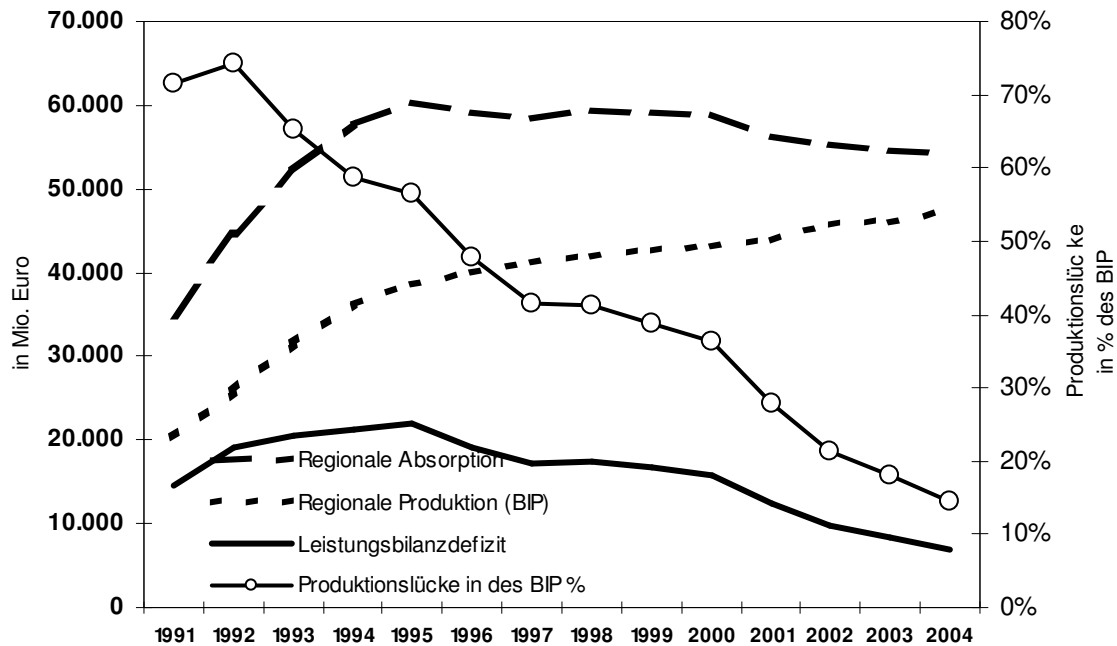
Während die Produktionslücke im Jahr 1991 noch 71 % des BIP betrug, sank sie bis 2004<sup>1</sup> auf 15 %. Gegenüber 2002 wurde ein Rückgang um 6 Prozentpunkte erreicht. Dafür verantwortlich ist zum einen die stetig wachsende Produktion (BIP) und zum anderen der seit 1995 rückläufige regionale Verbrauch. Sachsen-Anhalt deckt seinen Verbrauch somit zunehmend aus der eigenen wirtschaftlichen Leistungskraft. Dazu leisten die Solidarpaktmittel einen ebenso wichtigen Beitrag wie die Erfolge bei Wachstum, Produktivität und Beschäftigung.

---

<sup>1</sup> aktuellere Zahlen liegen noch nicht vor (Quelle: VGR der Länder)



**Abbildung II.1.2:** Rückläufige Produktionslücke in Sachsen-Anhalt



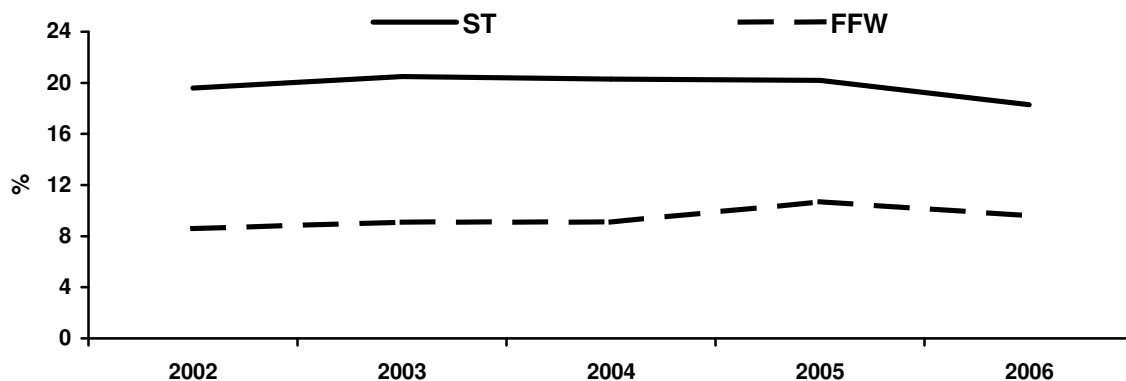
**Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Sachsen-Anhalt deutliche Konvergenzfortschritte erzielt hat, sowohl bei der Wertschöpfung als auch bei der Entwicklung der sektoralen Wirtschaftsstruktur.**

## II.2 Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit

Die Einführung des SGB II brachte für den Arbeitsmarkt bundesweit eine Erhöhung der Arbeitslosenzahlen. Als Ergebnis stiegen die Jahresdurchschnittswerte der Arbeitslosenquote an, so dass ein Vergleich zu den Vorjahren nur bedingt möglich ist.

Der Arbeitsmarkt ist in Sachsen-Anhalt - wie auch in allen anderen neuen Ländern - noch immer von einer hohen Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Wie [Abbildung II.2.1](#) zeigt, ist die Arbeitslosenquote, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, immer noch fast doppelt so hoch wie in den FFW.

**Abbildung II.2.1:** Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt sowie den FFW, Jahresdurchschnittswerte von 2002 bis 2006



Mit durchschnittlich 18,3 % wies Sachsen-Anhalt im Jahr 2006 weiterhin die höchste Arbeitslosenquote in Ostdeutschland auf. Allerdings sank die *Anzahl* der Arbeitslosen 2006 gegenüber dem Jahr 2002 um 11 %, dies war der stärkste Rückgang im Vergleich der neuen Länder.

Wie Tabelle II.2.1 zeigt, ist in Sachsen-Anhalt die *Arbeitslosenquote* im Referenzzeitraum am stärksten zurückgegangen (- 7 %).

**Tabelle II.2.1:** Veränderung der Arbeitslosenquote 2006 gegenüber 2002 bezogen auf die zivilen Erwerbspersonen (2002=100)

Bundesland	2006/2002
<b>Sachsen-Anhalt</b>	<b>93</b>
Sachsen	96
Brandenburg	97
Thüringen	98
Mecklenburg-Vorpommern	102
Berlin	104
Saarland	109
<b>Deutschland</b>	<b>110</b>
Rheinland-Pfalz	111
Bayern	113
Niedersachsen	114
Schleswig-Holstein	115
Baden-Württemberg	117
Bremen	119

<b>Bundesland</b>	<b>2006/2002</b>
Hamburg	122
Nordrhein-Westfalen	124
Hessen	131

Die Entwicklung der Erwerbstätigkeit war in Sachsen-Anhalt bis zur zweiten Jahreshälfte 2006 weiterhin rückläufig. Sie wird durch einen starken Arbeitsplatzabbau in der Bauwirtschaft geprägt, in der seit 2002 Rückgänge um etwa 22 % zu verzeichnen waren (in den FFW um etwa 10 %). Die Erwerbstätigkeit insgesamt lag im Jahresdurchschnitt 2006 um 5 % unter dem Wert des Jahres 2002. Eine ähnliche Entwicklung ist in allen neuen Ländern zu verzeichnen. Da in diesem Zeitraum der Bevölkerungsrückgang etwa so groß war wie der Rückgang der Erwerbstätigen, ist die Erwerbsquote gegenüber 2002 nahezu unverändert geblieben. Auch dies entspricht der Entwicklung in den anderen neuen Ländern wie auch in Deutschland insgesamt, siehe Tabelle II.2.2.

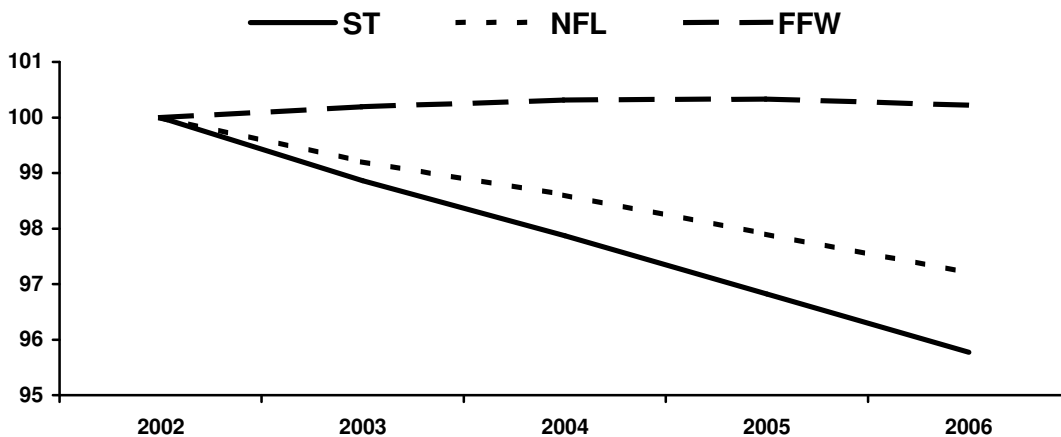
**Tabelle II.2.2:** Entwicklung der Erwerbsquote (Erwerbstätige je 1000 Einwohner) 2006 gegenüber 2002 (2002=100)

<b>Bundesland</b>	<b>2006/2002</b>
Saarland	101
Rheinland-Pfalz	100
Sachsen	100
Niedersachsen	99
<b>Sachsen-Anhalt</b>	<b>99</b>
Thüringen	99
Nordrhein-Westfalen	99
<b>Deutschland</b>	<b>99</b>
Hessen	98
Mecklenburg-Vorpommern	98
Baden-Württemberg	98
Bayern	98
Bremen	98
Brandenburg	97
Hamburg	97
Schleswig-Holstein	97
Berlin	97

### II.3 Demografische Entwicklung

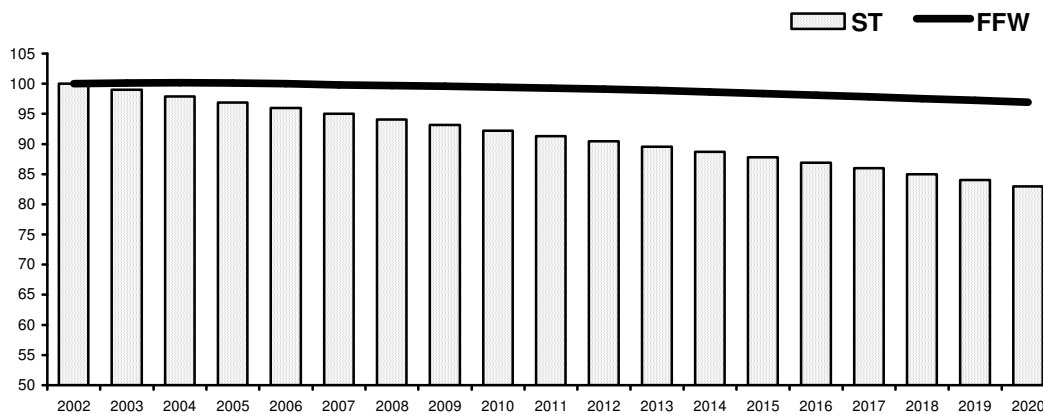
Das Land Sachsen-Anhalt hat in den vergangenen Jahren einen erheblichen Bevölkerungsverlust erlitten. Am 30.6.2006 lag die Einwohnerzahl um 4,2 % niedriger als am 30.6.2002. Im gleichen Zeitraum hatten die neuen Flächenländer insgesamt einen Bevölkerungsverlust von ca. -2,8 % und die finanzschwachen Westflächenländer einen leichten Einwohnerzuwachs in Höhe von ca. 0,2 % zu verzeichnen, siehe [Abbildung II.3.1](#). Verantwortlich für diese Entwicklung ist insbesondere der negative Saldo zwischen Zu- und Abwanderungen, bedingt durch **im Durchschnitt zu geringe Zuwanderungen, aber auch ein überdurchschnittlich hohes Geburtendefizit**. Die Entwicklung ist auch in den anderen neuen Ländern ähnlich verlaufen, selbst Brandenburg, das zwischenzeitlich von Suburbanisierungsprozessen im Großraum Berlin profitierte, muss inzwischen wieder Bevölkerungsverluste verkraften. Nachdem die Bevölkerung in Sachsen-Anhalt 2001 und 2002 gegenüber dem Vorjahr jeweils um rd. 1,3 % sank, hat sich der Bevölkerungsrückgang ab 2003 verlangsamt.

**Abbildung II.3.1:** Bevölkerungsentwicklung in Sachsen-Anhalt seit 2002 im Vergleich zu den finanzschwachen Westflächenländern (FFW) und der Gesamtheit der neuen Flächenländer (NFL)/ 2002 = 100



Nach der aktuell vorgelegten Bevölkerungsprognose 2007 des Statistischen Landesamtes wird sich der Bevölkerungsrückgang auch in den nächsten Jahren fortsetzen, siehe [Abbildung II.3.2](#). Längerfristig geht die Prognose davon aus, dass die Bevölkerungszahl des Landes von 2,442 Mio. Einwohner Ende 2006 bis 2020 auf ca. 2,115 Mio. Einwohner sinkt (-13 Prozent). Im Vergleich hierzu rechnet das Statistische Bundesamt für die FFW bis zum Jahr 2020 nur mit einem leichten Bevölkerungsrückgang um etwa 3 Prozent.

**Abbildung II.3.2:** Bevölkerungsprognose für den Zeitraum von 2002 bis 2020 in Sachsen-Anhalt und den finanzschwachen Westflächenländern (FFW) im Vergleich (2002 = 100)



Aus den durch die Prognose aufgezeigten demografischen Entwicklungen resultieren sowohl auf Länder- als auch auf Kommunalebene erhebliche **fiskalische Anpassungslasten, die zusätzlich zu den Aufbaulasten von den neuen Ländern zu tragen sind und denen in den alten Ländern in den nächsten Jahren kaum vergleichbare Lasten gegenüberstehen**. Sachsen-Anhalt verliert mit jedem Einwohner, der das Land verlässt, etwa 2.500 Euro pro Jahr an Steuereinnahmen aus dem Länderfinanzausgleich. Die Landesregierung wird auch aus diesem Grund durch entsprechende Gegenmaßnahmen dazu beitragen, den Bevölkerungsrückgang nach Möglichkeit zu verlangsamen. In einem ersten Schritt hat die Landesregierung ein Familienförderungsgesetz mit konkreten Maßnahmen beschlossen. Außerdem wurden Forschungs- und Modellprojekte auf den Weg gebracht, wie „Ländliche Lebensmodelle für junge Menschen und Familien in Sachsen-Anhalt“ und „Innovative Ansätze zur Bewältigung des demografischen Wandels – Generationswechselmanagement in Sachsen-Anhalt“.

Eine Studie über die Zuwanderung nach Sachsen-Anhalt hat gezeigt, dass in Sachsen-Anhalt neben der eher durchschnittlichen Abwanderung und dem Geburtendefizit insbesondere die geringere Zuwanderung ein Problem darstellt. Hier besteht weiterhin Handlungsbedarf für künftige politische Entscheidungen, um eine höhere Attraktivität des Standorts und Lebensraums Sachsen-Anhalt zu bewirken. Im Juli 2007 hat die Landesregierung die Fortschreibung 2007 des Handlungskonzeptes „Nachhaltige Bevölkerungspolitik in Sachsen-Anhalt“ beraten und weitergehende Prüfaufträge an die Landesverwaltung erteilt.

## II.4 Zusammenfassende Bewertung der Konvergenzfortschritte und der Rahmenbedingungen in Sachsen-Anhalt

Wie das Kapitel II gezeigt hat, hat Sachsen-Anhalt deutliche Konvergenzfortschritte aufzuweisen. Dies betrifft namentlich die Wettbewerbsfähigkeit der industriellen Produktion. Allerdings ist die Unternehmensgrößenstruktur weiterhin unbefriedigend. Auf anderen Feldern, wie besonders auf dem Arbeitsmarkt, gibt es noch erhebliche Entwicklungsrückstände, an deren Beseitigung weiter intensiv gearbeitet werden muss.

**Abbildung II.4.1:** Zentrale Indikatoren zum erreichten Anpassungsniveau Sachsen-Anhalts im Vergleich zum Bundesdurchschnitt (=100) in den Jahren 1995, 2002 und 2006

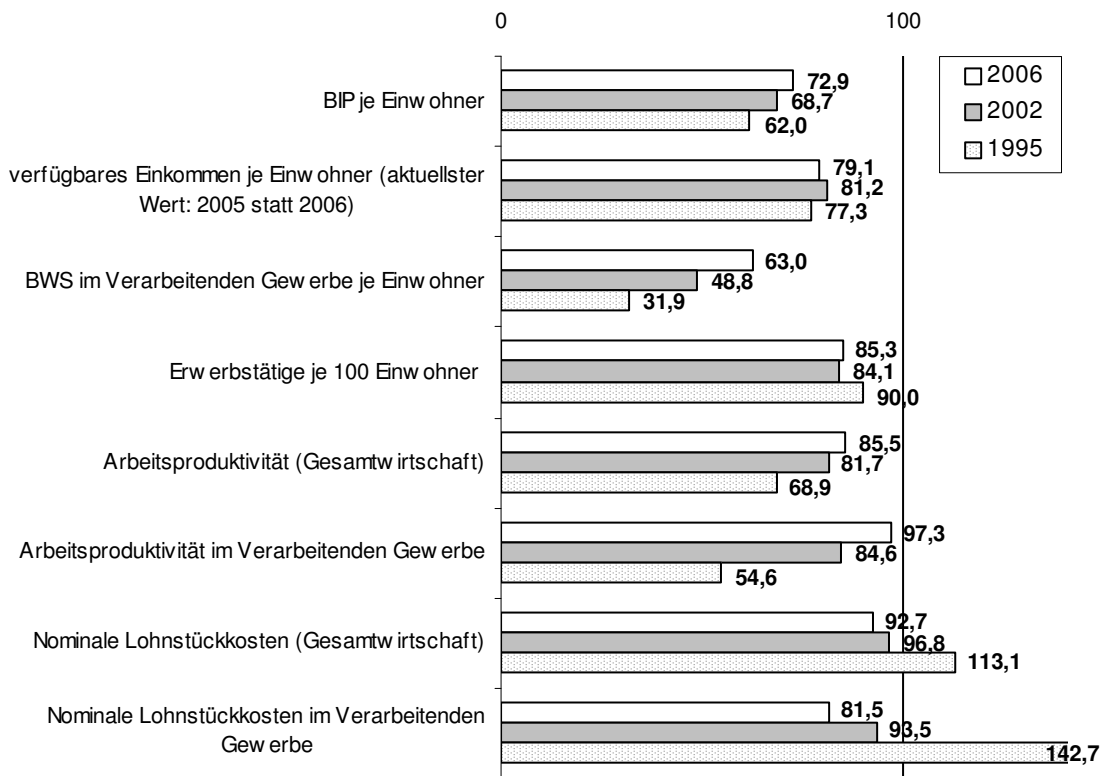


Abbildung II.4.1 fasst den erreichten Anpassungsstand Sachsen-Anhalts anhand zentraler Konvergenzindikatoren zusammen. Sie zeigt, dass es Sachsen-Anhalt im Berichtszeitraum gelungen ist, beachtliche Konvergenzerfolge zu erzielen. So stieg das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner um 10,6 % und damit deutlich stärker als im ostdeutschen und im Bundesdurchschnitt. Gleichzeitig haben hohe Produktivitätsgewinne und deutlich gesunkene Lohnstückkosten die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie nachhaltig verbessert. Zahlreiche Neuan siedlungen sind der Beleg für die günstigen Rahmenbedingungen und die neu gewonnene Attraktivität des Industriestandortes Sachsen-Anhalt.

Obwohl das Verarbeitende Gewerbe besonders dynamisch wächst, erreicht die gesamtwirtschaftliche Leistung im Jahr 2006 – bezogen auf die Einwohnerzahl – jedoch erst 72,9 % des Bundesdurchschnitts. Ein Grund hierfür ist die immer noch vergleichsweise schmalere industrielle Basis in Sachsen-Anhalt. Obwohl die Wirtschaftsleistung überdurchschnittlich anstieg, hat sich bei den verfügbaren Einkommen der Rückstand zum Bundesdurchschnitt vergrößert. Auch hat das wirtschaftliche Wachstum bislang noch in zu geringem Umfang neue Arbeitsplätze mit sich gebracht, obwohl die Arbeitslosenquote von 20,2 % (2005) auf 18,3 % (2006) zurück ging.

Die Solidarpaktmittel haben einen wesentlichen Beitrag zu den überdurchschnittlichen Konvergenzerfolgen Sachsen-Anhalts geleistet. Die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zeigt, dass die Hilfen effektiv im Sinne der gesamtwirtschaftlichen Ziele des Aufbaus Ost eingesetzt wurden und dass es dem Land zunehmend gelingt, sich aus seiner Transferabhängigkeit zu befreien. Gleichwohl sind die noch vorhandenen Entwicklungsrückstände unübersehbar und bedürfen auch künftig überdurchschnittlicher Investitionen.

**Auch weiterhin sind große Anstrengungen erforderlich, um die Transferabhängigkeit Ostdeutschlands weiter zu reduzieren und das Konvergenzziel des Aufbaus Ost zu erreichen. In dieser Situation ist die mit dem Solidarpakt II geschaffene Planungssicherheit für den weiteren Prozess des Aufbaus Ost von großer Bedeutung, damit die Konvergenzerfolge verstetigt werden können und das Ziel – finanziell auf eigenen Beinen zu stehen – erreicht wird.**

### III. Finanzwirtschaftliche Entwicklung des Landeshaushaltes und der Kommunalhaushalte einschließlich der Begrenzung der Neuverschuldung

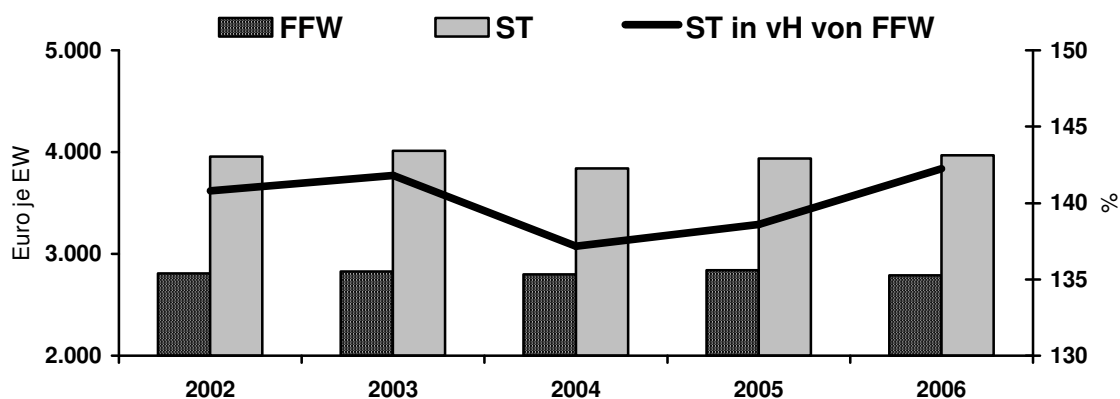
#### III.1. Die Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen auf der Landesebene

##### III.1.1 Ausgaben

###### *Bereinigte Gesamtausgaben*

Die bereinigten Gesamtausgaben<sup>2</sup> auf Landesebene sind in Sachsen-Anhalt seit 2002 im Vergleich zu den FFW leicht gesunken, von ca. 10,15 Mrd. Euro im Jahr 2002 sind sie absolut um 0,5 % auf ca. 10,10 Mrd. Euro im Jahr 2006 zurückgegangen. Ohne Berücksichtigung der 2005 erstmalig weitergeleiteten Mittel des Bundes für die Beteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung für FFW und Sachsen-Anhalt und der nur in den neuen Ländern zur Verfügung gestellten SOBEZ zur Überwindung der strukturellen Arbeitslosigkeit, die vom Land an die Kommunen weitergeleitet werden - Hartz IV -, die den Landeshaushalt nur durchlaufen, ergibt sich sogar ein Rückgang von 4 %. Allerdings schlägt dies aufgrund des demografischen Effekts nicht auf die Pro-Kopf-Ausgaben durch - im Vergleich zum Niveau der finanzschwachen Westflächenländer hat sich der Abstand pro Kopf von rd. 141 % im Jahr 2002 auf ca. 142 % im Jahr 2006 erhöht, siehe Abbildung III.1.1.

**Abbildung III.1.1:** Bereinigte Pro-Kopf-Ausgaben auf Landesebene im Vergleich zu den FFW (ohne Fluthilfe und ohne Ausgaben Hartz IV)



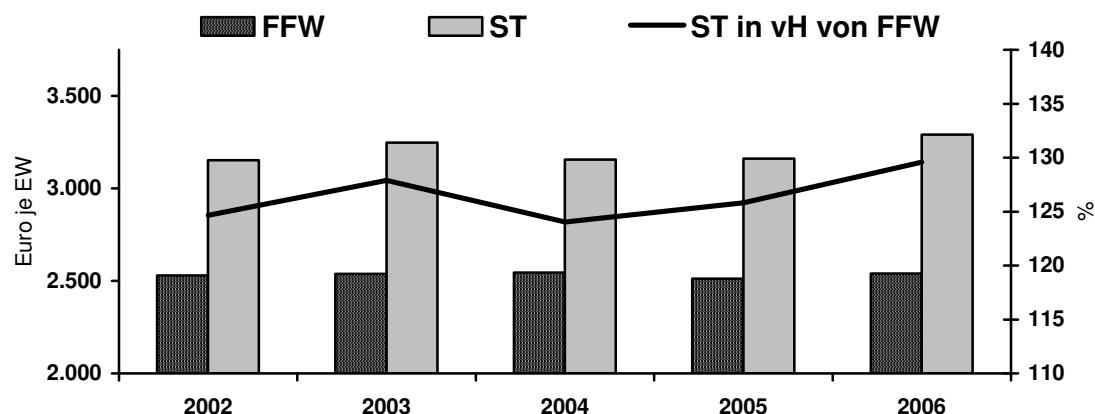
###### *Ausgaben der laufenden Rechnung*

Die Ausgaben der laufenden Rechnung, siehe Abbildung III.1.2, haben sich gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht, gegenüber dem Referenzjahr 2002 erfolgte eine Steigerung um rd. 9 %, die mit ca. 4 % allein auf die durchlaufenden Leistungen Hartz IV zurückzuführen



ist. Die verbleibende Erhöhung ist hauptsächlich in den weiterhin ansteigenden Zins- und Personalausgaben begründet. In den Vergleichsländern West hat in diesem Zeitraum ebenfalls eine Steigerung der Ausgaben der laufenden Rechnung stattgefunden.

**Abbildung III.1.2:** Ausgaben der laufenden Rechnung (ohne Fluthilfe und ohne Ausgaben Hartz IV) auf Landesebene im Vergleich zu den FFW



**Die höheren Pro-Kopf-Ausgaben im Vergleich zu den FFW, siehe Tabelle III.1.1, sind insbesondere auf deutlich höhere Zuweisungen an die Kommunen zurückzuführen.**

Während das Land Sachsen-Anhalt im Jahr 2006 hierfür – ohne Fluthilfe – je Einwohner ca. 1.062 Euro (ohne Hartz IV 921 Euro) verausgabt, wurden in den FFW durchschnittlich nur ca. 566 Euro je Einwohner (ohne Hartz IV 521 Euro) verausgabt. Die vergleichsweise höheren Zuweisungen an die Kommunen sind weiter erforderlich, um die unterproportionale kommunale Finanzkraft auszugleichen und den Kommunen ausreichend Mittel zur Finanzierung überproportionaler Infrastrukturinvestitionen zur Verfügung zu stellen.<sup>3</sup>

Ebenfalls deutlich über den Vergleichswerten der FFW liegen die laufenden Zuweisungen an andere Bereiche in Sachsen-Anhalt. Zu nennen sind hier zum einen die Ausgaben für Renten und Unterstützungen (um nahezu 35 Euro je Einwohner), zum anderen die Zuweisungen und Zuschüsse an sonstige Unternehmen (um nahezu 255 Euro je Einwohner). **Dies ist Ausdruck des derzeitigen noch hohen Förderniveaus in den neuen Ländern.**

Die weiter steigenden Zinsausgaben als Folge der Neuverschuldung in den vergangenen Jahren haben 2006 dazu geführt, dass Sachsen-Anhalt bereits 77 Euro je Einwohner mehr aufwenden musste als im Durchschnitt die FFW. Hier wird die Landesregierung erst mittel- bis langfristig durch die Rückführung und Beendigung der Neuverschuldung eine Reduzierung bewirken können.

<sup>2</sup> alle Vergleiche zu den FFW im Folgenden ohne Ausgaben für Fluthilfe, die vollständig aus dem Aufbauhilfefonds finanziert wurden

<sup>3</sup> siehe hierzu Teil IV des Berichts

Eine weitere Ausgabenkomponente, die keine Entsprechung in den alten Ländern hat, resultiert aus den Leistungen, welche die neuen Länder im Rahmen des AAÜG (Anspruchs- und Anwartschaftsüberleitungsgesetz; Ausgaben für die Zusatz- und Sonderversorgung der DDR) zu erbringen haben, die immerhin rd. 5 % der laufenden Ausgaben ausmachen. Nach einem kurzzeitigen Rückgang in den Jahren 2003 und 2004 steigen diese Ausgaben zwischenzeitlich wieder an.

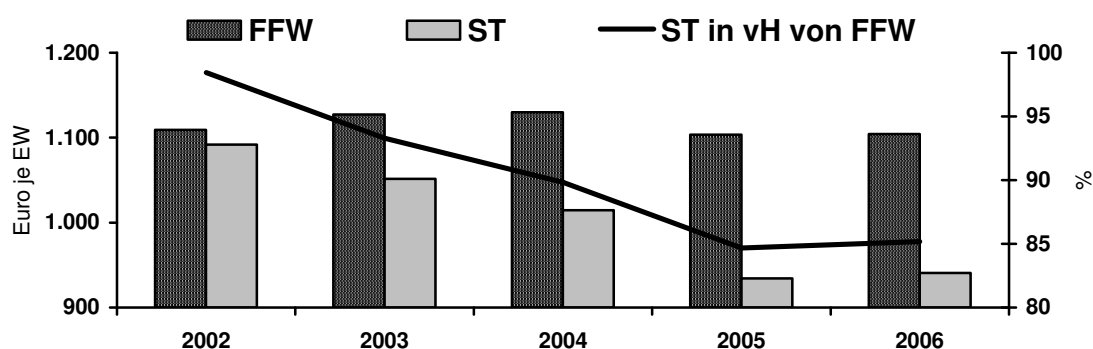
**Tabelle III.1.1:** Die Struktur der laufenden Ausgaben auf Landesebene im Vergleich zu den FFW im Jahr 2006 (ohne Fluthilfe)

	ST		FFW	
	Euro je EW	%-Anteil	Euro je EW	%-Anteil
1. laufende Ausgaben gesamt	3.432	100,0	2.585	100,0
- davon:				
2. Personalausgaben	941	27,4	1.104	42,7
-- davon:				
2.a Versorgungsleistungen	21	0,6	253	9,8
2.b Bezüge für aktives Personal	920	26,8	851	32,9
3. Zinsausgaben	369	10,8	292	11,3
4. laufender Sachaufwand	185	5,4	207	8,0
5. laufende Zuweisungen und Zuschüsse an Kommunen <i>ohne Hartz IV</i>	1.062 921	30,9	566 521	21,9
6. Lfd. Zuweisungen an andere Bereiche	710	20,7	416	16,1
-- darunter:				
6.a Renten, Unterstützungen und dgl.	74	2,1	39	1,5
6.b Zuweisungen und Zuschüsse an soziale und ähnliche Einrichtungen	65	1,9	68	2,6
6.c Zuweisungen und Zuschüsse an öffentliche Unternehmen	148	4,3	140	5,4
6.d Zuweisungen und Zuschüsse an sonstige Unternehmen	372	10,8	117	4,5
7. AAÜG-Zahlungen	165	4,8	0	0,0

## Personalausgaben

Die Abbildung III.1.3 zeigt die Entwicklung der Personalausgaben bis zum Jahr 2006. Die Personalausgaben sind danach seit dem Jahr 2002 absolut um ca. 18 % und je Einwohner - aufgrund der Auswirkungen des Einwohnerrückgangs - um ca. 14 % gesunken. Gleichzeitig wurden vom 1.1.2002 bis 31.12.2006 15.699 Stellen auf der Landesebene abgebaut. Im Personalhaushaltsvollzug 2006 wies Sachsen-Anhalt noch 62.031 Stellen im Planpersonal aus. Das sind 24,8 Stellen je 1000 Einwohner.

**Abbildung III.1.3:** Personalausgaben auf Landesebene im Vergleich zu den FFW (ohne Einmaleffekt Auszahlung Lehrer-Arbeitszeitkonten 2004)



Mit Stand 30.06.2005 hatte Sachsen-Anhalt in der Personalstandsstatistik des Statistischen Bundesamtes bezüglich der Vollzeitäquivalente (VZÄ) der Beschäftigten einen Bestand von 64.820. Dies entspricht 26,1 VZÄ je 1.000 Einwohner. Damit lag Sachsen-Anhalt 2005 zwar an der Spitze aller Länder, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, dass in Sachsen-Anhalt die Beschäftigten der Unikliniken noch zum Landespersonal gezählt wurden, während in anderen Ländern diese Einrichtungen bereits ausgelagert bzw. privatisiert wurden und demnach deren Beschäftigte auch nicht mehr dem Landespersonal zugerechnet werden. Mit der nächsten Statistik zum 30.06.2006 werden auch 5.571 Beschäftigte in Sachsen-Anhalt nicht mehr berücksichtigt, da die Unikliniken zum Jahresende 2005 in Körperschaften öffentlichen Rechts umgewandelt wurden. Bereinigt um diesen Effekt würde Sachsen-Anhalt nicht 26,1 VZÄ je 1.000 Einwohner aufweisen, sondern einen Wert von rund 24 VZÄ je 1.000 Einwohner erreichen und damit den Stellenwert gegenüber den anderen Bundesländern verbessern (der Bundesdurchschnitt für alle Flächenländer lag bei 21,0 VZÄ, der der Flächenländer West bei 20,3 VZÄ).

Da die neuen Länder vergleichsweise mehr oder weniger große Personalüberhänge aufweisen, kann sich der Stellenabbau mittel- und langfristig nicht am derzeit bestehenden Durchschnitt aller Flächenländer oder nur der neuen Länder orientieren, sondern eher an

den gleichgroßen alten Flächenländern. Er muss auch berücksichtigen, dass in den Vergleichsländern weiterhin Personal abgebaut werden dürfte. Bildet man den Durchschnitt der insoweit am ehesten vergleichbaren Länder Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz, errechnen sich 20,0 Vollzeitäquivalente je 1.000 Einwohner. Dies stellt die langfristige Zielzahl des im März 2007 beschlossenen Personalentwicklungskonzepts der Landesregierung dar.

Die Pro-Kopf-Personalausgaben 2006 liegen um 15 % unter denen der FFW, beim Vergleich der Aufwendungen für aktives Personal je Einwohner, d.h. Personalausgaben ohne Versorgungsausgaben - siehe Tabelle III.1.2, liegen aber die Personalausgaben auf Landesebene in Sachsen-Anhalt noch um ca. 8 % über dem Durchschnittswert der FFW. Zum Teil ist dies auch dem Umstand geschuldet, dass aufgrund der in Sachsen-Anhalt wie auch anderen neuen Ländern nicht erfolgten Verbeamtung der Lehrer gegenwärtig höhere Ausgaben je Stelle anfallen, wodurch im Gegenzug allerdings künftige Pensionsbelastungen reduziert werden. Dies ist bei einer Bewertung des gegenwärtigen Ausgabevolumens zu berücksichtigen, weil dadurch die Vergleichbarkeit der Zahlen eingeschränkt wird. Zudem differieren auch die Ausgaben der einzelnen FFW-Länder deutlich. Durch die **konsequente Umsetzung weiterer Stellenrückführungen in Sachsen-Anhalt bis 2011 auf rund 55.000 Stellen** wird der Abstand zu den Vergleichsländern aber weiter verringert.

**Tabelle III.1.2:** Personalausgaben insgesamt und für aktives Personal auf Landesebene im Jahr 2002 und 2006 in Euro je Einwohner

	Personalausgaben insgesamt			Ausgaben für aktives Personal (Personalausgaben minus Versorgungsausgaben)		
	2002	2006	2006/2002 in %	2002	2006	2006/2002 in %
ST	1.092	941	86,2	1.082	920	85,0
FFW	1.109	1.104	99,5	879	851	96,8

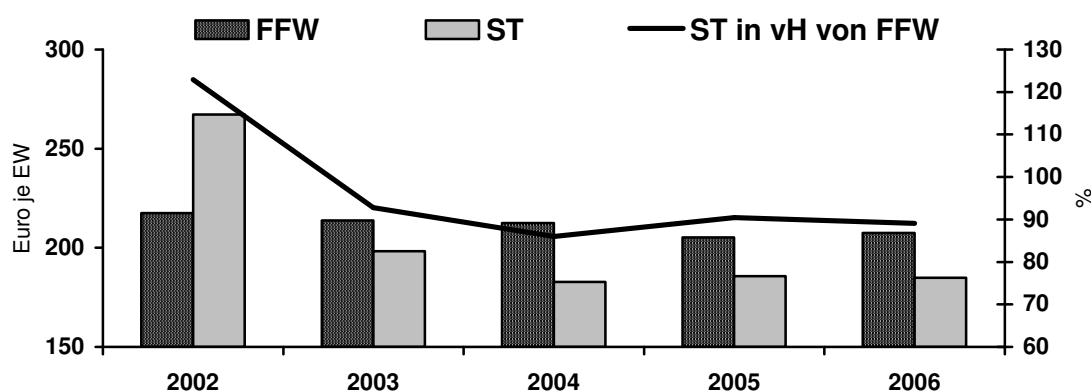
**Im Jahr 2007 wird sich die Zahl der Stellen im Vollzug um rund 1.100 verringern. Entsprechend dem von der Landesregierung im März 2007 beschlossenen Personalentwicklungskonzept soll sich der Stellenbestand des Landes im Finanzplanungszeitraum bis 2011 um insgesamt rund 7.000 Stellen und bis zum Jahr 2020 bis auf eine Zielzahl von 45.600 Stellen reduzieren.**

Verbeamtungen werden künftig auf die Aufgabenbereiche beschränkt, in denen dies unbedingt erforderlich ist. Gleichzeitig werden ab 2007 für Neuverbeamtungen Pensionsrücklagen gebildet. Beide Maßnahmen werden die Ausgaben kurz- und mittelfristig erhöhen, jedoch langfristig eine Entlastung bewirken.

### Laufender Sachaufwand

Die Abbildung III.1.4 zeigt die Pro-Kopf-Ausgaben für den laufenden Sachaufwand. Hier hat sich der Abstand im Vergleich zu den FFW in den Jahren von 2002 bis 2006 rückläufig entwickelt und seit 2003 die Ausgaben der FFW unterschritten. Dies liegt teilweise auch an der Gründung von Landesbetrieben sowie der Globalisierung der Mittel für die Universitäten und Fachhochschulen. Jedoch haben auch die FFW-Länder in zum Teil nennenswertem Umfang Ausgliederungen vorgenommen.

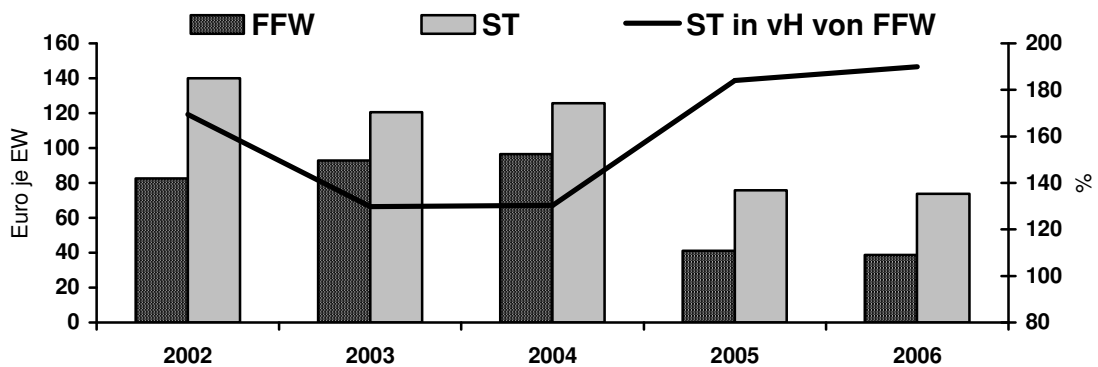
**Abbildung III.1.4:** Pro-Kopf-Ausgaben für laufenden Sachaufwand auf Landesebene im Vergleich zu den FFW



### Sozialausgaben

Abbildung III.1.5 zeigt das Niveau der Sozialausgaben (im engeren Sinne, d.h. Renten, Unterstützungen und dgl.) im Land Sachsen-Anhalt gegenüber den FFW. Sichtbar wird, dass die Belastung des Landeshaushaltes 2006 bereits knapp zwei Drittel über der der FFW (im Durchschnitt) lag. Dies wird im Vergleich zu den FFW allerdings teilweise durch noch geringere Belastungen der kommunalen Ebene (siehe Abbildung III.2.5) ausgeglichen.

**Abbildung III.1.5:** Pro-Kopf-Ausgaben für Renten, Unterstützungen und dgl. auf Landesebene im Vergleich zu den FFW



Gegenüber dem Jahr 2002 haben sich die dargestellten Sozialausgaben im Land Sachsen-Anhalt 2006 um über 53 % vermindert. Die Verringerung beruht auf den gesunkenen Ausgaben nach dem Wohngeldgesetz, die sich durch die Reformen am Arbeitsmarkt ergeben. Eine ähnliche Verringerung der Sozialausgaben (- 47 %) hat auch in den FFW stattgefunden. Die auf Landesebene eingesparten Mittel werden jährlich den Kommunen in einer gesonderten Zuweisung auf der Grundlage der Vereinbarungen zum 4. Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt zur Verfügung gestellt.

#### *Aufwendung im Rahmen des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz (AAÜG)*

In der Tabelle III.1.1 wurden bei den laufenden Ausgaben des Landes Sachsen-Anhalt die Zahlungen zur Finanzierung von Rentenansprüchen, die im Rahmen des AAÜG gesetzlich geregelt sind, ausgewiesen. Diese Ausgaben sind in allen neuen Ländern seit Mitte der neunziger Jahre bis zum Jahr 2002 explosionsartig gestiegen und steigen auch gegenwärtig weiter an. Sie betragen derzeit je Einwohner mehr als das Doppelte der Ausgaben des Jahres 1995 und machen für Sachsen-Anhalt zwischenzeitlich rd. 406 Mio. Euro bzw. rd. 5 % der laufenden Ausgaben aus.

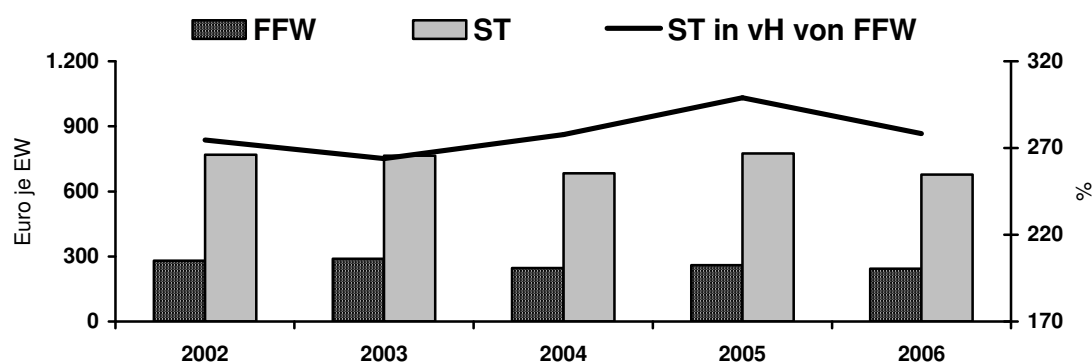
**Bei den AAÜG-Zahlungen handelt es sich um eine einigungsbedingte Sonderlast, weil diese nicht mit den Pensionslasten der alten Länder vergleichbar sind,** da hier (insbesondere in der Zusatzversorgung) viele Berufsgruppen aus der DDR versorgt werden, die nicht zum öffentlichen Sektor zu rechnen sind (z.B. Künstler und sogenannte „technische Intelligenz“). Zahlungstechnisch sind die gesetzlichen Rentenversicherungen für die Rentenauszahlungen im Rahmen des AAÜG zuständig. Diese Aufwendungen – einschließlich der damit verbundenen Verwaltungsaufwendungen – werden den Rentenversicherungsträgern vom Bund erstattet. Der Bund wiederum lässt sich – gemäß dem Einigungsvertrag – die auf die neuen Länder entfallenden Anteile (ca. zwei Drittel) von diesen im Verhältnis ihrer Einwohnerzahlen erstatten. **Die Höhe der AAÜG-Lasten entspricht in**

**Sachsen-Anhalt rd. 25 % der SOBEZ. Diese Mittel fehlen dem Land Sachsen-Anhalt und auch den anderen neuen Ländern bei der weiteren Gestaltung des Aufbaus Ost. Deshalb hat die Bundesregierung zugesagt, ihre Beteiligung an den Zahlungen für die Zusatzversorgungssysteme von derzeit 33,3 % sukzessive bis auf 40 % im Jahr 2010 zu erhöhen und inzwischen einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt.**

### *Investive Ausgaben*

Die Ausgaben der Kapitalrechnung, siehe Abbildung III.1.6, sind auf Landesebene gegenüber 2002 rückläufig, sie betragen im Jahr 2006 ohne Fluthilfe aber je Einwohner immer noch rd. 677 Euro und damit rd. 271 % des FFW-Niveaus. Auch hier haben die Zuweisungen an die Kommunen einen maßgeblichen Anteil.

**Abbildung III.1.6:** Ausgaben der Kapitalrechnung auf Landesebene im Vergleich zu den FFW (ohne Fluthilfe)



Die Tabelle III.1.3 zeigt die Struktur der Ausgaben der Kapitalrechnung im Jahr 2006. Auf Landesebene wurden in Sachsen-Anhalt ca. 42 % der investiven Ausgaben (ohne Fluthilfe) in Form von Investitionszuweisungen an die kommunale Ebene geleistet. Dabei lagen die Pro-Kopf-Zuweisungen an die Kommunen in Sachsen-Anhalt bei fast 293 % (ohne Fluthilfe) des Niveaus in den finanzschwachen Westflächenländern, was auch auf die insgesamt höheren Investitionsausgaben zurückzuführen ist. Deutliche Unterschiede bei den investiven Ausgaben zwischen dem Land Sachsen-Anhalt und den FFW sind auch bei den Zuweisungen und Zuschüssen an andere Bereiche zu verzeichnen, wobei auf Landesebene insbesondere betriebliche Investitionsfördermaßnahmen, z.B. im Bereich der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, den Hauptanteil ausmachen. Die Sachinvestitionsausgaben<sup>4</sup> betragen im Jahr 2006 88 Euro je Einwohner und lagen damit bei rd. 251 % der Sachinvestitionsausgaben der FFW (ohne Fluthilfe).

<sup>4</sup> Die Sachinvestitionen wurden korrigiert um den Anteil der Sachinvestitionen aus der ab 2005 erfolgten Zuweisung an den Landesbetrieb Bau. Durch diese systematische Korrektur erhöhen sich die Sachinvestitionen um 26 Euro/Einw., gleichzeitig verringert sich der bei den sonstigen Investitionen ausgewiesene Betrag gleichermaßen.

**Tabelle III.1.3:** Struktur der Ausgaben der Kapitalrechnung im Jahr 2006 (ohne Fluthilfe)

	ST		FFW	
	Euro je EW	%-Anteil	Euro je EW	%-Anteil
1. Ausgaben der Kapitalrechnung insgesamt	677	100,0	250	100,0
-- davon:				
2. Sachinvestitionen	88	13,0	35	14,0
3. Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden/ GV	287	42,4	98	39,2
4. Sonstige investive Zuweisungen und Zuschüsse	302	44,6	117	46,8

Bei den für die Schließung der Infrastrukturlücke bedeutsamen Sachinvestitionen konnte in den letzten Jahren ein Rückgang aufgrund der extremen Konsolidierungserfordernisse und der Einbrüche auf der Einnahmeseite nicht vermieden werden. In den FFW sind die Sachinvestitionen auf Länderebene aber ebenfalls deutlich gesunken. Im Ergebnis wurden 2006 in Sachsen-Anhalt rd. 130 Mio. Euro mehr verausgabt als in den Vergleichsländern West, in den Jahren 2002 bis 2006 waren es insgesamt 709 Mio. Euro<sup>5</sup>.

#### *Zahlungen an die Gemeinden/ Gemeindeverbände (GV)*

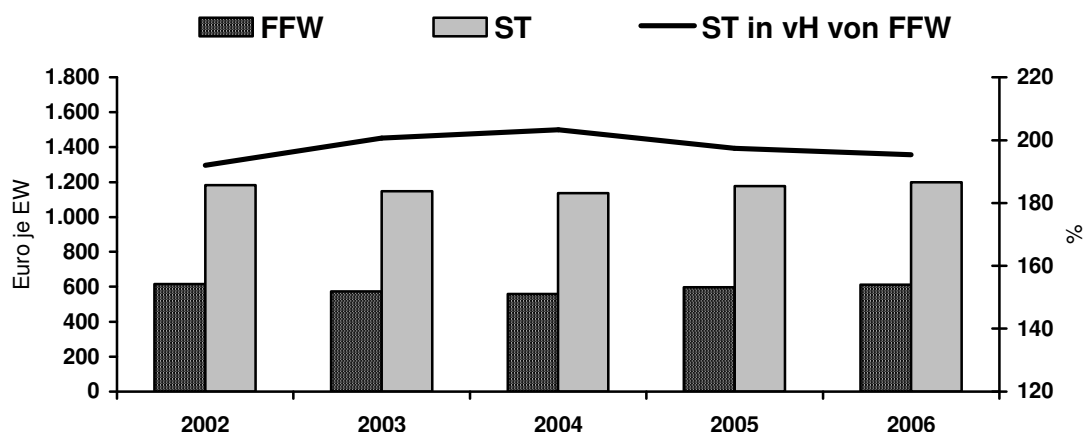
Eine wesentliche Ausgabenkomponente sind gerade in den neuen Ländern die Zahlungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände inner- und außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs. In Sachsen-Anhalt wurden in 2006 rd. 33 % der Gesamtausgaben des Landes (ohne Ausgaben Hartz IV rd. 30 %) an die Gemeinden und Gemeindeverbände geleistet, in den FFW betrug der Anteil nur ca. 23 % (ohne Ausgaben Hartz IV rd. 22 %). In den Zahlungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände sind sowohl Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke als auch Vermögensübertragungen des Landes an die Kommunen (Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen) enthalten. Da die Struktur der Zahlungen der Länder an ihre Kommunen im Hinblick auf laufende Zuweisungen/Zuschüsse auf der einen Seite und Vermögensübertragungen (investive Zuweisungen) auf der anderen Seite sehr unterschiedlich ist, werden beide Komponenten in der [Abbildung III.1.7](#) zusammen betrachtet. Wie die Abbildung zeigt, liegen die Zahlungen je Einwohner gerechnet ohne Fluthilfe fast doppelt so hoch wie in den FFW

<sup>5</sup> Hochrechnung des Pro-Kopf-Unterschiedes mit der Einwohnerzahl Sachsen-Anhalts



Grund für die hohen Zahlungen des Landes an seine Kommunen ist die unterproportionale Finanzkraft der Kommunen in Sachsen-Anhalt und die Notwendigkeit, die Kommunen finanziell durch hohe Zuweisungen zur Durchführung überdurchschnittlicher Investitionen zum Abbau der infrastrukturellen Defizite im Land zu befähigen (vgl. Abschnitt IV).

**Abbildung III.1.7:** Zahlungen des Landes Sachsen-Anhalt an die Gemeinden/GV inner- und außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs je Einwohner (ohne Fluthilfe und ohne Ausgaben Hartz IV)



Aus den Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen erhalten die Kommunen über den kommunalen Finanzausgleich rd. 23,8 %, das waren im Jahr 2006 rd. 393 Mio. Euro. Für den Nachweis der SOBEZ-Verwendung sind entsprechend der in Abschnitt IV.2 dargestellten Berechnung jedoch nur rd. 131 Mio. Euro, das sind etwa 33 % der tatsächlich vom Land gezahlten Mittel, zu berücksichtigen.

### III.1.2 Einnahmen

#### *Bereinigte Gesamteinnahmen*

Die Tabelle III.1.4 zeigt die Höhe und Struktur der Einnahmen im Jahr 2006. Das Land Sachsen-Anhalt verbuchte bereinigte Gesamteinnahmen (ohne Fluthilfe) in Höhe von 3.869 Euro je Einwohner (ohne Einnahmen Hartz IV 3.719 Euro je Einwohner), die damit rd. 45 % (ohne Einnahmen Hartz IV 42 %) über denen der FFW lagen. Von den Gesamteinnahmen entfielen etwa 49 % auf Steuereinnahmen, während in den FFW der Steueranteil bei ca. 75 % lag. Die höheren Gesamteinnahmen gegenüber den FFW werden wesentlich durch höhere Zuweisungen vom Bund und von der EU bestimmt. Allein ca. 17 % der Einnahmen des Landes entfallen auf die SOBEZ.

**Tabelle III.1.4:** Struktur der Einnahmen im Jahr 2006 (ohne Fluthilfe)

	ST		FFW	
	Euro je EW	%-Anteil	Euro je EW	%-Anteil
1. bereinigte Einnahmen	3.869	100,0	2.665	100,0
darunter:				
2. Steuereinnahmen	1.894	49,0	1.989	74,6
3. Einnahmen aus dem LFA	234	6,0	53	2,0
4. Zahlungen vom Bund	1.284	33,2	277	10,4
-- darunter:				
Einnahmen Hartz IV				
SOBEZ	671	17,3	0	
5. Verwaltungseinnahmen	151	3,9	248	9,3
-- darunter:				
Vermögensveräußerungen	3	0,1	41	1,5

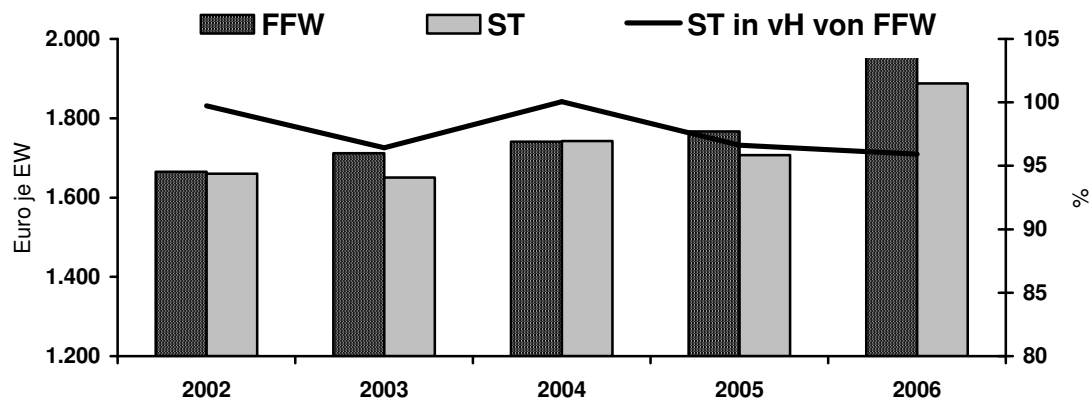
### *Steuereinnahmen*

Die *originäre* Steuerkraft ist in Sachsen-Anhalt im Jahr 2006 gegenüber den Vorjahren weiter gestiegen, jedoch liegt dies gemessen an den FFW-Ländern nur bei 48 %.

Auch nach Umsatzsteuerverteilung haben die Pro-Kopf-Steuereinnahmen auf Landesebene das Niveau der finanzschwachen Westflächenländern noch nicht erreicht, siehe Abbildung III.1.8, obwohl das Pro-Kopf-Steueraufkommen 2006 gegenüber dem Jahr 2002 insgesamt in Sachsen-Anhalt um 14 % gestiegen ist (FFW um 18 %). Je Einwohner lag Sachsen-Anhalt 2006 nur bei 95,9 % gemessen an den Steuereinnahmen je Einwohner der finanzschwachen Westflächenländer. Der Rückgang gegenüber dem Wert 2002 basiert auf dem Einwohnerrückgang in Sachsen-Anhalt, währenddessen die Einwohnerzahl in den FFW-Ländern zugenommen hat<sup>6</sup>.

<sup>6</sup> Die 100%-Quote des Jahres 2004 wurde durch einen hohen positiven Abrechnungsbetrag des Vorjahres verursacht.

**Abbildung III.1.8:** Steuereinnahmen auf Landesebene im Vergleich zu den FFW



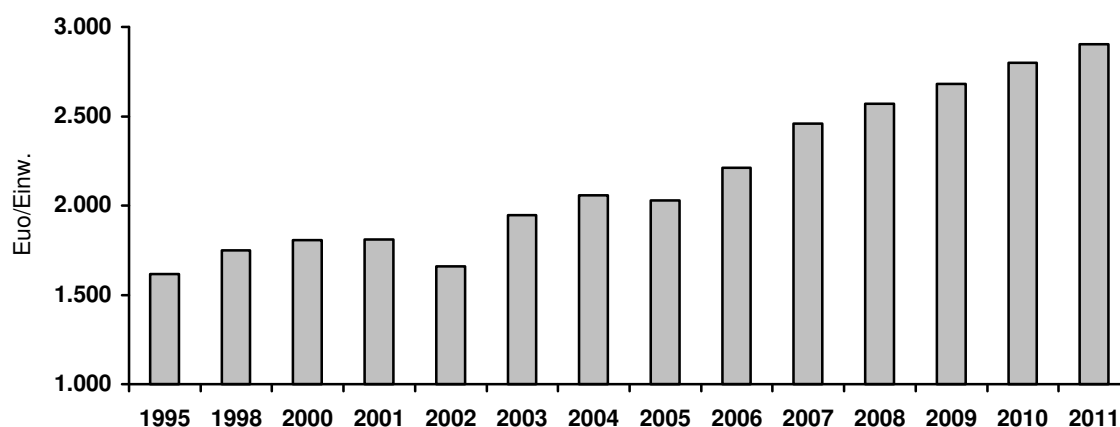
Auf der Landesebene entfallen allein 71% des Steueraufkommens in Sachsen-Anhalt auf die Umsatzsteuer; in den FFW-Ländern liegt diese Quote bei lediglich 42%. Dies ist eine Folge des Umsatzsteuerausgleichs. Die Umsatzsteuer wird im Länderfinanzausgleich nach den Einwohnern eines Landes und dem Durchschnitt aller Länder verteilt. Da Sachsen-Anhalt nach wie vor Einwohnerverluste zu verzeichnen hat, fehlen dem Land im Jahr 2006 gegenüber dem Vorjahr 67 Mio. Euro aus dem Länderfinanzausgleich. Bei den Gemeinschaftssteuern lag das Aufkommen in Sachsen-Anhalt erheblich unter den Pro-Kopf-Einnahmen gegenüber den FFW-Ländern (bei 43%), bei den Landessteuern lag Sachsen-Anhalt bei einem Vergleichswert von 69%.

In absoluten Werten hat das Steueraufkommen in Sachsen-Anhalt gegenüber dem Jahr 2002 um 379 Mio. Euro zugenommen. In diesem Wert wirken allein 157 Mio. Euro durch geringer ausgezahlte Investitionszulagen, Erstattungen im Arbeitnehmerbereich nach § 46 EStG und durch die Abschaffung der Eigenheimzulage. Weitere Ursachen gab es durch steuerrechtliche Veränderungen und durch ansteigende konjunkturelle Entwicklungen im Land Sachsen-Anhalt. Die Steuergesetze, wie das Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002, das Steuersenkungs-/ergänzungsgesetz und Steuervergünstigungsabbaugesetz (mit Korb II) führten in diesem Vergleichszeitraum zu erheblichen positiven, aber auch negativen Effekten in der Lohnsteuer, der veranlagten Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und auch der Gewerbesteuer.

Die Steuerschätzung vom Mai 2007, die die Auswirkungen der Unternehmenssteuerform noch nicht beinhaltete, hat für den mittelfristigen Zeitraum hohe Steigerungsraten vorhergesagt. Für die Beurteilung der langfristigen Entwicklungsperspektiven hat die Landesregie-

zung ein Gutachten<sup>7</sup> in Auftrag gegeben, dessen Ergebnis die Grundlage der mittelfristigen Planung bildet. In [Abbildung III.1.9](#) werden die zu erwartenden mittelfristigen Pro-Kopf-Steuereinnahmen einschließlich der Auswirkungen aus der Unternehmensteuerreform für Sachsen-Anhalt dargestellt. Im Durchschnitt der Jahre 2007 bis 2011 ergibt sich hier eine erwartete Zuwachsrate von rd. 4 ½ %.

**Abbildung III.1.9:** Erwartete Entwicklung der Steuereinnahmen/ Einnahmen aus LFA und Fehl-BEZ je Einwohner auf Landesebene bis 2011



#### *Leistungen des Bundes*

Das Land Sachsen-Anhalt empfing im Jahr 2006 Zahlungen vom Bund (ohne Fluthilfe) in Höhe von rd. 1.284 Euro je Einwohner, davon rd. 671 Euro je Einwohner aus den SOBEZ (Korb I des Solidarpakts). Im Vergleich hierzu ergab sich für die finanzschwachen Flächenländer West ein Betrag in Höhe von rd. 277 Euro je Einwohner. Wie der [Tabelle III.1.4](#) zu entnehmen ist, beliefen sich diese Zahlungen (ohne Fluthilfe) im Jahr 2006 auf ca. 33 % der Gesamteinnahmen des Landes. Ohne SOBEZ beträgt der Anteil ca. 16 %, in den FFW ca. 10 % der Einnahmen.

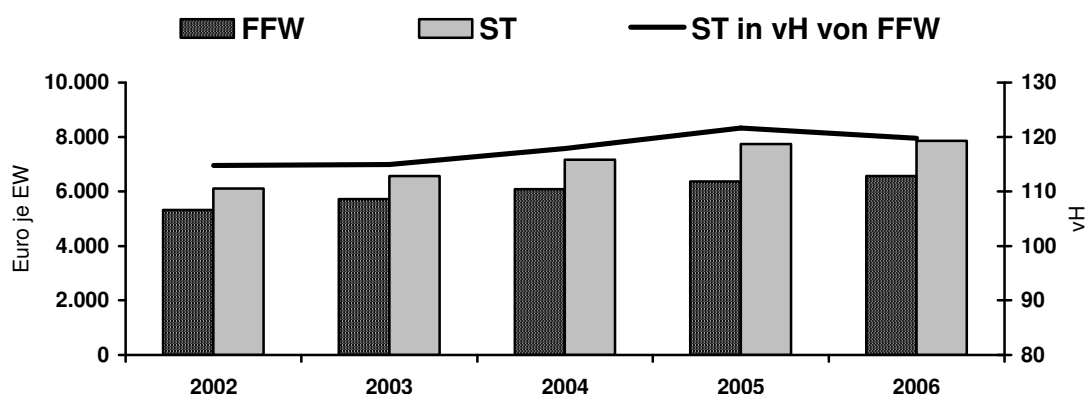
### **III.1.3 Verschuldung, Zinsausgabenentwicklung und Begrenzung der Neuverschuldung auf Landesebene in Sachsen-Anhalt**

Im gesamten Vergleichszeitraum liegen die Pro-Kopf-Schulden des Landes Sachsen-Anhalt über dem Durchschnitt der finanzschwachen Westflächenländer, siehe [Abbildung III.1.10](#). Am 31.12.2006 betrug der Schuldenbestand auf Landesebene nach Abgrenzung

<sup>7</sup> Dagmar Svindland, Dieter Vesper: *Langfristige Perspektiven der Einnahmenentwicklung im Landeshaushalt und in den kommunalen Haushalten Sachsen-Anhalts*

der Schuldenstatistik 7.857 Euro (FFW: 6.562 Euro) je Einwohner. Am Ende des Haushaltsjahres 2006 (Stand 7.3.2007) waren es bereits 8.071 Euro je Einwohner. Ca. ein Drittel der Schulden des Landes am Ende des Jahres 2006 entstammt den Jahren von 1991 bis 1994. Dieser hohe Anteil ist darauf zurückzuführen, dass die Finanzausstattung des Landes Sachsen-Anhalt und auch der anderen neuen Länder in den Jahren vor der Einbeziehung der neuen Länder in das Finanzausgleichssystem eindeutig zu gering war und den aufbaubedingten Ausgabenerfordernissen nicht entsprochen hat.<sup>8</sup>

**Abbildung III.1.10:** Pro-Kopf-Schulden auf Landesebene in Sachsen-Anhalt im Vergleich zu den FFW



Im Jahr 2006 waren erneut zusätzliche Ausgabepositionen zu finanzieren, die einer stärkeren Rückführung der Neuverschuldung aufgrund der günstigen Steuereinnahmentwicklung entgegen standen. So wurde insbesondere:

- die aus den Steuermehreinnahmen 2006 vorzusehende Beteiligung der Kommunen noch im Haushaltsjahr 2006 an die Kommunen weitergeleitet (rd. 52 Mio. Euro),
- eine Tilgungsvorsorge an den Talsperrenbetrieb zur Abgeltung des sog. MIDEWA-Kredits in Höhe von 86 Mio. Euro gezahlt,
- eine Zuführung an den Pensionsfonds für neu zu verbeamtende Landesbedienstete in Höhe von 56 Mio. Euro geleistet.

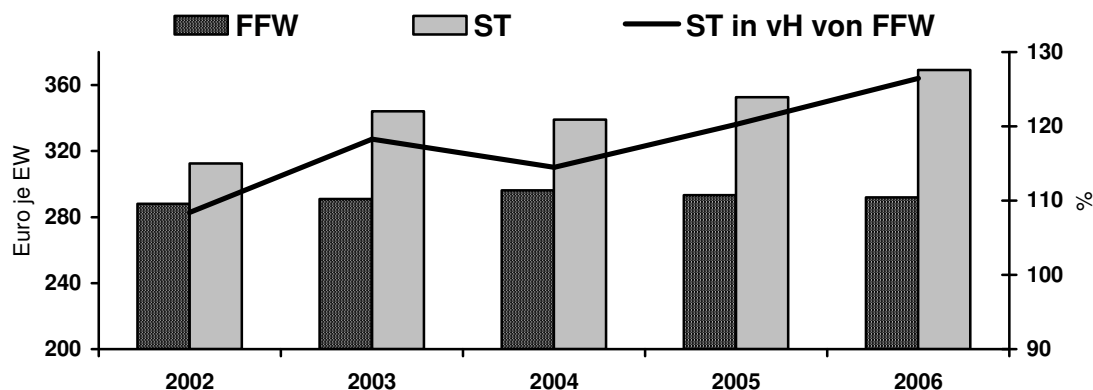
**Im Ergebnis wurde der Planansatz für die Neuverschuldung 2006 (750 Mio. Euro) um 94 Mio. Euro unterschritten.**

Die insgesamt hohe Schuldenbelastung des Landes Sachsen-Anhalt führte im Jahr 2006 zu Zinszahlungen, die bei ca. 369 Euro je Einwohner (FFW: 292 Euro je Einwohner) lagen.

<sup>8</sup> In diesem Kontext ist zu erwähnen, dass in den frühen 90er Jahren auch argumentiert wurde, dass die neuen Länder – da sie mit einem Schuldenstand von nahezu Null „gestartet“ waren – auch das Verschuldungs-

Die Zinsausgaben binden bereits rd. 11 % der laufenden Ausgaben des Landes und belasten die beabsichtigte Konsolidierung des Landeshaushaltes in deutlichem Maße. Im Verhältnis zu den FFW, siehe Abbildung III.1.11, lag das Zinsausgabenniveau 2006 bei rd. 126 %.

**Abbildung III.1.11:** Zinsausgaben auf Landesebene im Vergleich zu den FFW



### **Begrenzung der Neuverschuldung**

In den Jahren bis 2006 wurden insbesondere folgende Maßnahmen zur Begrenzung der Neuverschuldung umgesetzt:

- ein fortgesetzter jährlicher Stellenabbau von rd. 2.000 Stellen,
- die Streichung der Sonderzuwendungen der Beamten und Arbeitszeitverkürzung bis zu 7,5 % im Tarifbereich bei entsprechender Kürzung der Vergütung,
- Eingriffe in Leistungsgesetze des Landes (insbesondere Kürzung der Zuweisungen für Kindertagesstätten nach dem KiFöG um rd. ein Viertel, Absenkung der Verbundquote im kommunalen Finanzausgleich),
- Beginn einer Verwaltungsreform für die Landesverwaltung Sachsen-Anhalt.

Ziel der Landesregierung ist es, zur Verringerung der Schuldenbelastung die Neuverschuldung konsequent weiter zurückzuführen und ab dem Jahr 2008 keine neuen Schulden mehr aufzunehmen. Mit dem Doppelhaushalt 2008/2009 hat die Landesregierung erstmals in der Geschichte des Landes eine Nettotilgung für das Jahr 2009 beschlossen. Neben der guten Entwicklung der Steuereinnahmen tragen weitere Konsolidierungsmaßnahmen, wie das beschlossene Personalentwicklungskonzept und zahlreiche Einzelmaßnahmen, dazu bei.

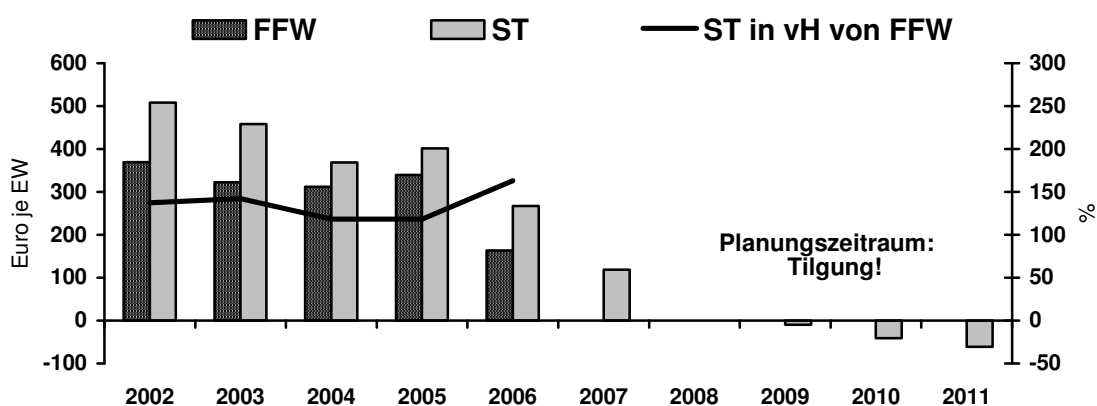
---

*instrument zur Finanzierung des Aufbaus einsetzen sollten.*

**Der Bund ist aufgefordert, die Länder durch die Verringerung bundesgesetzlicher Standards bei der weiteren Konsolidierung zu unterstützen und entsprechende Vorschläge des Bundesrates konstruktiv zu prüfen.**

Abbildung III.1.12 zeigt die bisherige sowie die geplante Entwicklung der Neuverschuldung in Sachsen-Anhalt entsprechend der von der Landesregierung am 4. September 2007 beschlossenen Mittelfristigen Finanzplanung 2007 bis 2011.

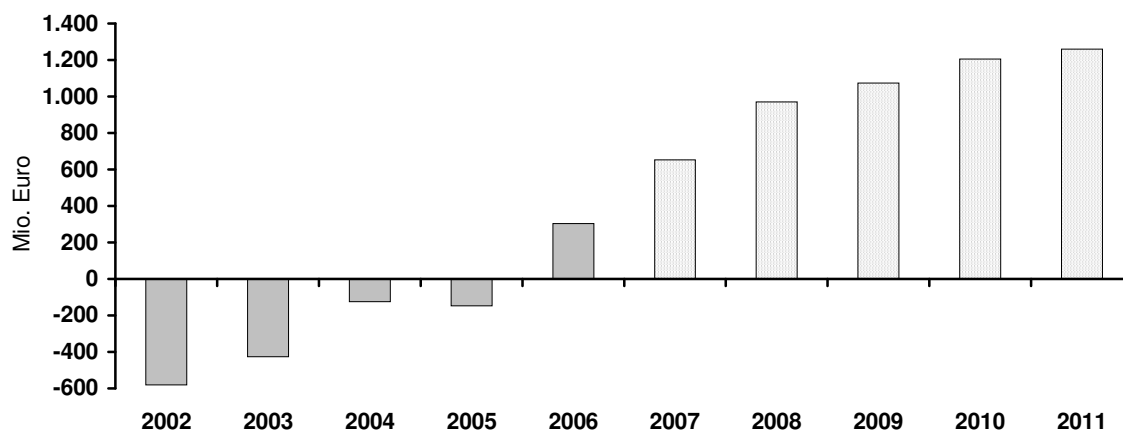
**Abbildung III.1.12:** Neuverschuldung auf Landesebene in Euro je Einwohner (Fehlbeiträge dem Entstehungsjahr zugeordnet) im Vergleich zu den FFW



Damit verbunden ist auch die Zielsetzung des Übergangs von Primärdefiziten zu steigenden Primärüberschüssen<sup>9</sup>. Die entsprechend der Mittelfristigen Finanzplanung 2007 bis 2011 geplante Entwicklung des Primärsaldos zeigt Abbildung III.1.13.

<sup>9</sup> Der Primärsaldo ist der Saldo zwischen bereinigten Einnahmen ohne Veräußerungserlöse und bereinigten Ausgaben ohne Zinsausgaben. Er gibt an, wie die aktuellen Ausgaben eines Jahres ohne "Erblasten" durch die jeweiligen Einnahmen gedeckt werden können. Erst bei einem Primärüberschuss ist dies vollständig möglich.

**Abbildung III.1.13:** Entwicklung des Primärsaldos in Sachsen-Anhalt



Für die erforderlichen Konsolidierungsmaßnahmen werden Eingriffe in alle Förder- und Sachhaushalte wie auch weitere Einschnitte in die Personalhaushalte unerlässlich sein. Dabei greift die Sichtweise, dass öffentliche Konsumausgaben grundsätzlich als eher „schlecht“ anzusehen sind, während öffentliche Investitionsausgaben als „gut“ angesehen werden, deutlich zu kurz. Entsprechend der Koalitionsvereinbarung wird eine Bewertung der Ausgaben an ihrer Zukunftswirksamkeit erfolgen. Eine ähnliche Einschätzung hat übrigens auch die Bundesregierung in ihrer Mittelfristigen Finanzplanung 2006 bis 2010 getroffen (vgl. dort, S. 44, bzw. S. 54 dieses Berichts).



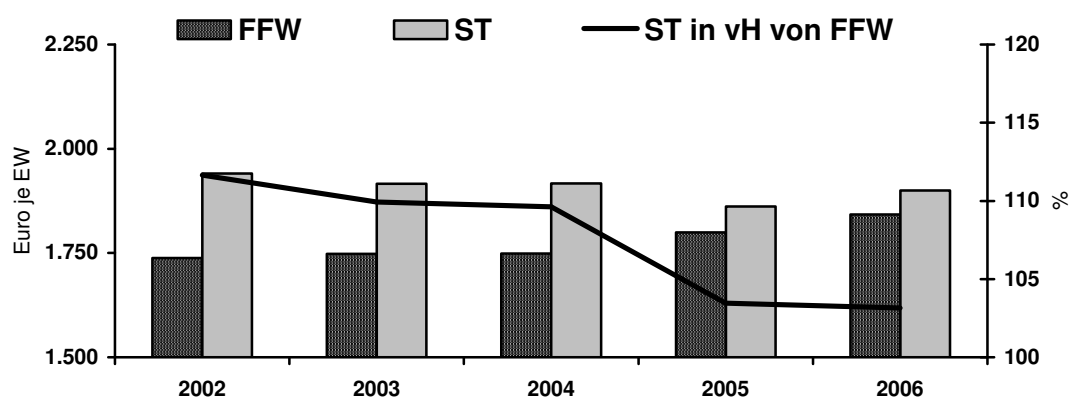
## III.2 Die Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen in Sachsen-Anhalt auf der kommunalen Ebene

### III.2.1 Ausgaben

#### *Bereinigte Gesamtausgaben*

Die bereinigten Gesamtausgaben der Kommunen<sup>10</sup> des Landes Sachsen-Anhalt, siehe Abbildung III.2.1, sind in den vergangenen Jahren sowohl absolut als auch in Relation zu den Kommunen in den finanzschwachen Westflächenländern gesunken. Während diese 2002 noch ca. 12 % über den FFW-Werten lagen, ist der Abstand zwischenzeitlich auf ca. 3 % zurückgegangen.

**Abbildung III.2.1:** Bereinigte Pro-Kopf-Ausgaben der kommunalen Ebene (ohne Fluthilfe) im Vergleich zu den FFW

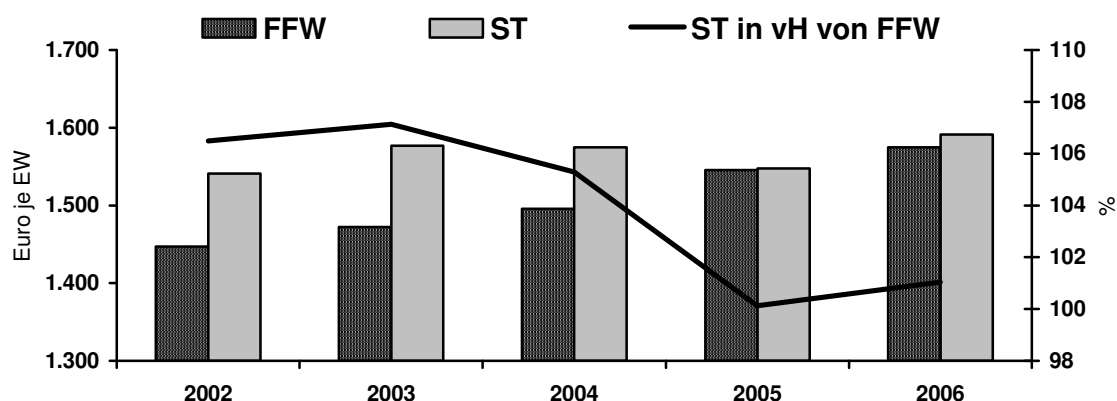


#### *Ausgaben der laufenden Rechnung*

Auf kommunaler Ebene sind die Ausgaben der laufenden Rechnung - ohne Fluthilfe - in Sachsen-Anhalt gegenüber 2002 um ca. 50 Euro je Einwohner angestiegen, siehe Abbildung III.2.2. Der Zuwachs fiel allerdings deutlich geringer aus als in den FFW-Kommunen (rd. 128 Euro je Einwohner). **Nachdem 2002 der Abstand zum FFW-Niveau noch etwa 6,5 Prozentpunkte betrug, entsprechen die laufenden Ausgaben der Kommunen in Sachsen-Anhalt nunmehr in etwa dem Niveau in den Vergleichsländern.**

<sup>10</sup> Ohne Ausgaben für Fluthilfe, die vollständig aus dem Aufbauhilfefonds finanziert wurden. In der kommunalen Kassenstatistik werden die Leistungen der Fluthilfe nicht gesondert erfasst. Daher wurden hier die vom Land geleisteten Beträge berücksichtigt.

**Abbildung III.2.2:** Ausgaben der laufenden Rechnung (ohne Fluthilfe) je Einwohner auf kommunaler Ebene im Vergleich zu den FFW



Die Tabelle III.2.1 zeigt die Hauptkomponenten der laufenden Ausgaben sowie die Ausgabenanteile im Jahr 2006 auf der Kommunalebene. Die laufenden Ausgaben der Kommunen des Landes Sachsen-Anhalt liegen um 16 Euro je Einwohner höher als in den FFW-Kommunen, wobei erhebliche Strukturunterschiede zu beobachten sind. So sind die Aufwendungen für aktives Personal in den Kommunen des Landes um 124 Euro je Einwohner höher als in den FFW-Kommunen. Gegenüber dem Vorjahr sind die Pro-Kopf-Ausgaben für aktives Personal in Sachsen-Anhalt und in den FFW-Ländern nur geringfügig gesunken. In Sachsen-Anhalt war bei der kommunalen Verwaltung in 2005 ein stärkerer Rückgang als in 2006 zu verzeichnen.

Das in Sachsen-Anhalt höhere Niveau der Ausgaben für *aktives* Personal wird wesentlich dadurch verursacht, dass in den neuen Ländern immer noch mehr Einrichtungen in kommunaler Trägerschaft geführt werden. Daher sind auch die Aufwendungen für den laufenden Sachaufwand höher als in den FFW-Kommunen; hier war der Unterschied zwischen Sachsen-Anhalts Kommunen und den FFW-Kommunen 2006 aber ebenfalls geringer als im Vorjahr. Dagegen sind - aufgrund des höheren Anteils von Einrichtungen in kommunaler Trägerschaft - bei den Kommunen in Sachsen-Anhalt und auch in den anderen neuen Ländern die *Zuschüsse* an soziale Einrichtungen derzeit geringer als in den Kommunen in den Vergleichsländern West. Auch die Sozialausgaben liegen unter dem Niveau der FFW-Kommunen. Die Zinsausgaben liegen um 10 % über dem Durchschnitt der Vergleichsländer.

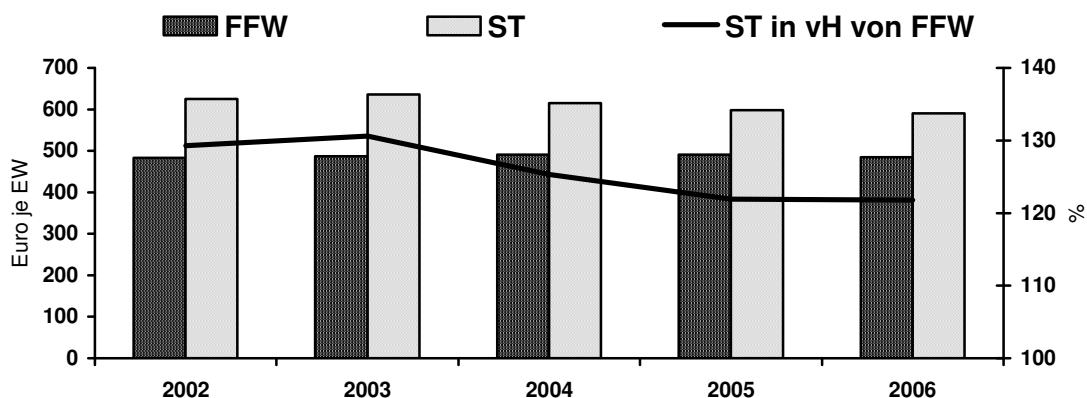
**Tabelle III.2.1:** Struktur der laufenden Ausgaben je Einwohner auf kommunaler Ebene im Jahr 2006

	ST		FFW	
	Euro je EW	%-Anteil	Euro je EW	%-Anteil
1. laufende Ausgaben gesamt	1.591	100,0	1.575	100,0
- davon:				
2. Personalausgaben	590	38,1	485	30,8
-- davon:				
2.a Versorgungsleistungen	38	2,4	56	3,6
2.b Bezüge für aktives Personal	552	34,7	428	27,2
3. Zinsausgaben	71	4,4	64	4,1
4. laufender Sachaufwand	380	23,9	362	23,0
5. laufende Zuweisungen an andere Bereiche	517	32,5	608	38,6
-- darunter:				
5.a Renten und Unterstützungen	364	22,9	479	30,4
5.b Zuweisungen und Zuschüsse an soziale und ähnliche Einrichtungen	72	4,5	80	5,1

### *Personalausgaben*

Die Abbildung III.2.3 zeigt die Entwicklung der Personalausgaben in Euro je Einwohner auf kommunaler Ebene in Sachsen-Anhalt im Vergleich zu den FFW. **Die Kommunen des Landes haben seit 2002 die Personalausgaben trotz der deutlichen nominalen Tariflohnsteigerungen um gut 150 Mio. Euro reduziert. Auch im Vergleich der Pro-Kopf-Ausgaben zu den FFW-Kommunen ist ein erheblicher Rückgang der Personalausgaben auf kommunaler Ebene zu erkennen.** Lagen die Personalausgaben je Einwohner auf kommunaler Ebene in Sachsen-Anhalt im Jahr 2002 noch bei knapp 130 % des Westwertes, sind diese zwischenzeitlich auf ca. 122 % gesunken. Hierbei ist zu beachten, dass gerade die Kommunen nach der Wende in erheblichem Umfang Personalüberbestände aus Einrichtungen der DDR sowohl im Verwaltungs- als auch im Sozialbereich übernommen haben, die nur sukzessive abgebaut werden können. Auch hohe Betreuungsstandards und eine überdurchschnittliche Versorgungsquote im Bereich der Kinderbetreuung sind ein Grund für überdurchschnittliche Ausgaben. Weiterhin sind Unterschiede in der kommunalen Verwaltungsstruktur zu berücksichtigen. Der in Abbildung III.2.3 deutlich sichtbare Rückgang in Relation zu den FFW ist Ausdruck der noch fortdauernden Anpassungsprozesse.

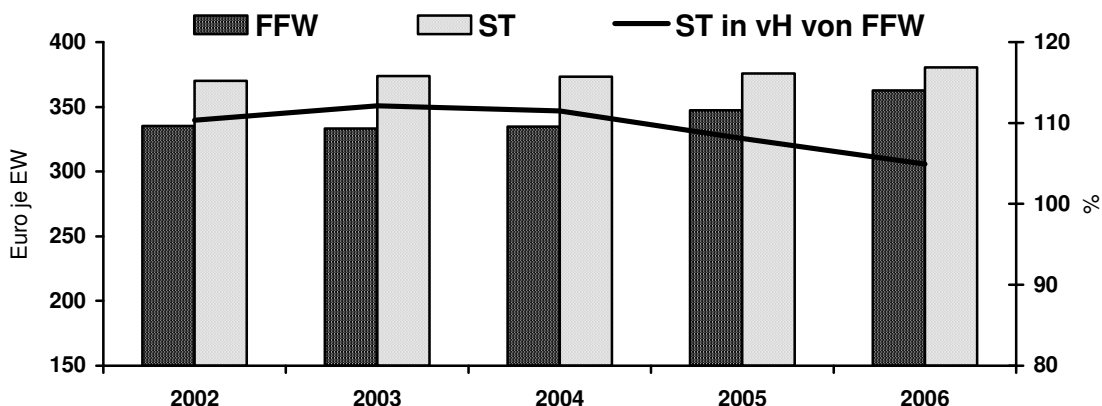
**Abbildung III.2.3:** Pro-Kopf-Personalausgaben auf kommunaler Ebene im Vergleich zu den FFW



*Laufender Sachaufwand*

Die Pro-Kopf-Ausgaben für den laufenden Sachaufwand lagen im Jahr 2006 in den Kommunen Sachsen-Anhalts je Einwohner um ca. 18 Euro über denen der FFW-Kommunen. Die Ursachen liegen, wie bereits erwähnt, im höheren Anteil von Einrichtungen in kommunaler Trägerschaft. Der Abstand hat sich in den letzten Jahren reduziert, siehe [Abbildung III.2.4](#), da der Anstieg bei den Kommunen in Sachsen-Anhalt unter dem Anstieg des laufenden Sachaufwandes in den FFW-Kommunen gehalten werden konnte.

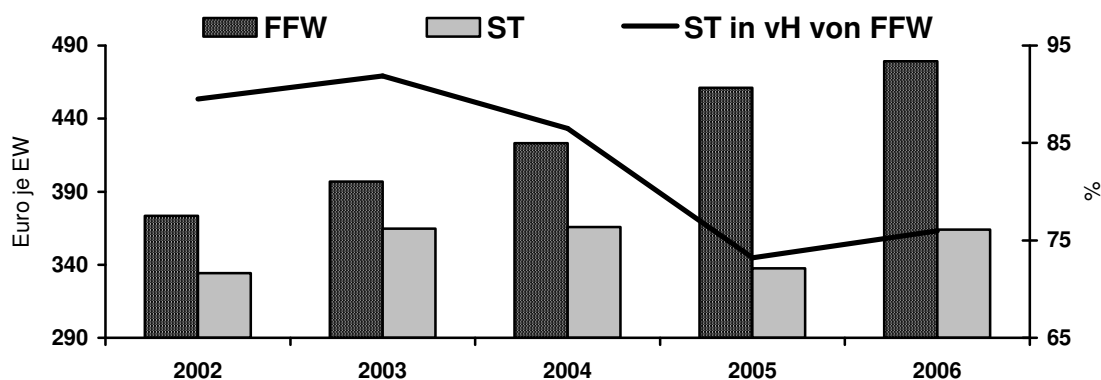
**Abbildung III.2.4:** Pro-Kopf-Ausgaben für laufenden Sachaufwand auf kommunaler Ebene im Vergleich zu den FFW



## Sozialausgaben

Abbildung III.2.5 zeigt die Sozialausgaben auf kommunaler Ebene seit dem Jahr 2002 in Sachsen-Anhalt und den FFW. Die Sozialausgaben waren in den letzten Jahren in Sachsen-Anhalt und den anderen neuen Flächenländern von einer dynamischen Entwicklung gekennzeichnet. So sind die Ausgaben je Einwohner für soziale Leistungen der Kommunen des Landes von 2002 bis 2006 um knapp 9 % angestiegen. Die sozialen Leistungen der Kommunen der Jahre 2005 und 2006 sind mit den Vorjahren wegen der Neuregelungen im SGB II - Grundsicherung für Arbeitssuchende - und wegen der Änderung des Buchungsverfahrens bei der überörtlichen Sozialhilfe ab 1. Januar 2005, wodurch die Ausgaben etwa um 380 Mio. Euro zurückgingen, nur bedingt vergleichbar. Durch die Neuregelungen im SGB II wurde der Anstieg der sozialen Leistungen jedoch abgeschwächt.

**Abbildung III.2.5:** Pro-Kopf-Sozialausgaben auf kommunaler Ebene im Vergleich zu den FFW



## Investive Ausgaben

Seit 2002 sind die Ausgaben der Kapitalrechnung - ohne Fluthilfe - um ca. 102 Euro je Einwohner gesunken. Dies ist im Wesentlichen auf die niedrigeren Sachinvestitionen der Kommunen in Sachsen-Anhalt zurückzuführen. Trotzdem ist festzustellen, dass im Jahr 2006 im Verhältnis zu den Kommunen der FFW-Länder um etwa 16 % höhere Sachinvestitionen getätigt wurden.

**Tabelle III.2.2:** Struktur der Ausgaben der Kapitalrechnung je Einwohner auf kommunaler Ebene im Jahr 2006

	ST		FFW	
	Euro je EW	%-Anteil	Euro je EW	%-Anteil
1. Ausgaben der Kapitalrechnung insgesamt - <i>dsgl. ohne Fluthilfe<sup>11</sup></i>	325 309	100,0	267	100,0
-- darunter:				
2. Sachinvestitionen	247	75,7	212	79,5
3. Vermögensübertragungen und Zuschüsse für Investitionen an andere Bereiche	57	17,5	22	8,2

Tabelle III.2.2 zeigt die Struktur der investiven Ausgaben je Einwohner auf kommunaler Ebene. Die Sachinvestitionsausgaben lagen im Jahr 2006 in Sachsen-Anhalt ca. 16 % über denen der Kommunen in den FFW, während dieser Abstand im Jahr 2002 noch bei 39 % lag. In Sachsen-Anhalt gingen die Pro-Kopf-Sachinvestitionen in diesem Zeitraum stärker zurück als in den FFW-Ländern, wobei allerdings das höhere Ausgangsniveau zu berücksichtigen ist. Die Mittel wurden dabei insbesondere in die Infrastrukturbereiche Straßenbau, Städtebau und Schulbau investiert.

### III.2.2 Einnahmen

#### *Bereinigte Gesamteinnahmen*

Tabelle III.2.3 zeigt die Höhe und Struktur der Einnahmen der Kommunen im Jahr 2006. Diese verbuchten im Jahr 2006 je Einwohner bereinigte Gesamteinnahmen in Höhe von rd. 1.988 Euro und damit um ca. 9 % höhere Einnahmen als die FFW-Kommunen. 56 % der Einnahmen entfielen dabei auf Zahlungen des Landes innerhalb und außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs, während in den FFW-Kommunen der Anteil der Zuweisungen aus dem Landeshaushalt bei lediglich ca. 34 % lag.

---

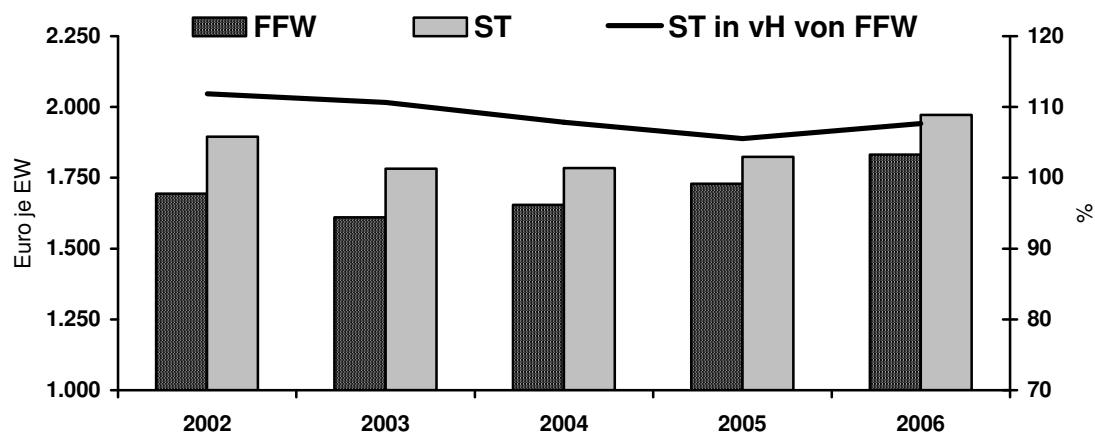
<sup>11</sup> Eine Trennung der Fluthilfeausgaben auf kommunaler Ebene (vom Land wurden rd. 40 Mio. Euro investive Ausgaben an die Kommunen geleistet) in Sachinvestitionen und Zuschüsse für Investitionen an andere Bereiche ist nicht möglich, da die Fluthilfeausgaben in der kommunalen Kassenstatistik nicht erfasst werden.

**Tabelle III.2.3:** Struktur der Einnahmen je Einwohner in Euro auf kommunaler Ebene im Jahr 2006

	ST		FFW	
	Euro je EW	%-Anteil	Euro je EW	%-Anteil
1. bereinigte Einnahmen insgesamt <i>dsgl. ohne Fluthilfe</i>	1.988	100,0	1.832	100,0
	1.972			
darunter:				
2. Steuereinnahmen	434	21,8	702	38,3
3. Zahlungen vom Land <i>dsgl. ohne Fluthilfe</i> <sup>12</sup>	1.104	55,5	620	33,8
	1.088			
4. Gebühren und Verwaltungseinnahmen	150	7,5	160	8,7
5. Vermögensveräußerungen	80	4,0	60	3,3

In Abbildung III.2.6 wird die Entwicklung der bereinigten Einnahmen - ohne Fluthilfe - auf der kommunalen Ebene dargestellt. Die Einnahmen sind seit 2002 stetig gesunken und lagen im Jahr 2006 um ca. 77 Euro je Einwohner unter dem Wert des Jahres 2002, aber noch bei ca. 108 % der durchschnittlichen Einnahmen der Kommunen in den finanzschwachen Westflächenländern.

**Abbildung III.2.6:** Bereinigte Pro-Kopf-Einnahmen (ohne Fluthilfe) auf kommunaler Ebene im Vergleich zu den FFW

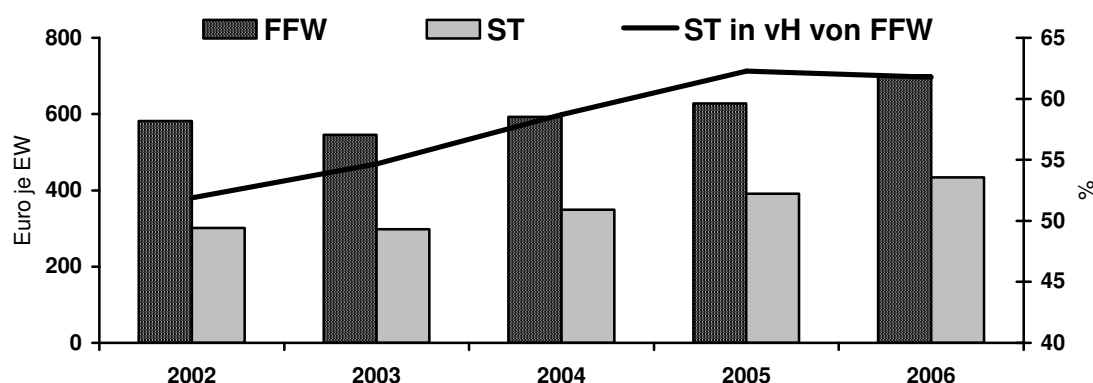


<sup>12</sup> In Abgrenzung der Zahlungen aus dem Landeshaushalt

## Steuereinnahmen

Aus eigenen Steuereinnahmen erwirtschafteten die Kommunen des Landes im Jahr 2006 ca. 21 % der Einnahmen und damit deutlich mehr als im Jahr 2002 (ca. 16 %). Der Abstand zu den Kommunen in den FFW (ca. 38 %) hat sich 2006 damit nicht verändert. Den größten Beitrag dazu leistete der Anstieg der Gewerbesteuereinnahmen infolge der Gewerbesteuerreform im Rahmen der Gemeindefinanzreform. Die Entwicklung der Steuereinnahmen im Vergleich zu den FFW zeigt Abbildung III.2.7.

**Abbildung III.2.7:** Steuereinnahmen je Einwohner auf Ebene der Gemeinden im Vergleich zu den FFW



**Die Steuerkraft der Gemeinden in Sachsen-Anhalt hat sich zwischen 2002 und 2006 um rd. 32 % erhöht, im Vergleich zu rd. 21 % bei den Kommunen der FFW.**

Ergänzend zeigt die Tabelle III.2.4 das Pro-Kopf-Aufkommen der wichtigsten Steuerarten. Die Steuerkraft der Gemeinden des Landes Sachsen-Anhalt liegt insbesondere beim Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer (44 % des FFW-Niveaus) noch deutlich unter dem Wert der finanzschwachen Westflächenländer. Bei der Grundsteuer B und ebenso bei der Gewerbesteuer netto beträgt der Abstand ca. 32 %. Die Steuereinnahmen der Gemeinden werden im Rahmen der Darstellung der SOBEZ-Verwendung zum Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft im Abschnitt IV nochmals ausführlicher behandelt.



**Tabelle III.2.4:** Steuereinnahmen auf Ebene der Gemeinden in Euro je Einwohner 2006

	ST	FFW	ST in % von FFW
1. Grundsteuer A	8,8	6,4	137,2
2. Grundsteuer B	79,8	117,1	68,2
3. Gewerbesteuer netto (./. Gewerbesteuerumlage)	207,6	306,3	67,8
4. Anteil an der Lohn- / veranl. Einkommensteuer	101,7	233,7	43,5
5. Anteil an der Umsatzsteuer	30,9	29,0	106,5
6. Sonstige Gemeindesteuern/steuerähnl. Einnahmen	5,2	9,8	53,1
7. Steuereinnahmen der Gemeinden/ GV insgesamt	433,9	702,3	61,8

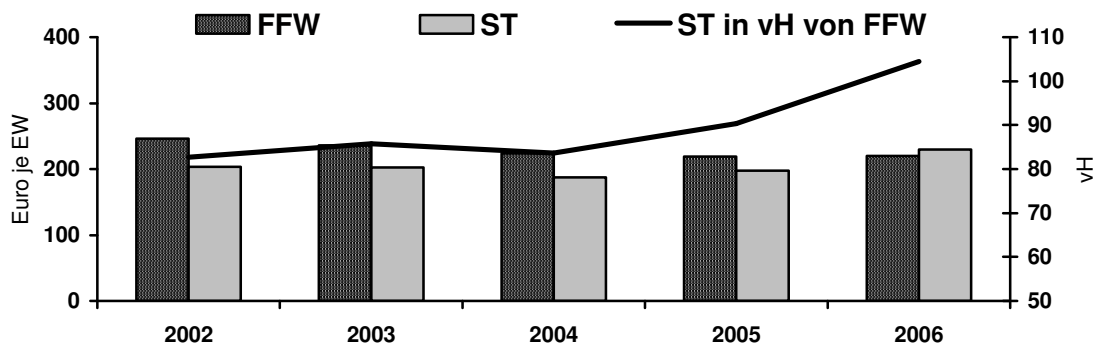
### Zahlungen vom Land

Die Einnahmen aus Zahlungen des Landes an die Kommunen wurden bereits im Abschnitt III.1 bei der Darstellung der Entwicklung des Landeshaushaltes erwähnt, siehe Abbildung III.1.7. In Abgrenzung der Kassenstatistik vereinnahmten die Kommunen Sachsen-Anhalts im Jahr 2006 rd. 2.713 Mio. Euro (einschließlich der ab 2005 erstmals zu leistenden aufgabenbezogenen Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft und Heizung), das sind in Vergleich zu 2002 ca. 9 % weniger. Zu berücksichtigen ist hier die systematische Umstellung bei der Zahlung der überörtlichen Sozialhilfe in Sachsen-Anhalt, wodurch die in der Kassenstatistik ausgewiesenen Einnahmen vom Land verringert werden.

#### *Einnahmen aus Gebühren usw. sowie Einnahmen aus Vermögensveräußerungen*

Auf Kommunalebene waren die Einnahmen aus Gebühren in Sachsen-Anhalt um 5 Euro je Einwohner niedriger als in den FFW-Ländern. 2001 betrug dieser Abstand noch rd. 15 Euro. Im Gegensatz zu den FFW-Ländern ist das Gebührenaufkommen der Kommunen in Sachsen-Anhalt seit 2001 kontinuierlich gestiegen. In 2006 war jedoch ein leichter Rückgang gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Die Pro-Kopf-Einnahmen aus *Vermögensveräußerungen* sind in 2006 gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegen, daher ist bei den Pro-Kopf-Einnahmen aus Gebühren und Vermögensveräußerungen insgesamt gegenüber 2002 ein Zuwachs um 13 % zu verzeichnen (FFW -11 %), siehe Abbildung III.2.8.

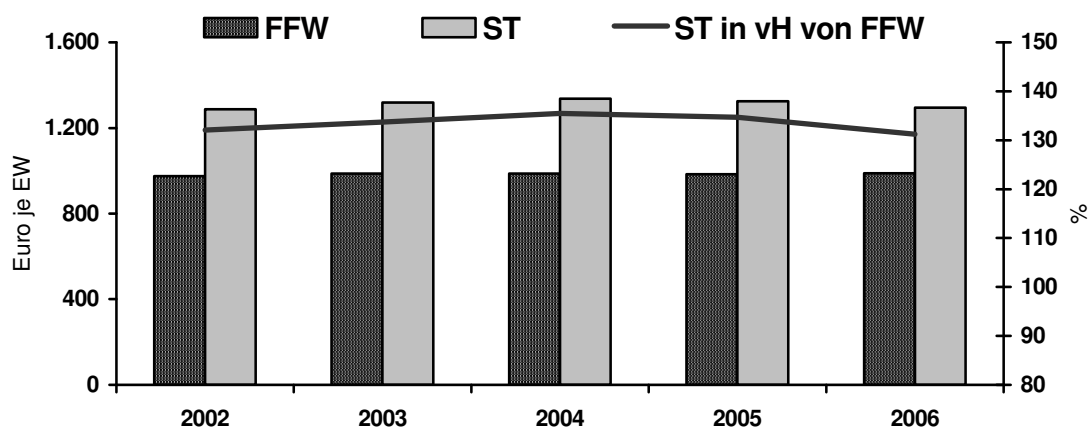
**Abbildung III.2.8:** Einnahmen der Kommunen aus Gebühren und Veräußerungserlösen je Einwohner im Vergleich zu den FFW



### III.2.3 Verschuldung, Zinsausgabenentwicklung und Begrenzung der Neuverschuldung der kommunalen Ebene in Sachsen-Anhalt

Im Jahr 2006 konnten die Schulden der FFW-Kommunen in etwa auf dem Vorjahresniveau gehalten werden, in den Kommunen Sachsen-Anhalts wurden Schulden getilgt. In den FFW-Kommunen ergibt sich für die durchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung ein leichter Zuwachs gegenüber dem Vorjahr um ca. 4 Euro je Einwohner, in den Kommunen Sachsen-Anhalts sank der Schuldenstand je Einwohner um ca. 29 Euro. Dagegen haben sich die von den Kommunen aufgenommenen Kassenkredite um rd. 157 Mio. Euro erhöht.

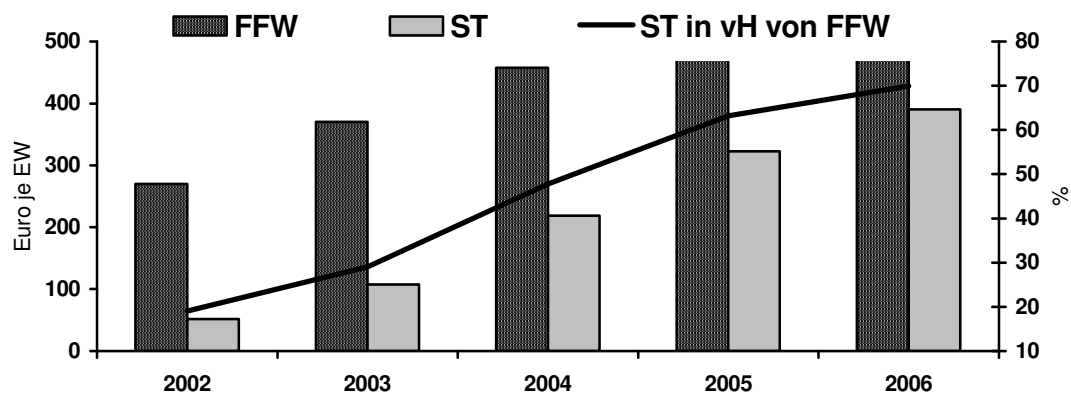
**Abbildung III.2.9:** Pro-Kopf-Schulden auf kommunaler Ebene in Sachsen-Anhalt im Vergleich zu den FFW



Die Entwicklung der Neuverschuldung der Kommunen des Landes ist von der Einnahmementwicklung der letzten Jahre bestimmt. Konnten im Jahr 2000 netto erstmals Kredite getilgt

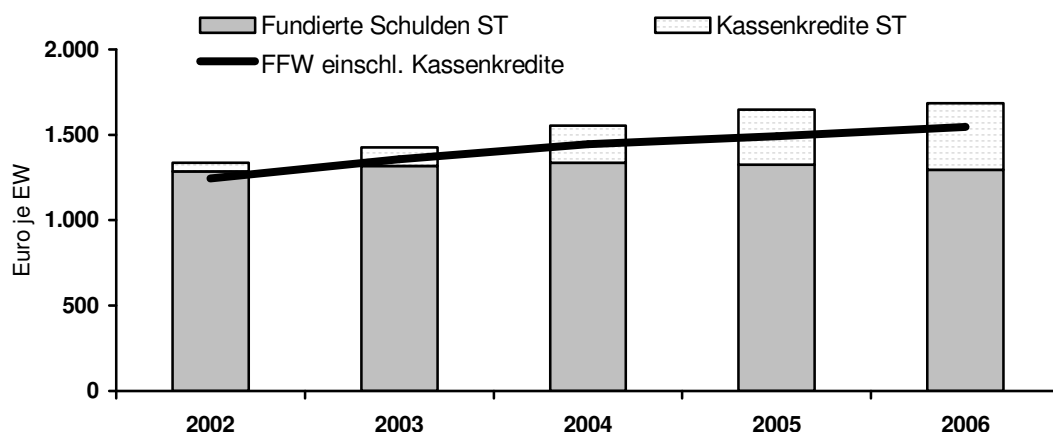
werden, war bis 2005 eine Fortsetzung der Kredittilgung aufgrund zurückgehender Einnahmen nicht mehr möglich. 2006 konnten wieder 87 Euro je Einwohner getilgt werden. Gleichzeitig haben sich die Kassenkredite gegenüber dem Vorjahr um etwa 20 % erhöht. Zwar sind im Zeitraum von 2002 bis 2006 die kommunalen Kassenkredite je Einwohner in Sachsen-Anhalt weitaus stärker gestiegen als in den FFW, jedoch erreicht der absolute Betrag an Kassenkrediten je Einwohner in Sachsen-Anhalt nur 70 % des FFW-Niveaus, siehe Abbildung III.2.10.

**Abbildung III.2.10:** Pro-Kopf-Kassenkredite der kommunalen Ebene in Sachsen-Anhalt im Vergleich zu den FFW



Insgesamt ist bei fundierten Schulden und Kassenkrediten je Einwohner gegenüber 2002 ein Aufwuchs um rd. 26 % zu verzeichnen, siehe Abbildung III.2.11.

**Abbildung III.2.11:** Pro-Kopf-Schulden und Kassenkredite auf kommunaler Ebene in Sachsen-Anhalt und den FFW



Infolge der insgesamt leicht höheren Verschuldung der Kommunen des Landes Sachsen-Anhalt sind auch die Zinszahlungen höher als in den FFW-Kommunen. Die Zinsausgaben lagen im Jahr 2006 in Sachsen-Anhalt auf kommunaler Ebene bei ca. 71 Euro je Einwohner, während die FFW-Kommunen hierfür ca. 64 Euro je Einwohner aufwenden mussten.

### III.3 Die Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen im Land Sachsen-Anhalt

#### III.3.1 Ausgaben im Land Sachsen-Anhalt insgesamt

Tabelle III.3.1 zeigt die bereinigten Gesamtausgaben, die Ausgaben der laufenden Rechnung und der Kapitalrechnung (ohne Fluthilfe<sup>13</sup>) in Sachsen-Anhalt auf der konsolidierten Länder- und Kommunalebene im Vergleich zum Durchschnittswert der finanzschwachen Westflächenländer.

**Tabelle III.3.1:** Entwicklung der bereinigten Gesamtausgaben, der Ausgaben der Kapitalrechnung und der laufenden Rechnung in Sachsen-Anhalt (ohne Fluthilfe)  
in Euro je Einwohner

	bereinigte Gesamtausgaben		Ausgaben der Kapitalrechnung		laufende Ausgaben	
	Euro je EW	in % des FFW-Wertes	Euro je EW	in % des FFW-Wertes	Euro je EW	in % des FFW-Wertes
2002	4.765	121,5	956	195,4	3.810	109,4
2003	4.892	123,1	947	194,6	3.945	113,2
2004*	4.741	120,0	836	195,3	3.905	110,9
2005	4.883	123,4	881	200,2	4.002	113,8
2006	4.900	122,2	766	175,4	4.134	115,7

in Mio. Euro

	bereinigte Ausgaben	Ausgaben der Kapitalrechnung	laufende Ausgaben
2002	12.225	2.452	9.773
2003	12.404	2.401	10.003
2004*	11.903	2.100	9.803
2005	12.127	2.188	9.939
2006	12.038	1.882	10.156

\* 2004 ohne Einmaleffekt Ausgleich Lehrer-Arbeitszeitkonten

<sup>13</sup> Zu den Fluthilfeausgaben der einzelnen Kommunen liegen keine Angaben vor. Daher werden die Fluthilfeausgaben auf der aggregierten Ebene in gleicher Höhe der 2006 empfangenen Einnahmen aus dem Aufbauhilfefonds in Höhe von rd. 46 Mio. Euro abgesetzt. Dies kann daher nur auf Ebene der Gesamtausgaben sowie der Kapitalrechnung (46 Mio. Euro) zugeordnet werden.

**Es wird ersichtlich, dass die bereinigten Gesamtausgaben in absoluten Beträgen in den Jahren bis 2004 deutlich gesunken sind.** Durch den stärkeren Einwohnerrückgang der neuen Länder ist diese Entwicklung auf der Ebene der Pro-Kopf-Ausgaben aber nicht sichtbar. Ab **2005** ist durch den **Sondereffekt der Hartz-IV-Ausgaben** ein Anstieg zu verzeichnen.

Die laufenden Pro-Kopf-Ausgaben der zusammengefassten Haushalte beider Ebenen in Sachsen-Anhalt lagen auch 2006 um ca. 16 % über den laufenden Ausgaben der finanzschwachen Westflächenländer, je Einwohner bedeutet das einen Betrag von rd. 560 Euro an Mehrausgaben 2006 in Sachsen-Anhalt. Zu den Ursachen wird auf die Abschnitte III.1 und III.2 verwiesen.

**Die investiven Ausgaben sind sowohl absolut als auch in Relation zu den FFW zurückgegangen<sup>14</sup>. Sie sind aber immer noch doppelt so hoch wie in den FFW.** Je Einwohner gerechnet waren die investiven Ausgaben im Jahr 2006 um ca. 190 Euro geringer als im Jahr 2002. Eine wesentliche Ursache des Rückgangs insgesamt liegt darin, dass die laufenden Ausgaben im Gegensatz zu den investiven Ausgaben weitgehend durch Leistungsgesetze des Bundes und des Landes bestimmt werden und daher bei starken Konsolidierungserfordernissen ein überproportionaler Beitrag aus den Investitionsausgaben erbracht werden muss.

Die Tabelle III.3.2 zeigt die einzelnen Ausgabenkomponenten der laufenden Rechnung und der Kapitalrechnung im Jahr 2006. Zu den Ursachen der einzelnen Abweichungen wird auf die Abschnitte III.1 und III.2 des Berichts verwiesen.

---

<sup>14</sup> ohne Sondereffekt aus der Kapitalzuführung an die NordLB 2005

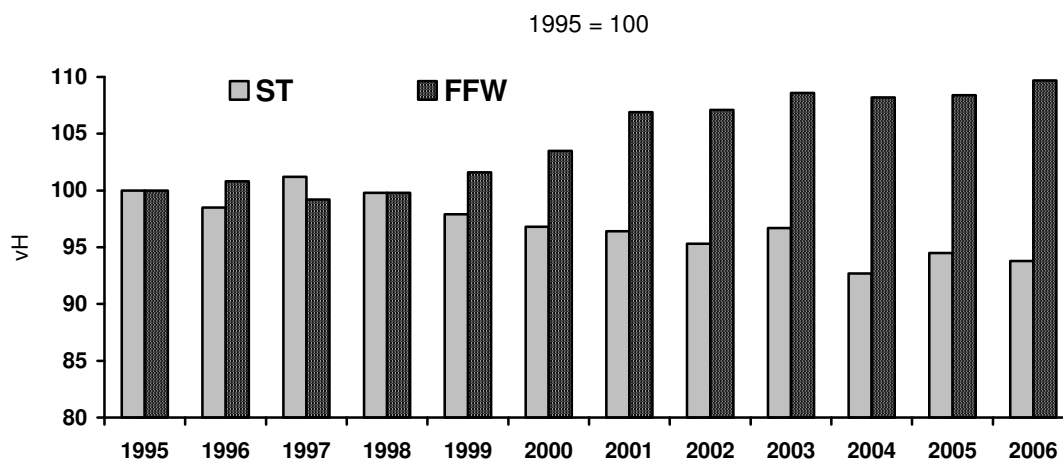
**Tabelle III.3.2:** Höhe und Struktur der Ausgaben auf Landes- und Kommunalebene in Sachsen-Anhalt im Vergleich zu den finanzschwachen Westflächenländern im Jahr 2006

	ST			FFW	
	Euro je EW	%-Anteil	ST in % von FFW	Euro je EW	%-Anteil
A. laufende Ausgaben	4.134	84,0	115,7	3.574	89,1
<i>dsgl. ohne Fluthilfe</i>	4.134	84,4	115,7		
- davon					
1. Personalausgaben	1.531	31,1	96,3	1.589	39,6
-- davon:					
1a. Versorgungsleistungen	59	1,2	19,1	309	7,7
1b. Bezüge für aktives Personal	1.472	29,9	115,0	1.280	31,9
2. Zinsausgaben	440	8,9	123,9	355	8,9
3. laufender Sachaufwand	565	11,5	99,1	570	14,2
4. Laufende Zuweisungen an andere Bereiche	1.433	29,1	135,2	1.060	26,4
-- darunter:					
4a. Renten, Unterstützung und dgl.	438	8,9	84,5	518	12,9
4b. Zuweisungen und Zuschüsse an soziale und ähnliche Einrichtungen	137	2,8	91,8	149	3,7
4c. Zuweisungen und Zuschüsse an öffentliche Unternehmen	224	4,6	123,7	181	4,5
4d. Zuweisungen und Zuschüsse an sonstige Unternehmen	377	7,7	299,2	126	3,1
5. AAÜG-Ausgaben	165	3,4			
B. Ausgaben der Kapitalrechnung	785	16,0	179,6	437	10,9
<i>dsgl. ohne Fluthilfe</i>	766	15,6	175,4		
1. Sachinvestitionen <sup>15</sup>	335	6,8	135,1	248	6,2
2. Vermögensübertragungen an andere Bereiche	335	6,8	325,3	103	2,6
C. bereinigte Gesamtausgaben	4.919	100,0	122,6	4.011	100,0
<i>dsgl. ohne Fluthilfe</i>	4.900	100,0	122,2		

<sup>15</sup> Die Sachinvestitionen wurden korrigiert um den Anteil der Sachinvestitionen aus der ab 2005 erfolgten Zuweisung an den Landesbetrieb Bau. Durch diese systematische Korrektur erhöhen sich die Sachinvestitionen um 26 Euro/Einw., dadurch verringert sich der bei den sonstigen Investitionen ausgewiesene Betrag gleichermaßen.

Bei Betrachtung der zurückliegenden Jahre wird deutlich, dass Sachsen-Anhalt seine Ausgaben seit 1995 erheblich stärker konsolidiert hat als die ebenfalls von den vorhandenen Sparzwängen betroffenen FFW. So zeigt Abbildung III.3.1 einen Ausgabenrückgang um etwa 6 % seit 1995 für Sachsen-Anhalt (ohne Fluthilfe), dagegen war in den FFW im gleichen Zeitraum ein Ausgabenzuwachs von etwa 10 % zu verzeichnen.

**Abbildung III.3.1:** Ausgabenzuwachsraten in Sachsen-Anhalt einschließlich der kommunalen Ebene im Vergleich zu den FFW (bereinigte Ausgaben ohne Fluthilfe und Lehrer-Arbeitszeitkonten 2004)



### III.3.2 Einnahmen im Land Sachsen-Anhalt insgesamt

In Tabelle III.3.3 wird die Entwicklung der bereinigten Einnahmen insgesamt, der Einnahmen der Kapitalrechnung und der laufenden Rechnung (ohne Fluthilfe) seit dem Jahr 2002 in Euro je Einwohner sowie in Prozent der Vergleichswerte des Durchschnitts der FFW ausgewiesen.

**Tabelle III.3.3:** Entwicklung der bereinigten Einnahmen, der Einnahmen der Kapitalrechnung und der laufenden Rechnung in Sachsen-Anhalt  
in Euro je Einwohner

	bereinigte Gesamteinnahmen		Einnahmen der Kapitalrechnung		laufende Einnahmen	
	Euro je EW	in % des FFW-Wertes	Euro je EW	in % des FFW-Wertes	Euro je EW	in % des FFW-Wertes
2002	4.137	120,8	429	184,7	3.708	114,9
2003	4.271	123,9	548	227,4	3.723	115,5
2004	4.345	121,7	428	202,7	3.917	116,1
2005	4.443	126,2	425	190,9	4.018	121,8
2006	4.731	123,5	445	194,6	4.286	119,0

Die Gesamteinnahmen lagen im Jahr 2006 bei etwa 124 % des FFW-Vergleichswertes. Gegenüber 2005 ist ein Zuwachs von ca. 6,5 % (FFW 8,8 %) aufgrund gestiegener Steuereinnahmen (auf Landes- und Gemeindeebene) festzustellen.

Die Tabelle III. 3.4 zeigt die Struktur der Einnahmen im Jahr 2006. Während die gesamten Pro-Kopf-Gesamteinnahmen ca. 24 % über denen der FFW lagen, erreichten die Steuereinnahmen des Landes und seiner Kommunen nur ca. 87 % der FFW-Vergleichswerte, wobei die ausschließliche Ursache für die unterdurchschnittlichen Steuereinnahmen die geringe kommunale Steuerkraft in Sachsen-Anhalt ist, da über die Umsatzsteuerverteilung die Pro-Kopf-Steuerkraft der Nehmerländer auf Länderebene im Finanzausgleich weitgehend angeglichen wird.

**Die erhebliche Transferabhängigkeit der Finanzausstattung des Landes Sachsen-Anhalt wird insbesondere sichtbar, wenn man beachtet, dass das Land lediglich ca. 49 % seiner Einnahmen aus Steuern erzielt hat, während in den finanzschwachen Westflächenländern die Quote bei rd. 70 % lag.** Aus Leistungen des Bundes – laufende und investive Zuweisungen – bezog das Land im Jahr 2006 ca. 24 % seiner Einnahmen, davon entfallen rd. 14 % auf unmittelbare Zuweisungen aus dem Solidarpakt II (Korb I = SOBEZ).

**Tabelle III.3.4:** Höhe und Struktur der Einnahmen auf Landes- und Kommunalebene in Sachsen-Anhalt im Vergleich zu den finanzschwachen Westflächenländern im Jahr 2006

	ST			FFW	
	Euro je EW	%- Anteil	ST in % von FFW	Euro je EW	%- Anteil
A. laufende Einnahmen	4.286	90,3	119,0	3.603	94,0
-- darunter:					
1. Steuereinnahmen	2.328	49,0	86,5	2.691	70,2
2. Verwaltungseinnahmen	427	9,0	79,2	539	14,1
3. Einnahmen aus dem LFA	234	4,9	441,5	53	1,4
4. Laufende Zahlungen des Bundes	1.160	24,4	495,7	234	6,1
-- darunter:					
4a. SOBEZ	671	14,1			
B. Einnahmen der Kapitalrechnung	462	9,7	201,7	229	6,0
<i>dsgl. ohne Fluthilfe</i>	445	9,4	194,3		



	ST			FFW	
	Euro je EW	%- Anteil	ST in % von FFW	Euro je EW	%- Anteil
-- darunter:					
1. Zuweisungen vom Bund	157	3,3	261,7	60	1,6
2. Zuweisungen von der EU	206	4,3	556,8	37	1,0
C. bereinigte Gesamteinnahmen					
<i>dsgl. ohne Fluthilfe</i>	4.748	100,0	123,9	3.832	100,0
	4.731	100,0	123,5		

**Langfristig hat Sachsen-Anhalt deutliche Einnahmenverluste im Zuge der Abschmelzung der Transferleistungen im Rahmen des Solidarpakt II zu kompensieren.** Dies betrifft die SOBEZ, die von 1.649 Mio. Euro im Jahr 2006 auf letztmalig 330 Mio. Euro im Jahr 2019 zurückgehen werden, weitere überproportionale Leistungen, die das Land vom Bund im Rahmen anderer Programme erhält, sowie Zuweisungen von der EU.

### III.3.3 Verschuldung, Zinsausgabenentwicklung und Entwicklung der Neuverschuldung im Land Sachsen-Anhalt insgesamt

Seit dem Jahr 2002 sind die Pro-Kopf-Schulden des Landes Sachsen-Anhalt und seiner Kommunen um etwa 1.753 Euro je Einwohner angestiegen, siehe Abbildung III.3.2. Ursache sind die bereits beschriebenen extrem hohen Einnahmefälle der letzten Jahre infolge der zurückliegenden Konjunkturschwäche, aber auch aufgrund der Steuergesetze 2000 und 2002. Im Jahr 2006 ging zwar die Neuverschuldung aufgrund der konjunkturellen Erholung und den damit verbundenen Steuermehreinnahmen zurück, die Pro-Kopf-Gesamtverschuldung stieg aber um nochmals 88 Euro, in Haushaltsabgrenzung um 180 Euro je Einwohner<sup>16</sup>.

<sup>16</sup> Lt. *Schuldenstatistik* ist die Gesamtverschuldung auf konsolidierter Ebene aufgrund der kommunalen Tilgung rückläufig. Der Anstieg der Pro-Kopf-Verschuldung resultiert aus dem Einwohnerrückgang. Da ein Großteil der Neuverschuldung des Landes für das Haushaltsjahr 2006 erst Anfang 2007 aufgenommen wurde, ergibt sich eine deutliche Abweichung der Schulden lt. Haushalt zur Schuldenstatistik (gut 500 Mio. Euro).

**Abbildung III.3.2:** Pro-Kopf-Schulden des Landes und der Kommunen im Vergleich zu den FFW

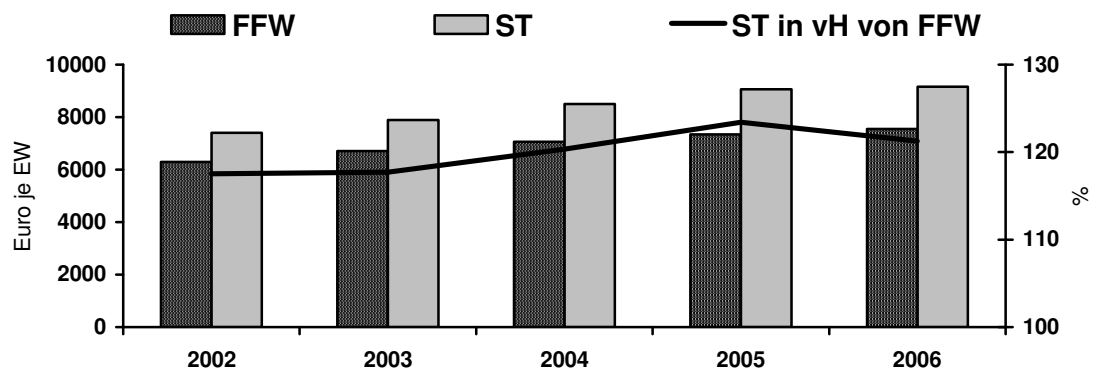
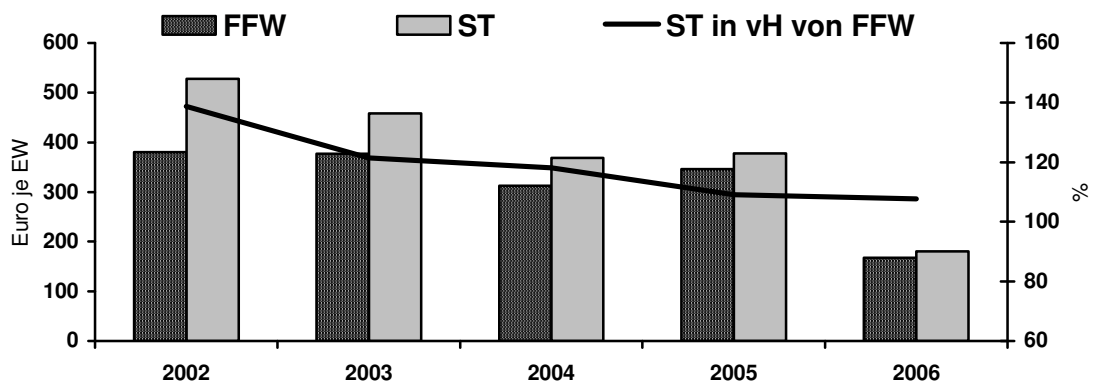


Abbildung III.3.3. zeigt die jeweilige jährliche Neuverschuldung, die hier unter ursächlicher Zuordnung der jeweiligen Jahresfehlbeträge dargestellt wird. **Danach ist erkennbar, dass in der Tendenz eine rückläufige Neuverschuldung seit 2002 - dem Jahr der höchsten Steuerausfälle - erreicht werden konnte.** Eine vergleichbare Entwicklung ist auch in den FFW zu verzeichnen.

**Abbildung III.3.3:** Pro-Kopf-Neuverschuldung des Landes und der Kommunen (Fehlbeiträge auf Landesebene dem Entstehungsjahr zugeordnet) im Vergleich zu den FFW



### **III.4 Zusammenfassende Bewertung der finanzwirtschaftlichen Entwicklung in Sachsen-Anhalt**

Die im Abschnitt III. vorgenommene Analyse zeigt, dass das Land eine Reihe von spezifischen finanzwirtschaftlichen Problemen zu bewältigen hat, die vielfach noch auf teilungsbedingte Lasten und die im Jahr 1990 übernommene „Erbmasse“ zurückzuführen sind. Es konnte aber auch sichtbar gemacht werden, dass beide Ebenen erhebliche Beiträge zur Ausgabenkonsolidierung und damit zur Begrenzung des Schuldenwachstums im Land geleistet haben. So wurde im Jahr 2006 gegenüber dem Ausgangsjahr 1995 des Solidarpakts eine Ausgabenreduzierung auf konsolidierter Ebene um etwa 6 % erreicht (trotz neu hinzugetretener Ausgaben aus der Arbeitsmarktreform), während in den FFW gleichzeitig ein Anstieg um etwa 10 % erfolgte.

Nach den Einnahmenverlusten aus den Steuerausfällen der vergangenen Jahre fand die konjunkturelle Erholung im Jahr 2006 einen entsprechenden Niederschlag bei der Rückführung der Neuverschuldung. Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt aber auch, dass Sachsen-Anhalt sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite von Faktoren und Entwicklungen abhängig ist, die vom Land nicht direkt kontrollierbar sind und auch nicht in der ausschließlichen Entscheidungsverantwortung des Landes liegen. Zu nennen sind hier z. B. die gestiegenen Aufwendungen im Rahmen der Sozialausgaben und insbesondere auch das hohe Niveau der Zahlungen im Rahmen des AAÜG, bei denen der Bund im November 2006 eine weitere Entlastung der neuen Länder zugesagt hat.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung hat die Landesregierung mit dem Nachtragshaushalt 2007 eine weitere deutliche Absenkung der Neuverschuldung auf 292 Mio. Euro beschlossen. **Entsprechend dem Regierungsentwurf zum Doppelhaushalt 2008/2009 und der Mittelfristigen Finanzplanung ist es erklärtes Ziel der Landesregierung, ab 2008 keine neuen Schulden mehr aufzunehmen und ab 2009 mit der Schuldentilgung zu beginnen.**

#### IV. Verwendung der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen im Berichtsjahr 2006 in Sachsen-Anhalt

In diesem Abschnitt erfolgt entsprechend dem vereinbarten Nachweisschema eine Darstellung der Verwendung der Solidarpaktmittel 2006. Diese sind ab 2005 entsprechend den Bestimmungen des § 11 Abs. 3 FAG, zuletzt geändert mit dem Solidarpaktfortführungsgesetz vom 20. Dez. 2001,

- für investive Zwecke und
- zum Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft (UFK)

einzusetzen. Eine Anrechnung der weiterhin bestehenden teilungsbedingten Sonderlasten, insbesondere aus dem AAÜG, ist nach der neuen gesetzlichen Regelung ab 2005 nicht mehr vorgesehen.

##### IV.1 Der investive Einsatz der SOBEZ

Nach dem vereinbarten Berechnungsschema ergibt sich für die konsolidierte Landes- und Kommunalebene folgende investive Verwendung, siehe Tabelle IV.1.1:

**Tabelle IV.1.1:** Berechnung der aus den SOBEZ finanzierten Investitionen in Sachsen-Anhalt (Landes- und Kommunalebene) in Euro je Einwohner

	2002	2003	2004	2005	2006
1. Investitionsausgaben für Infrastruktur	863	1.010	879	825	762
- davon:					
Sachinvestitionen <sup>17</sup>	480	459	426	367	335
sonstige Investitionen	383	551	453	458	420
Schuldendiensthilfen <sup>18</sup>				7	7
2. investive Einnahmen	372	475	422	401	364
- davon:					
Zuweisungen für Investitionen vom öffentlichen Bereich	256	279	235	194	158
Zuschüsse für Investitionen von sonstigen Bereichen	115	196	187	207	206

<sup>17</sup> Die Darunterpositionen „Sachinvestitionen“ und „sonstige Investitionen“ wurden korrigiert um den Anteil der Sachinvestitionen aus der ab 2005 erfolgenden Zuweisung an den Landesbetrieb Bau (LBB). Durch diese systematisch bedingte Korrektur erhöhen sich die Sachinvestitionen um 26 Euro/Einw., dadurch verringert sich der bei den sonstigen Investitionen ausgewiesene Betrag gleichermaßen.

<sup>18</sup> Entsprechend der am 12. Juni 2006 mit dem Bund abgestimmten Änderung sind Schuldendiensthilfen, mit Ausnahme für den Wohnungsbau, ab 2005 anrechnungsfähig auf den Nachweis.

	2002	2003	2004	2005	2006
3. eigenfinanzierte Infrastrukturinvestitionen (1.–2.) <sup>19</sup>	492	535	457	424	398
4. anteilige Neuverschuldung <sup>20</sup>	605	447	344	271	151
5. aus den SOBEZ finanzierte Investitionen (3.–4.) <sup>21</sup>	0	88	113	153	247
6. empfangene SOBEZ	648	655	662	667	671
<b>7. investive Verwendung in % der SOBEZ</b>	<b>0</b>	<b>13,4</b>	<b>17,1</b>	<b>22,9</b>	<b>36,8</b>
8. investive Verwendung in Mio. Euro	0	223	284	380	607

Wie aus der Darstellung ersichtlich ist, lag der Nachweis der investiven Verwendung im Jahr 2002 bei Null, da aufgrund der Überschreitung der Verfassungsgrenze mit dem Nachtrag 2002 die eigenfinanzierten Investitionen die Höhe der Neuverschuldung nicht überstiegen haben. **Bis zum Jahr 2006 konnte aufgrund der Rückführung der Neuverschuldung eine weitere Steigerung der investiven Verwendung auf nunmehr rd. 37 % der SOBEZ erreicht werden.**

Bei der Bewertung dieses Berechnungsschemas ist zu berücksichtigen, dass aufgrund der gewählten Methode die investive Verwendung der SOBEZ bei gleichem Investitionsniveau in Abhängigkeit von der Höhe der Neuverschuldung stark schwanken kann. Die Aufbauleistung, die tatsächlich durch die SOBEZ bewirkt wird, lässt sich anhand des Berechnungsergebnisses also nicht darstellen. Darauf wird im Teil V dieses Berichts gesondert eingegangen.

#### **IV.2 Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft (UFK)**

Die Gemeinden in den neuen Ländern haben eine deutlich geringere Steuerkraft als die Gemeinden in den finanzschwachen Westflächenländern, die sich mittelbar über die Kreisumlage auch auf die Landkreise auswirkt. Es ist daher erforderlich, dass die neuen Länder überproportional hohe Zuweisungen leisten, damit die Kommunen in den neuen Ländern zunächst den Kommunen der FFW vergleichbaren Leistungen erbringen können (diese können gedanklich unterteilt werden in die Zuweisungen zum Ausgleich der unterproportio-

<sup>19</sup> Eine Bereinigung um die Fluthilfe wurde wie bereits in den Vorjahren nicht vorgenommen, da die Einnahmen und Ausgaben sich grundsätzlich ausgleichen.

<sup>20</sup> Der Fehlbetrag 2003 ist dem Entstehungsjahr zugeordnet. Der „anteilige“ Betrag ergibt sich durch Abzug des Betrages, der außerhalb der Infrastrukturinvestitionen für (kreditfinanzierte) eigene Investitionen verausgabt wurde.

<sup>21</sup> Da im Jahr 2002 die Differenz aus eigenfinanzierten Investitionen und Neuverschuldung negativ war, wurden hier 0 Euro ausgewiesen, da die Verwendung der SOBEZ nicht negativ sein kann.

nalen kommunalen Finanzkraft und die „normalen“ Zuweisungen auf dem Niveau der FFW). Zusätzlich müssen die neuen Länder den Kommunen Mittel zuweisen, die über das Niveau der FFW-Länder hinausgehen, da ohne diese Mittel die Kommunen in den neuen Ländern nicht in der Lage sind, überproportionale Investitionen zum Schließen der Infrastrukturlücke zu tätigen. Tabelle IV.2.1 zeigt die entsprechende Zerlegung der Zuweisungen des Landes Sachsen-Anhalt an seine Kommunen.

**Tabelle IV.2.1:** Struktur der Zuweisungen des Landes Sachsen-Anhalt an die kommunale Ebene im Jahr 2006

in Mio. Euro

Zuweisungen des Landes Sachsen-Anhalt an die Kommunen <sup>1)</sup> (Gesamtbetrag 2006: ca. 2.713 Mio. Euro)		
1. Zuweisungen zum Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Steuerkraft  <b>rd. 658 Mio. Euro</b>	2. Zuweisungen auf dem Niveau der Zuweisungen der finanzschwachen Westflächländer an ihre Kommunen <sup>2)</sup>  <b>rd. 1.165 Mio. Euro</b>	3. Überproportionale Leistungen zur Finanzierung des Abbaus des Infrastrukturdefizits auf kommunaler Ebene („Aufbautransfers“) <sup>3)</sup>  <b>rd. 889 Mio. Euro</b>

1) in Abgrenzung der kommunalen Kassenstatistik

2) Unterschiedliche Aufgabenverteilungen und Standards bleiben bei dieser Betrachtung unberücksichtigt. Der Betrag wird wie folgt errechnet: Multiplikation der Zuweisungen der FFW pro Einwohner mit der Einwohnerzahl des Landes Sachsen-Anhalt. Bereinigt wurde die systematische Änderung bei der überörtlichen Sozialhilfe in Sachsen-Anhalt i. H. v. rd. 146 Euro je Einw., um die das FFW-Niveau verringert wird.

3) Dieser Betrag ergibt sich als Restbetrag aus der Gesamtsumme der Zuweisungen des Landes Sachsen-Anhalt an seine Kommunen.

Da das Land aufgrund der UFK seiner Kommunen bereits Mittel aus dem Länderfinanzausgleich (LFA) einschließlich der Fehlbetrags-BEZ, erhält, wird nur die danach verbleibende „Finanzierungslücke“ aus den SOBEZ gedeckt. Mit der erhöhten Anrechnung der Steuereinnahmen der Gemeinden im Länderfinanzausgleich ab 2005 (64 % statt vorher 50 %) sinkt der auf die SOBEZ-Verwendung anzurechnende Betrag für die UFK ab 2005 entsprechend ab. Die Länder haben bei der Beratung der Fortschrittsberichte 2005 mit dem Bundesministerium der Finanzen vereinbart, künftig für jedes Land die analog der Bundesmethode<sup>22</sup> spitz berechneten Beträge auszuweisen. Dies findet im Folgenden Verwendung. Die Methode wird für Sachsen-Anhalt in Tabelle IV.2.2 kurz dargestellt.

<sup>22</sup> Entsprechend der Bundesmethodik wird hierbei als Referenzland - abweichend vom sonstigen Verfahren des Berichts - Bremen als finanzschwächstes Bundesland West gewählt. Dies wird erforderlich, wenn man den Ausgleich der UFK über die SOBEZ im direkten Anschluss an den bundesstaatlichen Finanzausgleich vornimmt. Danach darf keine Verschiebung der Finanzkraftreihenfolge der Länder durch die Anrechnung der UFK-Ausgleichszahlungen bewirkt werden. Die auszugleichende kommunale Finanzkraft orientiert sich an der kommunalen Ausgleichsmesszahl des Länderfinanzausgleichs und entspricht somit nicht der Kassenstatistik.

**Tabelle IV.2.2:** Ermittlung der auf die SOBEZ anzurechnende UFK für Sachsen-Anhalt

in Euro je Einw.

	<b>ST</b>	<b>Bremen</b>
1. Kommunale Finanzkraft zu 100% <sup>1)</sup>	506	894
2. davon berücksichtigt im LFA 64%	324	572
3. komm. Ausgleichsmesszahl zu 64% <sup>2)</sup>	535	708
4. Ausgleich aus LFA und Fehl-BEZ zu rd. 98% der kommunalen Ausgleichsmesszahl (3.)	203	120
5. Niveau nach LFA/Fehl-BEZ (Summe 2. + 4.)	527	692
<i>(damit ausgeglichen in Prozent)</i>	<i>(98,46)</i>	<i>(97,78)</i>
6. komm. Ausgleichsmesszahl zu 100%	836	1.106
7. davon ausgeglichen bei voller Anrechnung der komm. Finanzkraft (Summe 1. + 4.)	709	1.014
8. verbleibende Lücke	127	92
9. möglicher Ausgleich aus SOBEZ <sup>3)</sup>	53	0
10. Finanzkraft einschl. SOBEZ	762	1.014
<b>Finanzkraft in % der AMZ zu 100% (6.)</b>	<b>91,2</b>	<b>91,7</b>

1) in Abgrenzung der vorl. Abrechnung des LFA

2) unterschiedlich aufgrund höherer Einwohnerwertung HB im LFA (Stadtstaat)

3) entsprechend Berechnung § 10 Abs. 1 und § 11 Abs. 2 FAG (bundesstaatlicher Finanzausgleich)

AMZ=Ausgleichsmesszahl

**Entsprechend der verwendeten Bundesmethode ergibt sich ein Betrag von 131 Mio. Euro (53 Euro je Einwohner) für die UFK, der 2006 aus den SOBEZ finanziert wurde.**

**Bei der Bewertung ist zu berücksichtigen, dass nach dem hier berechneten Ausgleich rd. 180 Mio. Euro (74 Euro je Einwohner) an unterproportionaler Finanzkraft bestehen bleiben, dies entspricht rd. 11% der empfangenen SoBEZ.** Zusätzlich ist das Problem der fiktiven Einnahmeberechnung zu sehen. Die tatsächlichen kommunalen Steuereinnahmen liegen deutlich unter dem fiktiven Aufkommen im Länderfinanzausgleich (Kassenstatistik: 434 Euro/EW, LFA: 506 Euro/EW). Durch den Vergleich mit Bremen als Stadtstaat wird dieses Problem noch verschärft.

### **IV.3 Zusammenfassende Verwendungsrechnung der SOBEZ**

Die Tabelle IV.3.1 beinhaltet die aus der Zusammenfassung der in den Abschnitten IV.1 und IV.2 ermittelten Beträge resultierende **gesamte Verwendungsrechnung**. Die Summe aus den eigenfinanzierten Investitionen sowie den zum Ausgleich der UFK erforderlichen SOBEZ wird den empfangenen SOBEZ gegenübergestellt.

**Tabelle IV.3.1:** Zusammenfassende Verwendungsrechnung der SOBEZ (Landes- und Kommunalebene) für das Land Sachsen-Anhalt

	in Euro je Einwohner				
	2002	2003	2004	2005	2006
1. Investive Verwendung	0	88	113	153	247
2. Ausgleich der UFK	115	113	112	68 bis 100	53
<b>3. Nachweis gesamt (Summe 1. und 2.)</b>	<b>115</b>	<b>201</b>	<b>225</b>	<b>221 bis 253</b>	<b>300</b>
4. empfangene SOBEZ <sup>23</sup>	648	655	662	667	671
<b>5. Nachweis in % der SOBEZ</b>	<b>17,7</b>	<b>30,7</b>	<b>34,0</b>	<b>33 bis 38</b>	<b>44,7</b>
<i>nachrichtlich für Vorjahre:</i>					
<i>sonst. teilungsbedingte Sonderlasten</i>	<i>184</i>	<i>166</i>	<i>162</i>		
<i>Nachweis einschl. teilungsbedingter Lasten gesamt</i>	<i>299</i>	<i>367</i>	<i>387</i>		
<i>in % der SOBEZ</i>	<i>46,1</i>	<i>56,0</i>	<i>58,5</i>		

	in Mio. Euro				
	2002	2003	2004	2005	2006
1. Investive Verwendung	0	221	284	380	607
2. Ausgleich der UFK	295	287	281	168 bis 249	131
3. Nachweis gesamt (Summe 1. und 2.)	295	508	565	549 bis 629	738
4. empfangene SOBEZ	1.661	1.661	1.661	1.657	1.649
<b>5. Nachweis in % der SOBEZ</b>	<b>17,7</b>	<b>30,7</b>	<b>34,0</b>	<b>33 bis 38</b>	<b>44,7</b>

Zur Bewertung von Investitionen in Abgrenzung der Haushaltssystematik hinsichtlich ihres Aufbau- oder Zukunftswertes soll hier auf den **Finanzplan 2006 bis 2010 des Bundes** (S. 44) verwiesen werden:

*„Die Einordnung einer Ausgabe als Investition ist nicht unbedingt gleichbedeutend mit ihrer höheren Qualität gegenüber konsumtiven Ausgaben. Dies zeigt ein Blick auf die Bereiche Forschung und Bildung, Kinder oder Umwelt, bei denen auch viele im haushaltsrechtlichen Sinne ‚konsumtive‘ Ausgaben tatsächlich ‚Investitionen in die Zukunft‘ bedeuten.“*

<sup>23</sup> Seit 2005 gehen die SOBEZ absolut zurück. Der hier dargestellte Anstieg je Einwohner seit 2002 ist durch den gleichzeitig stattfindenden Einwohnerrückgang begründet.



**Im Ergebnis wurden rd. 45 % der empfangenen SOBEZ rechnerisch für das Jahr 2006 nachgewiesen. Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt ist sich bewusst, dass der im Berichtszeitraum geringe Stand nachgewiesener SOBEZ Ausdruck der noch zu leistenden Haushaltskonsolidierung ist. Ab 2008 ist erstmals ein ausgeglichener Haushalt ohne Neuverschuldung geplant, so dass sich der SOBEZ-Verwendungsnachweis deutlich verbessern wird. Angesichts der steigenden Bedeutung der Zukunftsinvestitionen, wie z. B. in Bildung und Wissenschaft, ist aber auch zu betonen, dass die Zuordnung zur Haushaltssystematik nicht alleinige Richtlinie der künftigen Ausgabenschwerpunkte des Landes sein kann.**

**Die in der Vergangenheit auf die SOBEZ anrechenbaren teilungsbedingten Sonderlasten sind seit 2005 nicht mehr aus den SOBEZ zu finanzieren, so z. B. die bereits in Abschnitt III.1.1 angesprochenen Zahlungen des Landes im Rahmen des AAÜG oder die Finanzierung der kommunalen Altschulden für gesellschaftliche Einrichtungen nach dem Altschuldenregelungsgesetz vom 6. März 1997, aber auch teilungsbedingte Sonderlasten für zusätzliche Aufwendungen zur Beseitigung von Altlasten und für die aktive Arbeitsmarktpolitik. Gleichwohl besteht die Belastung der Haushalte der neuen Länder aus diesen Verpflichtungen unvermindert weiter. Im Jahr 2006 haben die Ausgaben allein für die Zahlungen nach dem AAÜG sowie dem Altschuldenregelungsgesetz rd. 406 Mio. Euro betragen. Diese Ausgaben schränken die Haushaltskonsolidierung entsprechend ein. Der Bund hat deshalb entsprechend seiner Zusage vom November 2006 zur Entlastung der neuen Länder bei den Verpflichtungen für die Zusatz- und Sonderversorgung einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt. Dies wird einen weiteren Beitrag zur vorgesehenen Haushaltskonsolidierung und damit zur Verbesserung des SOBEZ-Verwendungsnachweises leisten.**

## V. Maßnahmen zur Schließung der Infrastrukturlücke in Sachsen-Anhalt im Berichtszeitraum

Die Darstellung zur *rechnerischen* Verwendung der SOBEZ bedarf einer **quantitativen Ergänzung hinsichtlich des Beitrages des Landes Sachsen-Anhalt zur Beseitigung der Infrastrukturlücke** im Vergleich zu den alten Ländern bzw. zu den finanzschwachen Westflächenländern. Hierzu wurde im ersten vom Land Sachsen-Anhalt vorgelegten Fortschrittsbericht „Aufbau Ost“ 2002 zunächst eine Bestandsaufnahme der Infrastrukturlücke in den neuen Ländern vorgenommen, wobei sich die Darstellung an dem im Zuge der Solidarpakt-II-Verhandlungen vorgelegten Gutachten orientierte. In den vergangenen Berichten wurde dokumentiert, wie die Infrastrukturinvestitionsaktivität seit 1991 in Sachsen-Anhalt auf der Ebene des Landes und seiner Kommunen zum Schließen der Infrastrukturlücke beigetragen hat. In diesem Fortschrittsbericht wird daran angeknüpft. Die Darstellung beschränkt sich daher zum Teil auf das Berichtsjahr 2006.

### V.1 Zur Ausgangssituation: Höhe und Struktur der Infrastrukturlücke

Das Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW)<sup>24</sup> hat folgende Bestände und Nachholbereiche bei der Infrastrukturausstattung der neuen Flächenländer (einschl. ihrer Kommunen) quantifiziert, siehe Tabelle V.1.1.

**Tabelle V.1.1:** Pro-Kopf-Bruttoanlagevermögen der neuen Flächenländer und Sachsen-Anhalts sowie der strukturschwachen Westflächenländer in Euro je Einwohner im Jahr 1999 zu Preisen von 1991 (die „**Nachholbereiche**“ sind hervorgehoben)

	finanzschwache Flächenländer West	neue Flächenländer	Sachsen-Anhalt
1. Zentrale Verwaltung	469	529	450
2. Öffentliche Sicherheit und Ordnung	325	343	323
3. Rechtsschutz	98	100	84
<b>4. Schulen</b>	<b>2.444</b>	<b>1.474</b>	<b>1.458</b>
<b>5. Hochschulen und sonstige Forschung</b>	<b>745</b>	<b>558</b>	<b>557</b>
6. Kultur	168	369	407

<sup>24</sup> DIW (2000), *Infrastrukturausstattung und Nachholbedarf in Ostdeutschland*, Berlin 2000.

	finanzschwache Flächenländer West	neue Flächenländer	Sachsen-Anhalt
7. Soziale Sicherung	230	337	342
<b>8. Sport und Erholung</b>	<b>447</b>	<b>393</b>	<b>405</b>
9. Krankenanstalten	691	905	914
10. Wohnungswesen und Raumordnung	366	400	399
<b>11. Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>234</b>	<b>150</b>	<b>148</b>
<b>12. Verkehrsbereich insgesamt</b>	<b>4.505</b>	<b>2.406</b>	<b>2.520</b>
<b>- darunter Straßen</b>	<b>4.394</b>	<b>2.162</b>	<b>1.980</b>
<b>insgesamt (1. bis 12.): Kerninfrastruktur</b>	<b>10.718</b>	<b>7.963</b>	<b>8.008</b>
<b>13. Kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	<b>2.720</b>	<b>639</b>	<b>652</b>
<b>14. Energie, Wasserwirtschaft</b>	<b>367</b>	<b>239</b>	<b>213</b>
<b>15. Wirtschaftsunternehmen</b>	<b>483</b>	<b>129</b>	<b>91</b>
<b>16. Allg. Grund-/Sondervermögen</b>	<b>505</b>	<b>253</b>	<b>310</b>
<b>insgesamt (1. bis 16)</b>	<b>14.782</b>	<b>9.224</b>	<b>9.274</b>

Anmerkungen:

- 1) Die Daten sind der Tabelle 4 in DIW (2000) entnommen.
- 2) Die Angaben für Sachsen-Anhalt wurden aus den Tabellenanhängen A, B und C zum DIW-Gutachten 2000 berechnet. Bei den Hochbauten wurden die Kommunalen Gemeinschaftsdienste nicht berücksichtigt; dies entspricht der Verfahrensweise zur Tabelle 4 des DIW-Gutachtens.

**Der größte Anteil des staatlichen Bruttoanlagevermögens entfällt auf den Verkehrsbereich und hier insbesondere auf den Straßenverkehr.** In den neuen Ländern hatte dieser Bereich im Jahr 1999 einen Anteil von ca. 30 %, während in den alten Ländern der Anteil bei ca. 42 % lag. Dies ist auch der Bereich, in dem nach den Berechnungen des DIW sowohl die relativ als auch die absolut höchste Infrastrukturlücke zu verzeichnen ist. **Bedeutsam ist ferner das Bildungssystem, besonders der Schulbereich,** auf den in den Westflächenländern ca. 23 % des Bruttoanlagevermögens, in den neuen Flächenländern hingegen lediglich ein Anteil von ca. 19 % entfallen. **Weitere staatliche Aufgabenbereiche mit einem Infrastrukturanteil von mehr als 5 % sind die Bereiche Hochschulen, allgemeine Verwaltung und der Krankenhausbereich.**

Eine Bewertung des weiteren Abbaus der Infrastrukturlücke in den neuen Ländern muss auch den erheblichen demografischen Veränderungen in den neuen Ländern Rechnung tragen. So ist infolge des hohen und nachhaltigen Schülerrückgangs eine Anpassung der

Infrastrukturen in diesem Bereich auf das je Einwohner gerechnete „Westniveau“ kaum sinnvoll<sup>25</sup>, während in anderen Bereichen, wie z.B. bei der sozialen Sicherung, den Krankenanstalten, dem Wohnungswesen, usw., der schnellere Alterungsprozess in den neuen Flächenländern möglicherweise eine höhere (Pro-Kopf-) Infrastrukturausstattung erfordert als in den alten Flächenländern.

## V.2 Infrastrukturinvestitionen des Landes Sachsen-Anhalt 2006

Im Land Sachsen-Anhalt wurden 2006 rd. 1.855 Mio. Euro für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen im Bereich der Infrastruktur eingesetzt. Auf Landesebene wurde schwerpunktmäßig in die nachfolgend dargestellten Bereiche investiert:

Wie bereits im Vorjahr konnte auch im Jahr 2006 **das Landesstraßennetz Sachsen-Anhalts** mit einer Gesamtlänge von 3.866 km durch Um- und Ausbauarbeiten weiter verbessert werden. Inzwischen entsprechen 54 % des Landesstraßennetzes dem derzeitigen Standard (Vorjahr: 52 %). Im Bereich Brückenbau sind 94 % hinsichtlich ihrer Tragfähigkeit ohne Einschränkung nutzbar (Vorjahr: 90 %).

Erhebliche Investitionen wurden auch im Bereich der kommunalen Verkehrsinfrastruktur gefördert. Die kreisfreien Städte, Landkreise und die kreisangehörigen Städte und Gemeinden erhielten für fast 150 neue Baumaßnahmen und Fortsetzungsvorhaben insgesamt 50 Mio. Euro Fördermittel. Ebenso wurde der Zustand der Binnenhäfen und Flugplätze in Sachsen-Anhalt verbessert. Weitere Investitionen erfolgten in die Eisenbahninfrastruktur des Landes Sachsen-Anhalt (z.B. Rübelandbahn, Hafenbahn Magdeburg).

Insgesamt wurden 2006 im Straßenbau rd. 368 Mio. Euro umgesetzt, weitere 59 Mio. Euro für den ÖPNV und den Schienengüterverkehr.

Auch im Rahmen der **Städtebauförderung** konnten weitere Infrastrukturdefizite abgebaut werden. Die eingesetzten Mittel kamen insbesondere der städtebaulichen Erneuerung sowie der Aufwertung von Stadtteilen bzw. Stadtquartieren mit überdurchschnittlichen Defiziten zugute. Dabei ist in erster Linie in weitere Maßnahmen zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sowie den Ausbau der kulturellen und sozialen Infrastruktur investiert worden. Im Mittelpunkt stand hier der kommunale Straßenbau in Sanierungsgebieten sowie die Erneuerung

---

<sup>25</sup> In dem bereits mehrfach zitierten DIW-Gutachten wird als „Vergleichsmaßstab“ im Wesentlichen auf die Einwohnerzahl zurückgegriffen. In einzelnen Aufgabenbereichen, wie insbesondere dem Bildungssystem, aber auch in den Bereichen der Krankenhausversorgung usw., sind andere Vergleichsmaßstäbe (wie z.B. die Schülerzahlen) besser geeignet.

erung als auch die Anpassung von Kindertagesstätten und Schulen an die demografische Entwicklung. Grundsätzlich erfolgt im Städtebau die Förderung von Projekten auf der Grundlage ganzheitlicher Entwicklungskonzepte (Sanierungs-, Stadtteilentwicklungskonzepte). Weitere Mittel wurden für Investitionsvorhaben in Gemeinden im ländlichen Bereich zur Beseitigung von Mängeln im Hinblick auf die bauliche Beschaffenheit von Gebäuden und die Erfüllung von Aufgaben (Infrastruktur) eingesetzt.

Die noch bestehende Infrastrukturlücke im Bereich **der Infrastruktur der Wirtschaft** konnte mit Mitteln der vom Land, dem Bund und der EU finanzierten Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ weiter verringert werden. Im Jahr 2006 wurden im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe 35 Vorhaben der wirtschaftsnahen Infrastruktur gefördert. Das Investitionsvolumen betrug rd. 56 Mio. Euro, das Zuschussvolumen rd. 48 Mio. Euro (Vorjahr 76 Mio. Euro). Der Schwerpunkt der Förderung lag wie in den Vorjahren bei der Revitalisierung von Industriebrachen bzw. der Erweiterung von Industrie- und Gewerbegebieten (6 Vorhaben mit einem Zuschuss von rd. 31 Mio. Euro), dem Ausbau der touristischen Infrastruktur (21 Vorhaben mit einem Zuschuss von rd. 7 Mio. Euro) sowie der Errichtung von Technologie- und Gründerzentren (2 Vorhaben mit einem Zuschuss von 4 Mio. Euro). Besonders bedeutsame Investitionen waren u. A. die weitere Erschließung des MicroTechParks Thalheim und die Errichtung des Innovationszentrums Faserverbund Haldensleben.

Eine wesentliche Rolle für den weiteren Aufbau Ost wird auch künftig der **Förderung der wirtschaftsnahen Forschung und Entwicklung** zukommen. Für die Schaffung neuer und sicherer Arbeitsplätze ist es erforderlich, die Umgestaltung der Wirtschaft weiter voranzutreiben. Die Schlüsselrolle bei der Bewältigung des notwendigen Strukturwandels nehmen die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) ein. Diese Unternehmen benötigen für die Erlangung, Erhaltung und Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit sowie für betriebliches Wachstum in erhöhtem Maße Produkt- und Verfahrensinnovationen.

Das Land Sachsen-Anhalt fördert daher aktiv marktorientierte Innovationsprozesse, die mit einem hohen wirtschaftlichen und technischen Risiko verbunden sind. Im Mittelpunkt stehen vor allem Projekte des produzierenden Gewerbes und der produktionsnahen Forschungsdienstleistungen aus den Bereichen Maschinen- und Anlagenbau/ Automotive, Chemie/ Neue Werkstoffe, LifeScience (Biotechnologie, Pharmazie und Medizintechnik) sowie den Querschnittsbranchen Nanotechnologie, Mikrosystemtechnologie und Informations- und Kommunikationstechnologie/ Automation/ Logistik. Im Jahr 2006 hat das Land Sachsen-Anhalt in 115 Vorhaben insgesamt rd. 22 Mio. Euro für Forschung und Entwicklung in Unternehmen investiert.

Im Bereich der **Umweltforschung** wird vor allem die Entwicklung innovativer Umwelttechnologien unterstützt. Im Jahr 2006 wurde dafür rd. 0,6 Mio. Euro eingesetzt.

Investitionen in **Wissenschaft und Forschung** sind ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Sachsen-Anhalt. Das Land verfügt über 7 staatliche Hochschulen, davon 2 Universitäten und eine Kunsthochschule, sowie mehrere außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, alle mit sehr guten Bedingungen hinsichtlich der Ausstattung, der Betreuungsrelation und der Möglichkeit eines schnellen und qualifizierten Abschlusses. Im Jahr 2006 wurden für die Ausstattung der Hochschulen mit Großgeräten und den Hochschulbau im Rahmen der Hochschulbauförderung (HBFUG) ca. 67 Mio. Euro investiert, der darin enthaltene Bundesanteil beträgt 23 %. Darüber hinaus wurden 11 Mio. Euro aus EFRE-Mitteln im Hochschulbau investiert.

Für Geräte und Bauinvestitionen in außeruniversitären Forschungseinrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft (WLG), der Fraunhofer-Gesellschaft (FhG) und des Umweltforschungszentrums Leipzig-Halle (UFZ) wurden im Jahr 2006 insgesamt rd. 11,5 Mio. Euro aus Landesmitteln eingesetzt.

Im Bereich der **Trinkwasserversorgung und der Abwasserbeseitigung** konnten weitere Fortschritte erzielt werden. Der Anschlussgrad der Bevölkerung konnte für die öffentliche Kanalisation auf 89,9 % (Vorjahr 86,8 %) und für öffentliche Kläranlagen auf 90,1 % (Vorjahr 86,6 %) erhöht werden. Der weitere Ausbau der öffentlichen Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung wurde im Jahr 2006 mit fast 52 Mio. Euro gefördert. Auch in den Bereichen **Abfall/Altlasten und Bodenschutz** konnten die Standortfaktoren weiter verbessert werden. Schwerpunkt der Förderung von insgesamt 12 Mio. Euro im Jahr 2006 war die Deponiesanierung. Für die Altlastensanierung im Rahmen der Altlastenfreistellung wurden im Jahr 2006 insgesamt 20 Mio. Euro aus Landesmitteln aufgewendet.

Die **Stärkung des Wirtschaftsfaktors „Landwirtschaft“** erfolgt im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ aus Mitteln des Landes, des Bundes und der EU. Die gegenwärtige Situation ist immer noch von Defiziten gekennzeichnet, insbesondere durch verkehrstechnische Unzulänglichkeiten und dem hohen Sanierungsbedarf in den ländlichen Gemeinden. Das Hauptanliegen der Förderung **Dorferneuerung** besteht daher in der Verbesserung der infrastrukturellen und baulichen Verhältnisse in Dörfern mit agrarstrukturellem Bezug. Der Schwerpunkt der ausgereichten Fördermittel lag im Jahr 2006 mit einem Anteil von 84,7 % ähnlich wie in den Vorjahren im Bereich der kommunalen Investitionen zur Verbesserung der innerörtlichen Verkehrsver-

hältnisse (287 Vorhaben), zur Erhaltung und Gestaltung des dörflichen Charakters (178 Vorhaben) und zur Sanierung von Gewässern und zum Abbruch von Bausubstanz (12 Vorhaben).

Für die **Umsetzung des ländlichen Wegekonzeptes** in Sachsen-Anhalt wurden im Jahr 2006 rd. 12 Mio. Euro investiert. Dadurch konnte die Vernetzung des Straßen- und Wegenetzes im ländlichen Raum weiter vorangetrieben werden. Die verschiedenen Verkehrssysteme, die neben ihrer landwirtschaftlichen Nutzung zunehmend touristischen Anforderungen unterliegen, wurden weiter ausgebaut.

Weiterhin wurden erhebliche Mittel für **wasserwirtschaftliche und kulturbautechnische Maßnahmen** zur nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raumes eingesetzt. Gefördert wurden hier im Wesentlichen der naturnahe Gewässerausbau und der Neubau und die Erweiterung von Hochwasserschutzanlagen.

Sanierungsbedarf besteht weiterhin im Bereich der **Kindertageseinrichtungen**. Ein großer Teil der Kindertageseinrichtungen besteht aus alter Bausubstanz. Im Jahr 2006 wurden deshalb 21 Fördermaßnahmen in Kindertageseinrichtungen bewilligt, die bis 2008 realisiert werden. Es handelt sich dabei um Umbau- und Sanierungsmaßnahmen sowie Ersatzneubauten zur Schaffung kindgerechter Innen- und Außenräume entsprechend den Anforderungen an eine barrierefreie Zugänglichkeit und eine räumlich barrierefreie Ausgestaltung sowie des Gesundheitsschutzes.

Auch im Bereich der Sportförderung wurde im Jahr 2006 der Nachholbedarf bei der Sanierung der vorhandenen **Sportstätten** weiter verringert. Das Land Sachsen-Anhalt hat im Jahr 2006 23 Investitionsmaßnahmen in einem Umfang von rd. 6 Mio. Euro gefördert.

**Mit den im Jahr 2006 durchgeführten Investitionen konnte die bestehende Infrastrukturlücke weiter verringert werden. Auch zukünftig verfolgt die Landesregierung das Ziel, die zur Verfügung stehenden Mittel gezielt in die Schwerpunktbereiche für den weiteren Aufbau der Infrastruktur zu lenken.**

### V.3 Beiträge zur Schließung der Infrastrukturlücke in Sachsen-Anhalt

Auf Basis der festgestellten Situation, dass in den neuen Flächenländern und damit auch in Sachsen-Anhalt, Ende des Jahres 1999 noch erhebliche, wenn auch über die öffentlichen Aufgabenbereiche höchst unterschiedliche Infrastrukturlücken vorgelegen haben, wird hier dargelegt, in welchem Umfang die Investitionstätigkeit im Land einen Beitrag zum Schließen der Infrastrukturlücke geleistet hat.

Dazu zeigt die Abbildung V.3.1 das Volumen der investiven Ausgaben für Infrastruktur auf der Ebene des konsolidierten Haushaltes des Landes Sachsen-Anhalt und seiner Kommunen im Vergleich zu den FFW. Im Berichtsjahr 2006 lagen die investiven Ausgaben für Infrastrukturmaßnahmen in Sachsen-Anhalt bei ca. 737 Euro je Einwohner, während diese in den finanzschwachen Westflächenländern ca. 381 Euro je Einwohner betragen. **Damit lag das gesamte Investitionsvolumen bei etwa 193 % des FFW-Wertes. Dies belegt, dass – insbesondere auch vor dem Hintergrund des höheren Ersatzinvestitionsbedarfs in den Westflächenländern – die Schließung der Infrastrukturlücke trotz der notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen in Sachsen-Anhalt weiter vorangekommen ist.**

**Abbildung V.3.1:** Investive Ausgaben für Infrastruktur in Sachsen-Anhalt (Landes- und Kommunalebene – ohne Fluthilfe) im Vergleich zu den FFW

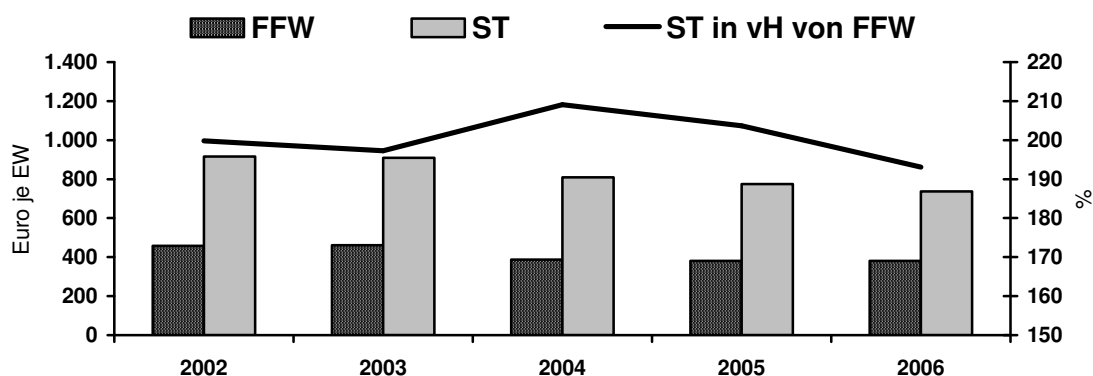


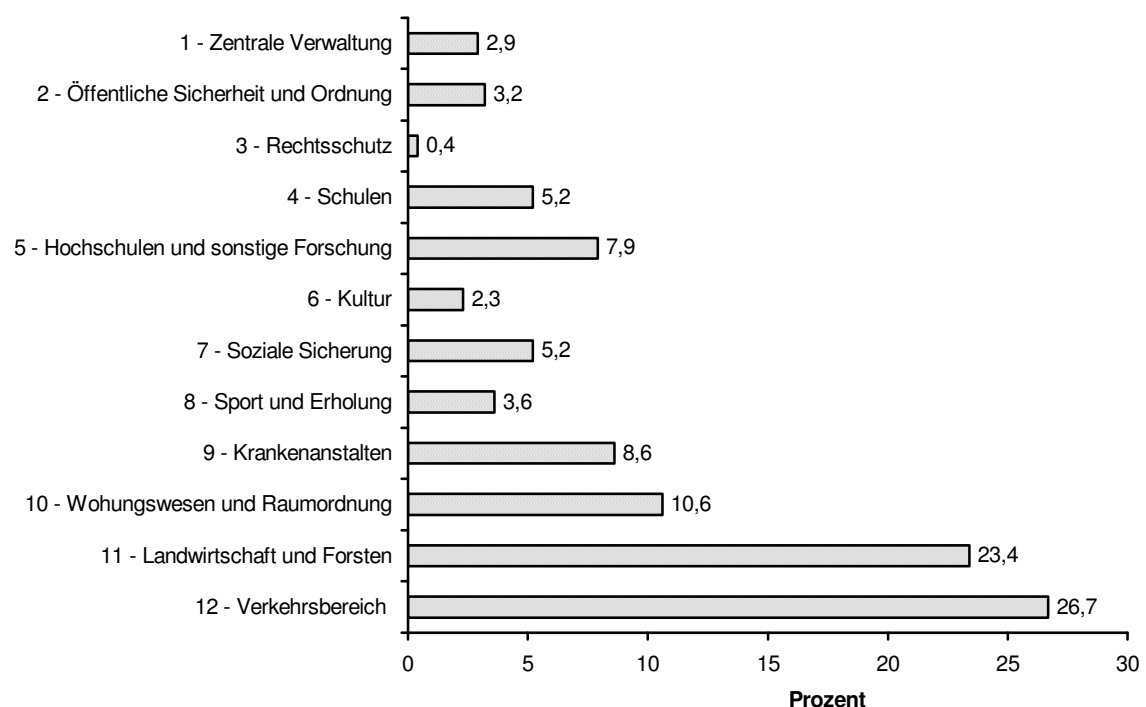
Abbildung V.3.2 zeigt die Verteilung der Infrastrukturinvestitionsausgaben im Land Sachsen-Anhalt auf die einzelnen Kerninfrastrukturbereiche im Jahr 2005<sup>26</sup>. **Ein Schließen der Infrastrukturlücke unter Beachtung der Struktur des Infrastrukturkapitalbestandes erfordert, dass öffentliche Infrastrukturinvestitionen insbesondere in jene Bereiche gelenkt werden, bei denen von einer besonders hohen Infrastrukturlücke auszuge-**

<sup>26</sup> In Abgrenzung des Funktionenplans des Landes Sachsen-Anhalt für die Landesebene und der Gliederungsübersicht auf Gemeindeebene, für die Gemeinden liegen bislang nur die Angaben für 2005 vor.



hen ist. Rd. 40 % der Investitionsausgaben für die Infrastruktur entfielen auf die Bereiche Verkehr und Bildung (Schulen und Hochschulen). Diese Aufgabenbereiche haben nach den Untersuchungen des DIW die umfangreichsten Infrastrukturdefizite zu verzeichnen. Hingegen sind in die Bereiche, in denen es nach der DIW-Untersuchung Ende des Jahres 1999 Hinweise in Richtung einer „infrastrukturellen Überausstattung“ in den neuen Ländern gab, nur geringe Anteile der Infrastrukturinvestitionen geflossen. So entfielen auf den Bereich Kultur ca. 2 % und den Bereich der sozialen Sicherung nur ca. 5 % der Investitionsausgaben für die Infrastruktur.

**Abbildung V.3.2:** Anteil der Aufgabenbereiche an den Infrastrukturausgaben in Sachsen-Anhalt im Jahr 2005 im Bereich der Kerninfrastruktur (Landes- und Kommunalebene) in %



Ergänzend zeigt Tabelle V.3.1 die Anteile der einzelnen Bereiche an den Bauausgaben auf Landes- und Kommunalebene. Auch hier zeigt sich, dass ein erheblicher und im Zeitverlauf sogar deutlich ansteigender Anteil der öffentlichen Infrastrukturinvestitionen in den infrastrukturell noch hoch defizitären (Straßen-)Verkehrsbereich geflossen ist und auch in den Bildungsbereich – Schulen und Hochschulen – wird ein weiterhin hoher Anteil der Infrastrukturinvestitionen gelenkt.

**Tabelle V.3.1:** Anteil der Aufgabenbereiche an den Baumaßnahmen in den Jahren 2002 bis 2006 in Sachsen-Anhalt (Landes- und Kommunalebene) in %

	2002	2003	2004	2005	2006
Allgemeine Verwaltung	1,6	1,4	1,2	1,8	1,3
Schulen u. vorschulische Bildung	6,7	5,8	6,0	9,5	11,4

	2002	2003	2004	2005	2006
Hochschulen	6,2	4,8	2,6	3,3	6,1
Eigene Sportstätten	3,6	3,3	3,8	2,3	1,8
Städtebau sowie -planung u. ä.	13,3	15,0	16,9	18,5	18,2
Wohnungsbau/-fürsorge	0,6	0,3	0,2	0,1	0,1
Straßen	33,7	35,2	36,3	33,0	31,1
Allgemeines Grundvermögen	5,7	3,7	3,2	3,4	3,4
Ver- und Entsorgungsbereiche <sup>27</sup>	3,9	4,3	3,5	3,6	4,5
übrige Aufgabenbereiche	24,9	26,2	26,3	24,5	22,1

Ergänzend wird in der Tabelle V.3.2 betrachtet, in welchem absoluten Umfang Sachsen-Anhalt in der aktuellen Vergangenheit Beiträge zur Schließung der Infrastrukturlücke im Vergleich zu den FFW geleistet hat. Hierzu werden die kumulierten Baumaßnahmen im Zeitraum von 2000 bis 2006 (d.h. seit dem Jahr 1999, das der Analyse des DIW zugrunde lag) in Sachsen-Anhalt mit den entsprechenden Werten in den FFW-Ländern verglichen (jeweils gerechnet in Euro je Einwohner). Zu beachten ist hierbei, dass die Investitionsstrukturen zwischen den Ländern nicht in allen Aufgabenbereichen vergleichbar sind, da hauptsächlich im Bereich der „kommunalen Gemeinschaftsdienste“ Aufgaben auf Zweckverbände und insbesondere öffentliche Unternehmen (teilweise sogar private Unternehmen) verlagert wurden.

**Tabelle V.3.2:** Kumulierte Bauinvestitionen nach Aufgabenbereichen in den Jahren 2000 bis 2006 in Sachsen-Anhalt und den FFW (Landes- und Kommunalebene)  
in Euro je Einwohner

	ST	FFW	ST in % von FFW
Allgemeine Verwaltung	36	34	105,9
Schulen u. vorschulische Bildung	206	258	79,8
Hochschulen	140	74	189,2
Eigene Sportstätten	86	33	260,6
Städtebau sowie -planung u. ä.	380	60	633,3
Wohnungsbau/-fürsorge	10	5	200,0
Straßen	832	475	175,2
Allgemeines Grundvermögen	111	31	358,1

<sup>27</sup> Zusammenfassung von Abwasser- und Abfallbeseitigung, Energie- und Wasserwirtschaft, Versorgungs- und Verkehrsunternehmen.

	ST	FFW	ST in % von FFW
Ver- und Entsorgung	100	137	73,0
sonstige Aufgabenbereiche	657	385	170,6
<b>insgesamt</b>	<b>2.558</b>	<b>1.492</b>	<b>171,4</b>

Auch die Angaben in der Tabelle V.3.2 belegen, dass gerade in den Bereichen mit hohen Infrastrukturdefiziten die Investitionsausgaben (Baumaßnahmen) deutlich höher liegen als in den Vergleichsländern:

So verzeichnet der **Straßenbau** in Sachsen-Anhalt im Zeitraum von 2000 bis 2006 die höchsten Investitionen aller Aufgabenbereiche. Es wurden in Sachsen-Anhalt 832 Euro je Einwohner investiert, während in den FFW das Volumen bei lediglich ca. 475 Euro je Einwohner lag.

→ + **75 % gegenüber FFW**

Im **Hochschulbereich** ist ebenfalls ein erhöhtes Investitionsvolumen im Land Sachsen-Anhalt deutlich sichtbar. Während in Sachsen-Anhalt Investitionen in Höhe von ca. 140 Euro je Einwohner getätigt wurden, lag das Investitionsvolumen in den finanzschwachen Westflächenländern bei ca. 74 Euro je Einwohner.

→ + **89 % gegenüber FFW**

Auch der **Bereich Städtebau/-planung** gehörte nach den DIW-Ergebnissen zu den Bereichen mit markanten Infrastrukturdefiziten. In diesen Bereich sind im Zeitraum von 2000 bis 2006 Bauinvestitionen in Höhe von 380 Euro je Einwohner geflossen, in den FFW waren dies nur rd. 60 Euro je Einwohner.

→ + **533 % gegenüber FFW**

**Insgesamt dokumentieren die vorgelegten Indikatoren, dass Sachsen-Anhalt in den vergangenen Jahren deutlich höhere Infrastrukturinvestitionen getätigt hat als die FFW. Außerdem ist zu erkennen, dass diese Mittel schwerpunktmäßig in die Bereiche geflossen sind, bei denen von immer noch deutlichen Infrastrukturlücken auszugehen ist. Dies impliziert weitere Fortschritte beim Aufbau Ost, die unabhängig von der SOBEZ-Verwendungsrechnung allein aufgrund des hohen Investitionsniveaus in allen neuen Ländern erreicht wurden.**

## VI. Leistungen des Bundes an das Land Sachsen-Anhalt

Der Bund unterstützt die neuen Länder nicht nur durch die Gewährung von Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen, sondern auch durch überproportionale Leistungen in anderen Bereichen, wie z.B. im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben nach Art. 91 a und b GG sowie den Finanzhilfen nach Art. 104 a Abs. 4 GG. Im Rahmen des Solidarpakts I wurden diese Leistungen weder inhaltlich noch volumenmäßig quantifiziert. Der Solidarpaket II dagegen sieht hierzu explizit den „Korb II“ vor, für den der Bund ein über die SOBEZ hinausgehendes Volumen von bis zu weiteren ca. 51 Mrd. Euro – was 50 % der SOBEZ-Zahlungen entspricht - für den Zeitraum von 2005 bis 2019 zugesagt hat. Im Zuge der parlamentarischen Debatte um das Maßstäbengesetz und die Fortführung des Solidarpaktes wurde am 4. Juli 2001 mit großer Mehrheit eine Entschließung des Bundestages<sup>28</sup> verabschiedet, in der zum Korb II festgehalten wurde

*„Das Finanzvolumen des Korbes II (im Vergleich zu den westdeutschen Ländern überproportionale Leistungen des Bundes u.a. für Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen – ohne IfG –, EU-Strukturfondsmittel, Investitionszulage) beträgt derzeit über 10 Mrd. DM jährlich.“*

Zum Inhalt des Korbes II haben Bund und Länder Ende 2006 eine Übereinkunft erzielt<sup>29</sup>. Danach sind folgende Bestandteile - jeweils in Höhe der überproportionalen Leistungen Ost - auf den Korb II anzurechnen:

- Politikfeld Wirtschaft: Bundesanteil an der Investitionszulage (gewerbliche Wirtschaft), GA Wirtschaft und Agrarstruktur/Küstenschutz, Leistungen für die Investorenwerbungsgesellschaft IIC, Absatzförderung ostdeutscher Produkte;
- Politikfeld Verkehr: Verkehrsprojekte Deutsche Einheit, Regionalisierungsmittel (investiver Anteil), Finanzhilfen GVFG, EFRE-Bundesprogramm (nationale Kofinanzierung);
- EU-Strukturfonds: EFRE-Länderprogramme, EFRE-Bundesprogramm, EAGFL, FIAF;
- Politikfeld Wohnungs- und Städtebau: Bundesanteil an der Investitionszulage (Wohnungsbau), Finanzhilfen Städtebauförderung, Altschuldenhilfe Wohnungsbau, Finanzhilfen soziale Wohnraumförderung;
- Politikfeld Innovation, FuE, Bildung: GA Hochschulbau, Bildungsplanung und Forschungsförderung, Förderung technologieorientierter Unternehmensgründungen,

---

<sup>28</sup> Vgl. BT-Drs. 14/ 6577.

<sup>29</sup> Schreiben der Bundeskanzlerin vom 18. Dez. 2006; MPK Ost am 30. Nov. 2006

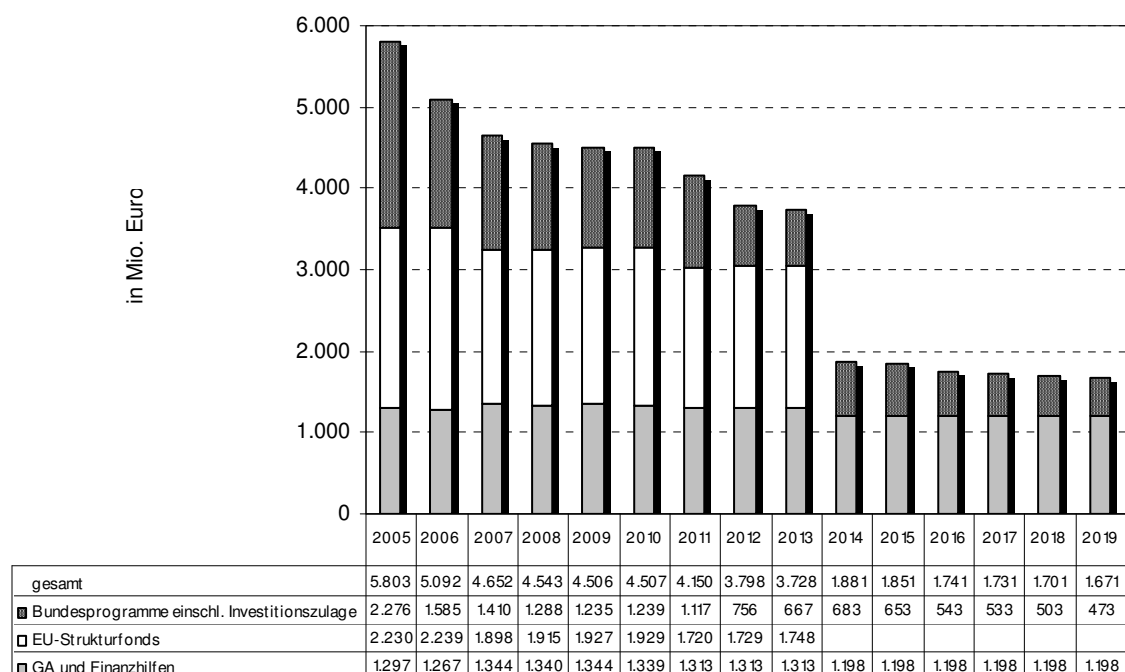
Förderung innovativer Wachstumsträger, Netzwerkmanagement Ost, Unternehmen Region, PRO INNO, High Tech Gründerfonds;

- Politikfeld Beseitigung ökologischer Altlasten, Standortsanierung (investiver Anteil): Zuwendungen an Wismut GmbH, Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft, Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung von stillgelegten Bergwerksbetrieben, Energiewerke Nord;
- Sonstiges: Goldener Plan Ost (Sportstätten), Sportstättenbau Spitzensport.

**Im Jahr 2005 wurden aus diesen Programmen 5,8 Mrd. Euro für die neuen Länder und Berlin bereitgestellt. Über die Entwicklung im Jahr 2006 wird der Bund in seiner Stellungnahme zu den Fortschrittsberichten 2006 berichten (November 2007).**

Abbildung VI.1 zeigt die nach der im November 2006 getroffenen Vereinbarung geplante Entwicklung der genannten Bereiche bis zum Jahr 2019<sup>30</sup>. Mittel aus den EU-Strukturfonds werden entsprechend der Vereinbarung zwischen Bund und Ländern ab 2014 nicht mehr auf den Korb II angerechnet. Insgesamt ergeben sich über die Gesamtlaufzeit rd. 51 Mrd. Euro für den Korb II.

**Abbildung VI.1:** Struktur und geplante Entwicklung des "Korb II" von 2005 bis 2020 - neue Länder und Berlin



<sup>30</sup> Entsprechend der zwischen Bund und Ländern getroffenen Vereinbarung werden die EU-Mittel nur bis einschl. der Förderperiode 2007 - 2013 angerechnet.

## VII. Ausblick

Ein Blick auf die letzten Jahre zeigt, dass sich bei der wirtschaftlichen Entwicklung viel getan hat. Sachsen-Anhalt ist inzwischen ein Land mit hoher Dynamik. Die Landesregierung ist sich bewusst, dass die weitere Konsolidierung des Landeshaushaltes trotz bereits erfolgter Weichenstellungen und der derzeit günstigen Steuereinnahmenentwicklung enorme Herausforderungen für die nächsten Jahre bereit hält. Die besondere Ausgangslage gerade in Sachsen-Anhalt, die nach der Wende gekennzeichnet war vom Zusammenbruch der Monostrukturen in der chemischen Industrie, im Maschinenbau und Bergbau und dem damit verbundenen Verlust hunderttausender Industriearbeitsplätze, konnte bisher noch nicht ausreichend kompensiert werden.

Der Erfolg der weiteren Konsolidierungsanstrengungen ist nicht zuletzt abhängig von Entwicklungen, die nur zum Teil vom Land beeinflussbar sind. Hierzu zählen unter anderem die Entwicklung der Steuereinnahmen, der Konjunktur und der Geldpolitik.

Für die Legislaturperiode bis 2011 hat sich die Landesregierung viel vorgenommen: Oberste Priorität hat die Rückführung der Neuverschuldung auf Null ab dem Jahr 2008. Damit wird der langfristige Trend der Zinsausgaben gestoppt und wieder mehr Spielraum für künftige finanzpolitische Entscheidungen eröffnet. Damit verbunden wird auch eine Verbesserung des Nachweises der Verwendung der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen sein, der nur auf diesem Wege erreicht werden kann. Eine Erhöhung des derzeitigen Investitionsniveaus, das in Sachsen-Anhalt wie in allen neuen Ländern etwa doppelt so hoch ist wie in den Vergleichsländern West, ist langfristig aufgrund der Einnahmeentwicklung weder möglich noch sinnvoll. Wichtig ist ein gezielter Einsatz der verfügbaren Mittel dort, wo die stärkste Wirkung für Wachstum und Zukunft zu erwarten ist. Die Orientierung am haushaltsrechtlichen Investitionsbegriff kann und wird daher nicht alleiniger Maßstab künftigen Handelns sein. Solange ein vollständiger Mittelnachweis in der vereinbarten Abgrenzung nicht erreicht werden kann, wird sich Sachsen-Anhalt auch weiter der Diskussion über die vermeintliche „Mittelverschwendung“ in den neuen Ländern stellen. Klar ist, dass der gegenwärtige Grad des Mittelnachweises nicht zufriedenstellend ist. Klar ist aber auch, dass die zur Erhöhung des Nachweises notwendige Haushaltskonsolidierung in der Vergangenheit aufgrund fehlender Steuereinnahmen nicht so schnell erreicht wurde, wie es wünschenswert gewesen wäre. Dies war auch in den meisten alten Ländern oder beim Bund nicht der Fall.

Mit dem Nachtragshaushalt 2007, dem Haushaltsplanentwurf 2008/2009 und der Mittelfristigen Finanzplanung bis 2011 wurden weitere Maßnahmen zur kontinuierlichen Rückführung der Neuverschuldung sowie der Gesamtverschuldung beschlossen. Im Jahr 2008 soll danach bereits die Null-Neuverschuldung erreicht werden, anschließend wird mit der Tilgung der aufgelaufenen Verschuldung begonnen. Gleichzeitig wird die Investitionsquote 2008 weiterhin auf einem hohen Niveau liegen (rd. 18,2 %). Dies zeigt, wie ernst es der Landesregierung mit den gesteckten Zielen ist. Mittelfristig werden eine umfassende Diskussion und Bewertung aller Politikfelder und die Umsetzung des im März 2007 beschlossenen Personalentwicklungskonzepts die Grundlagen für die weitere Konsolidierung schaffen. Hierbei tragen auch die Anstrengungen der vergangenen Legislaturperioden, insbesondere der bereits umgesetzte Personalabbau und weitere personalausgabenreduzierende Maßnahmen erste spürbare Wirkungen. In den nächsten zehn Jahren wird die Orientierung auf den Durchschnitt der Flächenländer West Maßstab für den weiteren Abbau von Personalüberhängen sein. Außerdem wurde zur Bewältigung der ansteigenden Versorgungslasten neben der Versorgungsrücklage für neu einzustellende Beamte ein Pensionsfonds eingerichtet, in dem bereits während der Zeit des aktiven Dienstes Mittel für die Pensionszeit angespart werden können.

Die Umsetzung der Gebiets- und Funktionalreform für die Gemeinden und Landkreise, die Umstellung derzeit überproportionaler EU-Fördermittel auf revolving Fonds zur Sicherung einer langfristigen Förderung und die konsequente Anpassung einwohnerabhängiger Ausgaben an die zurückgehende Bevölkerungszahl sowie die Fortsetzung der Verwaltungsreform in dieser Legislaturperiode werden weitere Beiträge zum Gelingen der Haushaltskonsolidierung leisten. Unter dem Stichwort „Vorsorge“ sind weiterhin die Bildung einer Steuerschwankungsreserve sowie die Gründung einer Zukunftsstiftung, der die Vermögensveräußerungen des Landes zufließen sollen, zu nennen.

Die Landesregierung ist zuversichtlich, dass mit den Fortschritten der weiteren Konsolidierung auch die in der Vergangenheit oft einseitig geführte Diskussion um die Verwendung der Solidarpaktmittel beendet werden kann und die in Sachsen-Anhalt wie in allen neuen Ländern tatsächlich zu verzeichnenden Fortschritte beim Aufbau Ost stärker in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt werden. Dies wird zu einem entscheidenden Teil den Solidarpaktmitteln zu verdanken sein, die auch in den nächsten Jahren verantwortungsbewusst und zukunftsorientiert eingesetzt werden.